

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Einjahresabonnement 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berlangungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zollinteressen bei der Armeelieferung.

Die Vorliebe unserer Junker für das „herrliche Kriegsheer“ ist bekanntlich nicht bloß daraus zu erklären, daß die Junker in der Armee die festesten Posten in Händen haben, sondern auch aus den enormen Profiten, die sie als Armeelieferanten haben. Der militärische Staat im Staate verbraucht zu seiner Aufrechterhaltung jährlich einen Millionenposten an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art. An den Waffen, Ausrüstungs- und Bekleidungsstücken, Kasernen- u. Einrichtungen verdient die Industrie und das Händlertum Millionen, aber noch größer sind doch die Profite, welche die Agrarier durch die Lieferung von Lebensmitteln und Material machen. Eifersüchtig wachen die Agrarier darüber, daß ihnen von ihren Millionenprofiten an der Armee nichts geschmälert wird. Wenn ein Kriegsschiff einmal einen angeblichen Konsumbedarf im Auslande deckt, erhebt der Oberagrarier Viertel ein großes Geschrei. Seit Jahr und Tag üben die Agrarier auf die Militärverwaltung einen Druck aus, um sie zu bewegen, unter Ausscheidung des Handels ihren Bedarf direkt bei den Gütern zu decken, natürlich nicht um die Lieferungen zu verbilligen, sondern um die Militärverwaltung zu zwingen, zu bezahlen was die Junker verlangen. Genügende Beispiele haben bewiesen, daß sehr oft die lokalen Militärverwaltungen beim direkten Bezug vom Muttergut sich schlechter gestanden haben als beim Bezug durch die Händler.

So bleibt von der Millionensumme, die das Volk — und in erster Linie das arbeitende Volk — für das stehende Heer jährlich abfern muß, ein gut Teil in gierigen Junkerhänden liegen. Daher ist es nur natürlich, daß die patriotischen Junker auch bei der Festsetzung einzelner Zölle im neuen Zolltarif gerade an ihre Lieferungen an das herrliche Kriegsheer gedacht haben und mittels des Zolles bei ihren Militärlieferungen mehr herauspressen wollen.

Ein solcher Zoll ist zum Beispiel der Pferde Zoll. Bei der Remontierung der deutschen Militärpferde verdienen gerade unsere Großjunker jährlich enorme Summen. Nach einer Aufstellung der im Verlage des Majors v. Wilsleben-Dresden erscheinenden „Jutern. Revue über die gesamten Armeen und Flotten“ (Oktoberheft) beträgt das deutsche Heer gegenwärtig 65 000 Kavallerie, 33 000 Artillerie, circa 500 000 Infanterie, zusammen 1 030 000 Dienstpferde. Davon kommen 81 000 auf Preußen, 7000 auf Sachsen, 4250 auf Württemberg, 10 000 auf Bayern. Um den Abgang durch Tod, Verbrauch u. zu decken, werden bei der Kavallerie, den Jägern zu Pferde und den beim Train vorhandenen Reitblütern je ein Zehntel des Bestandes, bei der Feldartillerie ein Neuntel, beim Militär-Reitdienst ein Siebtel bis ein Drittel des Bestandes ergänzt. Auch für den Train, der bisher die bei andern Truppenteilen anstrangierten Pferde bekam, beginnt man jetzt eine eigne Remontierung.

Die so alljährlich erforderliche Zahl von Remonten übersteigt nach der „Revue“, die Ziffer 8100. Interessant ist nun, aus einer Aufstellung der „Revue“ zu sehen, daß diese keineswegs von der Pferdezucht des Deutschen Reiches gleichmäßig aufgebracht wird, sondern daß für die ganze deutsche Armee der preussische Junker der Hauptlieferant ist.

So wurden im Jahre 1900 auf den Märkten in nachfolgenden Provinzen und Städten Pferde zum Verkauf für die Remonte vorgestellt, von denen die in Klammern befindliche Zahl erworben wurde: Ostpreußen 11 475 (5695), Westpreußen 1300 (300), Posen 1875 (579), Schlesien 485 (123), Brandenburg 914 (172), Pommern 789 (157), Hannover 8089 (1047), Schleswig-Holstein 1835 (389), Hessen-Nassau 95 (79), Königreich Sachsen und kleine Nachbarstaaten 2 (2), Mecklenburg-Schwerin 1347 (445), Mecklenburg-Strelitz 257 (138), Oldenburg 391 (64), Baden 68 (5), Braunschweig 28 (9), Lübeck (Fürstentum) 81 (11), Lübeck (freie Stadt) 14 (5), Elb-Lothringen 103 (16). Von 24 059 vorgestellten Pferden wurden also insgesamt 9296 angekauft und Ostpreußen deckte dabei, wie in früheren Jahren, zwei Drittel des Gesamtbedarfs Deutschlands. Der preussische Junker ist also der Haupt-Pferdelieferant der Armee; die militärischen Aufkäufer haben sich längst daran gewöhnt, hauptsächlich den ostpreussischen Markt zu besuchen und die Militärpferde dem Junker zu beziehen. Dabei steht die „Revue“ noch hinzu: „Vergessen darf man hierbei nicht, daß auch ein großer Teil der in andern Provinzen vorgestellten Pferde in Ostpreußen erkaufte Absatzstellen waren, die nur großgezogen waren.“

Die Junker wissen nun sehr wohl, daß sie auf ihrem Ganztagsgebiet für Pferde, der Armee, um so höhere Preise verlangen können, je höher der durchschnittliche Marktpreis für Pferde überhaupt ist. Sie sind deshalb seit Jahren bestrebt, die ausländische Konkurrenz beim Auftrieb des Pferdemarktes auf deutschen Pferdemarkten auszuschließen. Als vor ein paar Jahren die deutschen Pferdewerter die vorzüglichen Eigenschaften der amerikanischen Pferde erkannten und infolgedessen die Pferde-Einfuhr sich von Amerika aus steigerte, war die „Deutsche Tageszeitung“, das agrarische Hauptorgan, gleich mit Abhilfsvorschlägen bei der Hand. Sie schrieb damals, am 22. Dezember 1897:

„Die Zufuhr von amerikanischen Pferden beginnt nach gerade einen bedrohlichen Charakter anzunehmen. Da

an ein Einfuhrverbot wohl nicht gedacht werden kann, so würde es sich bei der so allgemein auftretenden Krise der amerikanischen Pferde wohl empfehlen, veterinäre Maßregeln, z. B. eine sechs-wöchentliche Quarantäne, zu beschließen. Nach den Ansichten Sachverständiger würde eine solche Maßregel vollständig genügen, um den ganzen amerikanischen Handel in Pferde brachzulegen.“

Diese Auslassung ist nicht bloß bemerkenswert für die Bekämpfung der Konkurrenz im vorliegenden Falle, sondern sie ist typisch für die ganze junkerliche Absperrungspolitik und die Einfuhrverbote, welche hauptsächlich die gegenwärtige Fleischnot verursacht haben. Man verlangt veterinäre Maßregeln und legt damit die Konkurrenz brach.

Die Art, wie jetzt die Junker den Pferde Zoll in die Höhe treiben wollen, ist nur ein neues Mittel um, auf dem Umwege über das Heer, aus den Taschen des indirekten Steuerzahlers noch mehr Geld für den Junker herauszupressen. Zweijährige ausländische Pferde bezahlen jetzt einen Einfuhrzoll von 20 M. Dieser Zollbetrag kommt den Junkern so zu gute wie der Getreidezoll und die übrigen Agrarzölle. Die Regierung hat den Junkern schon den Gefallen getan, den Zoll für sie vorteilhaft zu regeln, daß in Zukunft ausländische Pferde im Werte von 300—1000 M. 75 und im Werte von 1000—2500 M. 150 M. Zoll bezahlen sollen. Das war den junkerlichen Pferdezüchtereinteressen noch nicht genug und sie trieben in der Kommission auf 90 und 180 M. Was wird, wenn dieser Zoll Gesetz wird, der deutsche Steuerzahler den Junkern künftig für ihre Militärpferde bezahlen müssen, von dem sonstigen Handel mit Pferden, der die kleinen Bauern und das kleine Fuhrgeschäft ganz erheblich belasten wird, gar nicht zu reden! Vor kaum drei Wochen hat selbst der Magdeburger Verein für Landwirtschaft, nach einem Vortrage des Mittemeisters a. D. v. Plog, eine Resolution angenommen, in welcher er die jetzigen Pferdepreise selbst für Ackerpferde als „unnatürlich hoch“ bezeichnete und eine „Verbilligung des Pferdes“ verlangt. Wenn schon jetzt die Preise als „unnatürlich hoch“ gelten, was soll dann erst in der Zukunft bezahlt werden, wenn den Junkern die Durchpreisung des Zolltarifs gelänge.

So zeigt sich auch hier wieder, wie in alle Wege gemeinschädlich die Zollforderungen der Junker sind und berechnet auf die Ausplünderung des Volkes als Steuerzahlers oder Konsument, der wehrlos dem Junkertum überliefert ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober.

Der Reichstag

Ist noch beschlußfähig, wenn die Verhandlungen über Hafer und Gerste Mittwoch auch stundenlang vor leeren Bänken vor sich gingen. Die Herren sitzen eben nicht so vergnügt wie die sieben Gänge des Rinderreims im Kaiserhof, sondern lieber in dem Restaurant und in den Wandergängen. Wie lange werden sie überhaupt noch da bleiben? Das Centrum scheint die Diätenlosigkeit in dieser Zeit besonders schwer zu empfinden, wie heute einige auf den Diätenbezug der Bundesratsmitglieder gemünzte Zwischenrufe aus seiner Mitte deutlich bewiesen. Es hatte also eine starke Färbung ins Sozialistische, wenn der Präsident an seiner Doul für den Herbstblumenstrank zu Ehren der 200. Sitzung die Hoffnung schloß, daß der Spätherbst des Reichstages noch schöne Blumen und segensreiche Früchte der Gesetzgebung zeitigen werde. Blumen geblühen in dieser Jahreszeit nur in den Treibhäusern, und die Agrarier jammern ja eben darüber, daß die Regierung zu wenig geheizt hat. Im Freien aber rieseln nur die Blätter von den Bäumen...

Eine stichtige Rede unseres Genossen Siefertum leitete die Verhandlungen ein. Sie war dem Nachweis gewidmet, daß die Erhöhung des Getreidezolls den Ruin der deutschen Viehzüchter bedeuten, die Fleischvertenerung steigern und damit den Zustand der Unterernährung des städtischen Proletariats chronisch machen würde. Auf der andern Seite würde die Wirkung eines erhöhten Getreidezolls die Vernichtung der kleineren und mittleren Bauern sein, und wenn die Vierpreise erhöht würden, sich auch im vermehrten Schnapsgegnuß ausdrücken. Sehr interessante Auseinandersetzungen über die Handelspolitik und der Nachweis, daß die Bindung des Gerstenzolls den Abschluß von Handelsverträgen besonders erschwert, schloß die Rede.

Herr v. Kardorff eiferte in seiner Erwiderung auf diese Rede seinem Freund dem Grafen v. Arnim nach. Er machte sich ausdrücklich die berichtigten Beschimpfungen des Halleischen Professors Leo, daß die Arbeiterklasse ein strophulöses Gesindel sei, zu eigen. Die Leosche Neuerung ist übrigens in einem andern Zusammenhang gefallen, als Herr v. Kardorff annahm. Sie bezog sich auf die angebliche Kultureigenheit des Krieges, das Kanonenfutter fortzuführen. Dem Reichstanzler war Herr v. Kardorff, der in seiner alten Manier von allem möglichen, nur nicht von Gerste oder Hafer sprach, zwar Hineinigung zur Capribischen Gedankenwelt vor, aber er machte ihm doch durch seine Aicht, daß ein etwaiger Nachfolger Bismarcks nicht so agrarisch sein würde, wieder Kompimente.

Die Rede des freisinnigen Abgeordneten Müller-Neinungen amüsierte mehr, als sie überzeugte. Sein scharferer Konkurrent in der Erweiterung des Hauses war der Parrer Gerstenberger,

den im Eifer des Gefechts das wertvolle Gesandnis entschlüpfte: „Jeder hübe sein Schäffchen ins Trodene zu bringen.“ Unfreiwillig humoristisch war dieser Centrams-Abgeordnete, als er sich vernah, mit Hilfe der hochentwickeltesten Chemie Futtergerste von Draugerste zu unterscheiden. Mit der Naturwissenschaft und dem Cinnalein leben die Herren Staplane ja von alterher auf dem Kriegsfuße; behauptete doch Herr Gerstenberger, daß ein Centner Weizen schwerer sei als ein Centner Gerste.

Während der nationalliberale Abg. Hieber sich bei seinen württembergischen Bauernwählern Erfolg durch sein Eintreten für die Erhöhung des Haferzolls nach dem Vorschlage der Regierung vermach, schloß sich der Bauernbündler Hilpert dem Kommissionsantrag an, weil die weitergehenden Anträge, wie er elegisch erklärte, keine Aussicht auf Annahme hätten.

Von der freisinnigen Vereinigung sprachen die Herren Köstke und Gothein. Der Leiter der Schültheiß-Bräuerei führte den überzeugenden Nachweis, daß eine Erhöhung des Zolles auf Draugerste zum Monopol der Großbrauereien führen müsse. Herr Gothein wurde von der Rechten und dem Centrum angepöbel, als er den Ausdruck ungenierter Interessenpolitik Gerstenbergers festmachte.

Donnerstag beginnt die Sitzung um 1 Uhr. Den Aufwand, den das Centrum beif, die Arbeit der Rinderzucht-Kommission nicht durch vorzeitigen Anfang der Plenarverhandlung zu fördern, teilten die beiden konservativen Parteien nicht.

Die Fortsetzung des Zollhandels.

Die Ausherrungen der Zollpresse über die Bedeutung der ersten entscheidenden Abstimmungen über den Roggen- und Weizen Zoll bestätigt durchaus unsere andauernde Ueberzeugung, daß die Fortsetzung der Beratungen keinen andren Sinn haben kann, als daß verhandelt werden soll, eine neue „Mittellinie“ der Einigung zu finden.

Allerdings macht die „Kreuz-Zeitung“ eine Bemerkung, nach welcher den weiteren Beratungen die Bedeutung zukommen könne, daß sie, auch wenn sie zu keinem positiven Ergebnisse führen, der Reichsregierung bei späteren Verhandlungen über Handelsverträge mit dem Auslande den Rücken stärken werden. Die Regierung läßt sich abdam gegenüber dem Auslande mit Erfolg auf die Stimmung im Reichstag berufen. Diese Anschauung beruht zwar wiederum lediglich auf der thörichten Ansicht, daß Handelsverträge geschlossen werden nicht gemäß den wirklichen wirtschaftlichen Interessen der verhandelnden Staaten, sondern gemäß den höchsten Forderungen einzelner Interessenten. Democh ist thatsächlich die Gefahr nicht zu unterschätzen, daß die Ueberzölnerpolitik dahin geht, wenn es nicht möglich ist, den Zolltarif durchzuführen, jedenfalls den Abschluß von Handelsverträgen zu verhindern oder doch für die Industrie und den Handel möglichst ungünstige Verstöße zu erreichen. Diese durch die „Kreuz-Zeitung“ angeliebte Ansicht wird aber durchkreuzt werden, wenn das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen einen Reichstag wählt, der Handelsverträge nach agrarischen Rezepten nicht bewilligt.

Uebrigens läßt sich die „Kreuz-Zeitung“ nicht abhalten, erneute Mogelnunternehmungen anzukündigen. Zunächst halt das ehrbare Blatt der Handelskammer in gefälliger Schlanheit, um die der gewichtigste Schwächerer es meiden darf, an der Erklärung des Reichstanzlers selbst ein. Es hält die Unannehmbarkeits-Erklärung des Grafen v. Arnim noch für „besondere Anlegungen“ geeignet. Die „Kreuz-Zeitung“ meint offenbar, daß Graf v. Arnim nur „die Kommissionsbeschlässe“ als unannehmbar erklärt habe, daß er sich aber für etwaige andre Zollsätze zwischen denen der Vorlage und denen der Kommissionsbeschlässe nicht gebunden habe. Aus dieser Ansetzung sieht die „Kreuz-Zeitung“ keine Möglichkeit für eine Verständigung in einem späteren Stadium der Verhandlungen“ entspringen. Weiter aber weist die „Kreuz-Zeitung“ recht klar den ferneren Weg, auf dem die Agrarier ihr Schachergeschäft fortbetreiben wollen, indem sie erklärt: „Aus darauf wollen wir aufmerksam machen, daß in jenen Worten (des Reichstanzlers) eine Ablehnung etwaiger auf Herabsetzung der Industriezölle gerichteter Vorschläge nicht erblickt werden muß.“

Mit vollster Deutlichkeit kündigt die „Deutsche Tageszeitung“ diesen Plan der Herabsetzung der Industriezölle an. Sie sagt:

„Das andre Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist bekanntlich die Herabsetzung der Industriezölle, insbesondere der Eisen- und Maschinenzölle.“

Dies muß sofort und energisch Hand angelegt werden, und wir können in Aussicht stellen, daß die nächsten Tage oder doch die nächsten Wochen beendeten werden, in welcher Weise Hand angelegt werden soll. Diese unsere Thätigkeit wird weder vergeblich noch schwierig sein. Von Gegenteil, sie wird voraussichtlich die gewünschten Erfolge haben. Die Industrie scheint sich immer noch dem thörichten Wahne hinzugeben, als ob es uns nicht ernst sei mit der geplanten Herabsetzung ihrer Zölle, oder als ob es uns nicht möglich sein werde, für unsere Forderungen auf diesem Gebiet eine Mehrheit im Reichstage zu finden. Es liegt uns daran, diesen Wahn zu zerstören und die Herren aus dem Nebelbilde ihrer Selbsttäuschung zu befreien.“

Der Centralverband soll es hüßen, daß der „Kleinsten Doppelzoll“ hintertreiben, daß er die Regierung vom Ueberzoll zurückgehalten! Die „Deutsche Tageszeitung“ rednet mit Sicherheit darauf, daß für die Herabsetzung der Industriezölle eine Mehrheit im Reichstage vorhanden sein werde; sie beifelt die Linke an, dem Agrarier hier hilfeisch zu sein, und sie meint, die Linke werde nicht umhin können, für diese Herabsetzungen zu stimmen. Diese Dinge

Regen ja noch in weitem Felde, aber die Hoffnung darf schon heute ausgesprochen werden, daß die Agrarier für möglichst gründliche Verwirklichung der ungeraden Indultreize sorgen mögen, wenn sie die Stimmen der Socialdemokratie dafür gewinnen wollen.

Die „Germania“ verdirbt die erst gestern bekundeten Regelmäßigkeiten der Centrumpartei heute ein wenig hinter zornigen Angriffen auf die Regierung.

Die „Germania“ erklärt zwar zunächst „eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit als noch nicht ganz ausgeschlossen“, die Hoffnung darauf sei doch sehr herabgesetzt. Die Regierung trage daran alle Schuld; die Socialdemokratie könne sich vorläufig alle Obstruktion sparen, die Regierung leiste „dieselben Totengräberdienste“. Dabei ist interessant, daß die Offiziösen und diejenigen, die sich offiziös aufspielen, wiederum den Kompromißparteien die Totengräberrolle beimessen. Das Schweinburg-Organ sagt: „Einzig und allein der Mehrheit, welche für die Kompromißanträge gegen die Regierungsvorlage stimmt, wird mit Recht die Verantwortung für das Scheitern des Zolltarifs zugeschrieben werden“. Solche Äußerungen verdienen wohl festgehalten zu werden für den Fall, daß es die Pöller einmal wieder gelüsten sollte, die socialdemokratische „Obstruktion“ anzufangen.

Die „Post“ endlich setzt ihr „Sammelwerk“ getrost fort. Sie hofft auf eine Verständigung und weiß Dank selbst „der Verschleppungs-Taktik der Linken“, weil durch diese geraume Zeit zur Herstellung des endgültigen Kompromisses gegeben werde. Leider ist der Dank der „Post“ falsch adressiert, da eine Verschleppungs-Taktik der Linken nicht existiert. In der nötigen gründlichen Beratung des Zolltarifs wird sich die Socialdemokratie jedoch nicht betheiligen lassen durch die Meinung der „Post“, daß dadurch den Agrariern genügt werde. Wir sind nun einmal stets auf das agrarische Wohlwollen eifrig bedacht! —

Ein kriegsgerichtliches Urteil.

Ein drakonisches Urteil fällt das Kriegsgericht der 8. Division in der Sache gegen den Militär Heinrich Leopold, 23 Jahre alt, und den Gefreiten Wilhelm Sommer, 22 Jahre alt, beide von der 3. Eskadron des Kürassier-Regiments v. Seydlitz in Halberstadt. Beide Angeklagte haben sich bisher gut geführt und mußten Mitte September dieses Jahres vom Militärdienst entlassen werden. Ein kleiner Vorstoß gegen die strenge Disziplin wollte es aber anders und brachte die Angeklagten heute wegen militärischen Aufruhrs ins Justizhaus. Wie fürchtbar wenig zu einem militärischen Aufruhr gehört, mag man dem folgenden Sachverhalt entnehmen.

Am 6. September d. J. gelegentlich der Einquartierung in Pöschow bei Eilenburg, als die Angeklagten im Manöver waren, fand im Lokale des Gastwirts Klinge ein Tanzvergnügen statt, an dem die Angeklagten und mehrere Kameraden teilnahmen. Abends 11 Uhr bot der Wächtermeister Trautmann Feierabend und forderte die Kürassiere auf, in ihre Quartiere zu gehen. Die beiden Angeklagten verließen zunächst den Saal, entschlossen sich aber dann, noch etwas dort zu bleiben und noch einmal zu tanzen. Dem Wirt erklärten sie, er könne eventuell dem Wächtermeister sagen, sie, die Angeklagten, wären dort einquartiert. Letzteres war jedoch nicht der Fall. Leopold glaubte, der Wächtermeister würde gegen ihn, wenn er, L., noch etwas dort bleibe, nichts unternehmen, da der Wächtermeister auch nicht als ganz maellos galt. Trautmann soll nämlich, so behauptet Leopold, bei dem vorigen Manöver den Mannschaften das auf den Quartierbilletts zurückstehende Quartiergeld, pro Person 80 Pf., vorenthalten haben. Als die beiden Angeklagten wieder in den Saal wollten, kam ihnen der Wächtermeister entgegen und forderte sie nochmals auf, in die Quartiere zu gehen. Leopold entgegnete aber: „Herr Wächtermeister ich möchte noch etwas hier bleiben, ich habe Ihnen etwas unter vier Augen zu sagen.“ Die beiden Angeklagten gingen nunmehr die Treppe hinunter auf den Hof, wo Leopold dem Wächtermeister wegen der Unterschlagungen der Quartiergelder Vorhaltungen machte. Leopold erklärte dem Wächtermeister: „Ich bekomme heute noch 80 Pfennig von Ihnen, und einem Vorgesetzten der Untergebene benachteiligt, brauche ich keinen Gehorsam zu leisten; ich gehe nicht nach Hause.“ Der Gefreite Sommer sagte: „Ich schließe mich dem (Leopold) an“. Nach einigen weiteren Aufforderungen mit dem Hinweis, er, der Wächtermeister, werde den Lieutenant rufen lassen, gingen die Angeklagten dann doch nach Hause und Leopold machte dabei in Beziehung auf den Wächtermeister, gegen den sie nicht etwa thätlich geworden waren, die Bemerkung: „Das Alter geht voran.“

Dieses war die sogenannte militärische Meuterei. Wegen der Beschuldigungen seitens Leopold schwebt ein Verfahren gegen den Wächtermeister Trautmann. Dieser Zeuge erklärte, als ihm die Unterschlagung vom Vorgesetzten vorgehalten wurde: „Ich kann mich nicht mehr entsinnen, ob ich damals auf Quartierbillette Geld zurückbekommen habe.“ Zeuge behauptete auch, er könne nicht annehmen, daß die beiden Angeklagten sich zur Gehorsamsverweigerung verabredet haben. Die Angeklagten räumten den Thatbestand ein, bestritten aber die Zusammenrottung und gegenseitige Verabredung dazu mit aller Entschiedenheit. Leopold erklärte auch heute, daß er vor dem Wächtermeister keinen Respekt und keine Achtung gehabt, weil dieser seine Untergebenen benachteiligt habe. Er habe geglaubt, einem solchen Manne gegenüber den Gehorsam verweigern zu können. Der Anklagebevollmächtigte nahm nicht an, daß Leopold Mädelöfänger gewesen ist, beantragte gegen diesen aber 7 Jahr und gegen Sommer 5 Jahr 6 Monat Gefängnis. Das im Gerichtsfaal allgemeine Erkennen hervorhebende Urteil lautete gegen Leopold auf 6 Jahr 6 Monat und gegen Sommer auf 3 Jahr Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere.

Das ungeheuerliche Urteil, durch das die Exzesse zweier Menschen verurteilt wird, die aus Mangel strafrechtlicher Einsicht und wahrscheinlich in der Bierlaune ein so fürchtbares Verhängnis gegen sich heraufbeschworen haben, bringt der Öffentlichkeit wieder einmal jenes für einen modernen Menschen geradezu schauerliche Ausmaßgesetz zum erschütternden Bewußtsein, dem der deutsche Staatsbürger während der Zeit unterworfen ist, in der er den „vornehmen Hof“ zu tragen gezwungen wird. Denn das ungeheuerliche des Urteils liegt nicht in dem konkreten Spruch der Richter, sondern in den Bestimmungen des militärischen Strafgesetzes selbst, auf Grund dessen das Urteil gefällt wurde.

Das Verbrechen der Meuterei wird nämlich nach § 106 des „M. St. G.“ mit einer Minimalstrafe von 5 Jahren Gefängnis bedroht. Als „Meuterei“ wird aber die „benannte, auch äußerlich erkennbare Verbindung von zwei oder mehreren Personen zu einem gemeinsamen, unerlaubten Handeln“, z. B. der Gehorsamsverweigerung, betrachtet. Der Begriff des Verbindens ist auch dann schon gegeben, wenn Personen, die sich vorher zu einem gemeinsamen Zweck zusammengefunden haben, sich plötzlich zu einem gemeinschaftlichen begünstigen Handeln verbinden. Den Erlingen

dieser Bestimmungen, entgeht aber kein Gehorsamsverweigerer, der auch nur zufällig mit einem andern zusammen den Gehorsam verweigert. Einmal Jahre Gefängnis wäre den beiden Unglücklichen damit schon sicher gewesen!

Aber weiter: Der militärische Strafcode bedroht auch durch § 107 den „Mädelöfänger“ oder „Anstifter“ mit der Strafschärfe der Zuchthausstrafe. Der Vertreter der Anklage nahm zwar nicht an, daß Leopold „Mädelöfänger“ gewesen sei. Das Gericht schloß sich aber dieser „milden“ Auffassung augenscheinlich nicht an. Es hielt sich nämlich streng an die Auslegung des § 107, die besagt: „Mädelöfänger ist derjenige, welcher die Vereinigung (Zusammenrottung) zu dem verbrecherischen Handeln zu Stande gebracht hat und die gemeinschaftliche That leitete.“ — Leopold war mit der Wortführung der „Meuterei“, also der „Mädelöfänger“, damit war für ihn die Zuchthausstrafe „gegeben.“

Aber auch der zweite Angeklagte vermochte dem Zuchthaus nicht zu entgehen auf Grund des § 110, der besagt: „Dem Anstifter... gleich zu bestrafen ist derjenige an dem Aufruhr Theilnahme, welcher, persönlich von dem Vorgesetzten zum Gehorsam aufgefordert, diesen durch Wort oder That verweigert.“ Man sieht also, daß die Paragrafen des Militär-Strafgesetzbuchs „Anführern“ nicht die kleinste Rinde lassen, einer Minimal-Zuchthausstrafe von fünf Jahren zu entgehen!

Nicht das Urteil an sich ist fürchtbar, sondern die militärische Strafschärfe, die die kleinste, kindliche Unbesonnenheit mit so ungeheuerlichen Strafen bedroht!

Daß das „Volk der Dichter und Denker“ im zwanzigsten Jahrhundert einer solchen Strafschärfe unterstellt ist, wird als kulturgeschichtliches Dokument erst von dem Historiker, der keinen Staatsanwalt mehr zu fürchten hat, gebührend gewürdigt werden können! —

Deutsches Reich.

Eugen Richter als Regierungskommissar. Die „Freisinnige Zeitung“ ist, wie wir begreifen, sehr ungeduldig, daß wir das unehrliche Spiel der freisinnigen Volkspartei in Sachen des Zolltarifs aufgedeckt haben.

Eugen Richter hat am Dienstag im Reichstage die Führung der Zollwucher-Parteien übernommen, nicht nur in der Absicht, das Zustandekommen des Zolltarifs zu erleichtern, sondern auch um durch die Technik der Abstimmung möglichst hohe Hölle durchzuzeichnen. Es entspricht nur der Logik, daß auch bei den Zollfragen über die weitestgehenden Anträge zuerst abgestimmt wird. Die weitestgehenden Anträge aber waren die der 7^{1/2} Mark-Zöllner und der socialdemokratischen auf Zollfreiheit; diese beiden hätten also zunächst erledigt werden müssen. Weber das Princip, mit der höchsten Zahl anzufangen, noch das des Herausragens ist mechanisch für alle Fälle anwendbar, sondern der Grundgedanke des Weitestgehenden hat auch hier seine volle Berechtigung.

Richter will es nicht wahr haben, daß durch die Abstimmung von dem höchsten Zollfuß nach unten 900 Abstimmungen auf Zollfreiheit befeitigt werden. Die „Freisinnige Zeitung“ glaubt, daß durch ihre Methode noch mehr Anträge möglich sein würden. An den Unfuhm glaubt die „Freisinnige Zeitung“ ja selbst nicht. Der Gang der Dinge wird einfach der sein, daß über die Kommissionsanträge als die höchsten zuerst abgestimmt wird, diese Annahme finden und dann alle weiteren Anträge unter den Tisch fallen.

Aber die Methode Richters verrät erst dadurch ihre ganze zollwucherische Bosartigkeit, daß natürlich durch die Abstimmung von oben herab die Tendenz sich durchsetzt, daß die Mehrheit an der obersten Grenze sich bindet, während es bei einer Abstimmung nach oben es leicht möglich sein würde, daß sich eine Mehrheit schon bei einem niederen Satz bildet, weil sie befürchtet, daß der höhere Satz keine Mehrheit mehr finden könnte. Die degressive Abstimmungsmethode wirkt zollerhöbend, die progressive zollsenkend — Herr Eugen Richter hat sich um die Zollherhöhung verdient gemacht.

Aber gleichviel, wie man über die Abstimmungsmethode denken mag, eines ist sicher, Eugen Richters Taktik dient dazu, das Zustandekommen des Zolltarifs zu erleichtern. Die „Freisinnige Zeitung“ wirft uns vor, daß uns der Zolltarif ganz gleichgültig sei und daß wir nur agitatorische Zwecke verfolgten. Ja, ist denn Eugen Richter und der freisinnigen Volkspartei der Zolltarif nicht gleichgültig, hat er kein Interesse daran, daß der Zolltarif mit dem 5^{1/2} Mark-Zoll scheitert? Nach dem jetzigen Verhalten der Freisinnigen ist allerdings kein Zweifel mehr möglich: Man stimmt nur anstandslos gegen den höheren Getreidezoll, in Wirklichkeit würde man auch mit einem noch höheren einverstanden sein, wenn nur das fürchterliche vermindert wird, daß die Zolltarifrage Wahlparole wird. Die Freisinnigen möchten mit dem harmlosen Auf: Gute Handelsverträge in die Wahl ziehen, aber nicht mit der so peinlichen Gewissensfrage des Zolltarifs; in letzterem Falle fürchten sie zwischen den schützjöllnerischen Anhängern in ihren eignen Reihen und zwischen den principiellen Gegnern des Zollwuchers, den Socialdemokraten, zerrieben zu werden. Darum arbeiten sie darauf hin, daß die Zollfrage vor den Wahlen so oder so erledigt werde.

Eugen Richter mag sich drehen und wenden wie er will, wir bedürfen keines Geständnisses mehr, seine Abstimmungstaktik ist der Schuldbeiseite. Mit Zug und Recht lobt daher auch das Organ des Centralverbandes, die „Verl. Neueste Nachr.“, Richters Verhalten; es „gebührt ihm der Dank des ganzen Reichstages mit Ausnahme der Socialdemokraten und etwa der Herren Barth und Genossen“. Welch eine Ehre! Eugen Richter als Geburthelfer des Wuchertarifs wird aber damit zugleich der Totengräber seiner Partei, im Reich sowohl wie in — Preußen! —

Ein geprellter Regierungspräsident. In der Stadtverordnetenversammlung zu Erfurt machte neulich der Obermeister der Fleischerzunft von einem Schreiben Mitteilung, das ihm vom Regierungspräsidenten von Demis zugegangen war und in welchem sich die vernichtete Centrale für die Verwertung verpflichtete, für die Erfurter Fleischer, die besonders unter enormem Schweinemangel zu leiden haben, 700 Stück Schweine zu liefern. Wir sehen zunächst davon ab, daß sich ein Regierungspräsident zum Vermittler dieser agrarischen Handelsgesellschaft macht, aber wie stand es mit der Wahrheit dieses vernünftigen Geschäftes? Einige Erfurter Fleischer machten die Probe, sie trugen sofort bei der Centrale an, ob sie für die vorige Woche von den disponiblen und offerierten 700 Stück Schweinen 400 sofort haben könnten. Darauf wurde ihnen der charakteristische Bescheid gegeben:

„Diese 700 Stück Schweine sind schon längst verkauft (1), wir können aber sofort 300 Schweine im Gewicht von 220 bis 240 Pfund brutto liefern.“

Auf telegraphische Anfrage, was denn diese angebotenen Schweine zweiter Qualität außer Erfurt kosten sollten, kam die telegraphische Antwort: „57^{1/2} Mark pro 100 Pfund lebend netto Cash.“ Für den Fleischer hätte sich hiernach der Preis pro Pfund Fleisch schließlich auf 76^{1/2} Pf., also beinahe 77 Pf. gestellt, noch ohne die Gebühren; berücksichtigt man hierbei noch, daß es sich um Schweine zweiter Qualität handelt, so kann man sich leicht ausrechnen, wie hoch der Preis für den Konsumenten hätte gestellt werden müssen.

Daß die Centrale also auch in diesem Erfurter Falle gänzlich versagte, ist klar, aber auch den vielen ähnlichen Fällen und

ihrem ganzen inneren Zweck nach nicht verwunderlich; was lediglich verwunderlich ist, ist die Raubrität eines Regierungspräsidenten, die es der geliebten Centrale ermöglichte, ihm wie geschoben, zuerst als ihrer Geschäfte zum höheren Nutzen ihres Ansehens und Geldsacks zu benutzen und dann sogar noch in dieser, freilich echt agrarischen, der höchsten Vorsehensbeurteilung gleichen Art zu prellen. —

Das Fleisch als — Genußmittel.

Während die Physiologen, Hygieniker und Volkswirtschaftler — so weit sie nicht Vegetarier sind — Fleisch zu den Nahrungsmitteln zählen, betrachtet der Dresdener Stadtrat Fleisch als Genußmittel. Er thut es allerdings in verfeinerter Weise. In dem Rechnungsbuch über den Haushaltungskostplan der Stadt Dresden auf das Jahr 1901, der etwa auf den Ton der Magelieder des Jeremias gestimmt ist, werden des langen und breiten alle Mindererhebungen, die als Folge der Krise zu betrachten sind, aufgeführt: bei der Einkommenssteuer 134 638 M. weniger, im ganzen bei den Steuern, Abgaben und Berechtigungen 271 827 M. weniger als man erwartet hatte. Der Gasverbrauch blieb um 1 808 000 Kubikmeter gegen das Vorjahr zurück. Dagegen wurde der Armen-Etat um 100 000 M. überschritten. Damit heißt es wörtlich:

Bei der Einkommensabgabe von Verzehrungsgegenständen kommt der aus der wirtschaftlichen Lage sich ergebende Rückgang der Kaufkraft gewisser Bevölkerungsschichten, insofern zum Ausdruck, als im Berichtsjahre nur die Abgabe für die notwendigen Lebensmittel — Mehl und Backwerk — Mehrerträge geliefert hat, während der Ertrag der Abgabe für Genußmittel wie Bier, Wild, Geflügel usw. um Preise sehr erhebliche Mindererhebungen aufweist. Es ergab sich mehr die Abgabe von Mehl und Backwerk 12 569 M. (707 809 im ganzen), dagegen weniger die Abgabe von Bier 31 700 M., 20 890 M. die Abgabe von Wild, 7350 M. die Abgabe von Geflügel, 11 914 M. die Abgabe von Früchten, 20 846 M. die Abgabe von Fleischwerk, Kunstbutter und Reisfett (114 964 M.), 7454 M. die Abgabe von Vieh.

Wie hieraus hervorgeht, betrachtet der Dresdener Stadtrat nur Mehl und Brot als Nahrungsmittel, das Fleisch dagegen als Genußmittel und zwar für ein so unbeschäftigtes, daß er es neben Bier, Wild und Geflügel nicht einmal erwähnt und sich begnügt, u. f. w. zu sagen.

Es wäre interessant zu erfahren, ob der Dresdener Stadtrat das Fleisch schiefweg für ein Genußmittel hält, oder nur insofern, als die Arbeiter in Betracht kommen, oder, wie der Stadtrat, der sich eben um das Wort „Arbeiter“ herumdrückt, sagt: gewisse Bevölkerungsschichten. Wahrscheinlich wird der Standpunkt des Dresdener Stadtrates der sein, daß Fleisch für das Bürgerium ein Nahrungsmittel, dagegen für die armen Leute ein Genußmittel ist. Des weiteren erhebt man aus dem Rechnungsbuch, daß das Proletariat an Stelle des Fleisches mehr Brot gegessen hat. Und auch dieses Brot der Hungerigen ist extra vom Stadtrat besteuert worden und hat, wie Bürgermeister Leopold frohlockend verkünden kann: 12 600 M. mehr abgeworfen. Wagt man das Wort *Brotwucher* angedrückt dieser Zahlen wirklich noch als politisches Schlagwort und Phrase abzuthun? —

Freisinnige Fleischnot-Bekämpfung. Der Freisinn ist nicht nur gegenüber den Getreidezöllen sehr tolerant, auch in der Fleischwucher-Frage verhält er sich zweideutig. In Danzig ist die Fleischnot sehr groß. Die liberale Stadtverwaltung mußte sich auch zu einer Petition entschließen. Sie will mir, daß — 150 Schweine wöchentlich eingeführt werden dürfen. Eine Statistik hat ergeben, daß jetzt wöchentlich 240 Schweine weniger in Danzig konsumiert werden, als im Durchschnitt der Jahre 1900/1902. Bringt man jetzt 150 Schweine mehr auf den Markt, so befreit das zwar die Schlächter aus der ärgsten Verlegenheit, kann aber wegen der geringfügigkeit des Angebots kein Heruntergehen der Preise bewirken. Die Liberalen Danzigs könnten nicht anders handeln, wenn sie Interessenten eines Fleischtrustes wären, welcher das Ziel verfolgt, die Preise hochzuhalten. —

Offene Flottenpolitik. Die „Köln. Zig.“ wirft die folgende boshafte Frage auf:

„Der abg. Heim hat in seiner letzten Rede zum Zolltarif eine seltsame Angabe gemacht; er sagte in seiner Rede gegen den Bund der Landwirte: „Schriftlich ist auf mich eingewirkt worden, daß doch diese elende Flottenpolitik zum Scheitern käme.“ Wie man im Kreise des Bundes der Landwirte über die große Flotte denkt, ist ja zur Genüge bekannt, es wäre aber immerhin sehr interessant gewesen, wenn Herr Heim angegeben hätte, welche Personen bei ihm gegen die elende Flottenpolitik zu intrigieren versucht haben.“

Vielleicht befriedigt nun Herr Heim die zielbewusste Neugier. —

Die Liberalen in der Klemme.

München, 19. Oktober. (Wg. Ver.) Auf ihrem Eisenacher Parteitag haben die Nationalliberalen einmal so etwas wie einen principiellen Beschluß gefaßt, indem sie in einer Resolution ihre Reichstags-Fraktion verpflichteten, keinesfalls über die in der Regierungsvorlage enthaltenen Mindestzölle hinauszugehen und weitere Mindestzölle abzulehnen. Das erscheint den bairischen „Liberalen“, die ihre Principien längst in der Humpelkammer untergebracht haben, als ein sehr bedenklischer Vorgang und die „Angsbürger Abendzeitung“ giebt diesem Bedenken in einem längeren Artikel bereiten Ausdruck. Sie schildert, wie bei den letzten Wahlen die Liberalen auch in bisher sicheren Wahlkreisen schlecht abgeschnitten haben und wie sie sich zum Teil nur durch Kompromisse in ihrem alten Bestande halten konnten. Deshalb sollen die liberalen Vertreter ihren (mandatslosen) Mitgliedern „wirtschaftliche Freiheit“ lassen, denn:

„Für die Nationalliberalen kommen in Bayern bei der Reichstagswahl für Wahlbündnisse die agrarischen Vereinigungen, speciell der Bund der Landwirte, auf der einen und die Deutschfreisinnigen auf der andern Seite in Betracht, sie müssen deshalb wirtschaftlich Freiheit nach rechts und nach links haben.“

Während man aber die Deutschfreisinnigen in Bayern sich — genau wie ihre liberalen Brüder — auf der absteigenden Linie bewegen, hat der Junkerbund, dank seiner struppelosen Agitation und reichen Geldmitteln in einzelnen Gegenden festen Fuß gefaßt. Das hat auch das Centrum erkannt, das sich, so fürchten die Liberalen, dem „Liebeswerben von bündlerischer Seite“ gegenüber nur nicht mehr so ablehnend wie früher verhält. Man fürchtet die „Angsb. Abendz.“, diese ohnehin bedenklische Situation werde durch die Eisenacher Resolution nur noch verschärft. Sie fordert deshalb die Liberalen Abgeordneten auf, unter Freigabe aller liberalen Principien den Eisenacher Beschluß einfach zu ignorieren, wenn sie dadurch ihren Wahlkreis retten können. Und das geschieht unter Verhüllung auf Veibel und die Socialdemokratie:

„Wir meinen, wenn es bei der socialdemokratischen Partei, die sich doch soviel auf die Disciplin in ihren Reihen zu gute thut, nicht für ausgeschlossen gilt, daß gegen einen so wichtigen Parteitagbeschuß, wie der betreffs der Reichstagswahlen, im Wahlkampfe gefehlt wird, wir glauben, wenn selbst Veibel, der doch keine Meinung neben der seinigen duldet, offen erklärt, den Genossen in dieser, von ihm so eifrig betriebenen Wahlbündnisfrage keinen Zwang aufzulegen zu können, so brauchen sich auch die bairischen Nationalliberalen, wenn die Interessen der Partei auf dem Spiel stehen, durch die Eisenacher Resolution nicht allzusehr gebunden zu empfinden, und wir sind auch überzeugt, daß die eifrigsten Vorkämpfer der Resolution das nicht einmal wünschen würden.“

Veibel wird anrufen als Eideshelfer für liberale Charakterlosigkeit! Warum behauptet man denn nicht gleich, er habe auch die Bewilligung des Zolltarifs eventuell empfohlen, damit wir auch mit dem Junkerbund ein Kompromiß schließen dürfen? —

Aus Baden schreibt man uns: Die Nachricht, daß der Erbgroßherzog den Hofmarschallstab niedersetzt, um heimzuführen und sich in den Regierungsgeschäften des Landes einzufinden, kommt nicht überraschend. Sein Vater fühlte offenbar das Bedürfnis nach einem etwas ruhigeren Lebensabend, als er ihm in den letzten Monaten durch die Repräsentationsbrüchlichkeit bei der Mutter noch nicht ganz beendeten Jubiläumfeier beschieden ist. Der Großherzog stand, als er die Entscheidung in der Aloisierfrage treffen sollte, vor einem Entschluß, der jedenfalls seiner bisher getreueren Regierungspartei einen herben Schmerz bereitet haben würde; und so wollte er nicht in einer Disharmonie seine Regierungstätigkeit abschließen. So geschah auf dem Gebiete des Kulturkampfes nichts und die weise Vorsicht überläßt dem kommenden Mann, sich mit Rom abzufinden. Deshalb vertritt man auch die Änderungen von einer Veränderung im Ministerium, es mag zunächst alles beim Alten bleiben, bis der neue Herr sich für die Gestaltung seiner künftigen Umgebung eine Meinung gebildet hat. Neugierig bringt die Heimkehr des Führers einer preußischen Heeresart in das verbläute liberale Mutterland eine Veränderung in der Residenz mit sich. Das erbgroßherzogliche Schloss am der Kriegs- und Herrenstraße, das als monumentales Bauwerk mit Millionenaufwand aus den Steuergrößen des Volkes erbaut wurde, wird nun am längsten leerstehenden haben.

Mit dem Beitritt um einige Kapuzinerklöster macht der römische Klerus in Baden auf indirektem Wege ein gutes Geschäft. Unter Mitwirkung des in der Kammer an die Schaffung dieser Stelle geknüpften Wunsches, die Stelle des vorstehenden Rates im Oberstudium mit einem Nachmann der Pädagogie zu besetzen, ernannte die Regierung den Geh. Regierungsrat A. Schmitt, einen Juristen und Centrumsmann für diesen neugeschaffenen Posten; dadurch ist der Einfluß des Klerus auf die Befehle der Schulverwaltungen mit Geistlichen noch größer geworden.

Der Nachfolger Wörresdörfers in der Fabriksinspektion, Herr Dr. Wittmann aus Trier, hat sich bisher nicht so verhalten, daß die arbeiterfreundliche Presse Ursache hat, ihre Zufriedenheit zu äußern. Man vermißt bei ihm das Verständnis seines Vorgängers für soziale Fragen.

Ausland.

Der Schluß der Bundesversammlung.

Bern, 16. Oktober. (Fig. Ber.) Nach 14tägiger Session sind die Porten der beiden Parlamente wieder geschlossen worden; wenn sie in zwei Monaten geöffnet werden, wird mancher „neue Mann“ seinen Einzug halten. Es war nämlich die letzte Session des Nationalrates, der am 26. Oktober neu gewählt wird und mit ihm auch alle jene Mitglieder des Bundesrates, die vom Volke und nicht von den Kantonsräten gewählt werden.

Das Hauptgeschäft der Bundesversammlung war die Verabschiedung des ungeheuerlichen Zolltarifs, die nach Erledigung einiger zwischen den beiden Häusern bestehenden Differenzen glatt und prompt erfolgte. Die Interessen des Unternehmertums und der Herdenbauern sowie der Bundesfinanzen sind vollumfänglich gewahrt, für die Interessen der Arbeiter und Konsumenten waren nur die drei sozialdemokratischen Abgeordneten eingetreten, die gegenüber den 144 Gegnern im Nationalrat und gegenüber dem Ständerat nicht aufstehen konnten. Es gibt in den mitteleuropäischen Staaten kein Parlament, das so einseitig kapitalistisch zusammengesetzt, ein so reines Geldsaß-Parlament wäre, wie es die schweizerische Bundesversammlung ist. Der Zolltarif, für den überhaupt keine Arbeiterschaft existiert, ist ein getreues Spiegelbild derselben.

Am Ständerat ist wieder die Revision des Ruhetagsgesetzes betreffend die Transportanstalten behandelt worden. Die Angelegenheit steht seit 1895 auf der Tagesordnung der Bundesversammlung, also seit 7 Jahren. Der Ständerat hatte wegen der inzwischen eingetretenen Verstaatlichung der Hauptbahnen die Vorlage einige Jahre liegen lassen und sie erst jetzt wieder in Beratung gezogen. Die Eisenbahner verlangen den Jesuitendientag, Extrabehaltung von Lieberstunden, statt der nur einständigen Ruhepause um die Mitte der Arbeitszeit eine ein- bis zweistündige, Ausdehnung der 52 dienstfreien Tage von je 24 auf 36 Stunden und alljährlicher achtstägiger Urlaub nach freier Wahl jedes Angestellten, Einstellung des Güterdienstes auch an den Sonntagen und nicht nur an den hohen Feiertagen, Beschränkung der Anwesenheitspflicht auf die Dauer eines Monats. Der Ständerat beschloß aber nach der Vorlage nur die Reduktion der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, die allein angeblich schon 2 350 000 Fr. jährliche Mehrausgaben der drei Bundesbahnen verursachen soll. Die tägliche Ruhezeit wurde auf 10 Stunden für das Lokomotiv- und Jugerpersonal und auf 9 Stunden für das übrige Personal festgesetzt, die aber auch nur 8 Stunden betragen kann, wenn die Amtswohnung in der Nähe der Arbeitsstelle ist. Die tägliche Dienstbereitschaft soll für die verschiedenen Kategorien des Personals 12, 11, 10 bis 8 Stunden betragen. Auch von besonderem Schutze der weiblichen Angestellten ist die Rede, aber was ist das für ein Schutz. Es wurde nämlich beschlossen, im durchgehenden Nachtdienst von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens keine Frauen zu beschäftigen, außer Telegraphistinnen, Telephonistinnen, Wartefrauen, Toilettenwärterinnen, Puderinnen und dergleichen. Das ist ein sehr bescheidener Schutz. Die Vorlage ist aber noch nicht definitiv erledigt, sie geht erst wieder an den Nationalrat zurück und wenn sie dann endlich verabschiedet wird, bis dahin kann noch mancher Eisenbahner von dieser Welt Abschied nehmen.

Der Antrag unseres Genossen Bogelsänger, es sei zu prüfen, ob nicht zum Schutze von Wehrpflichtigen, welche wegen Militärdienstes in ihren bürgerlichen Anstellungsverhältnissen geschädigt werden, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen sein, welche die Aufhebung des Arbeitsvertrages aus Grund des Militärdienstes verbieten, wurde vom Nationalrat erhehlich erklärt, also dem Bundesrat zur Berichterstattung überwiesen, jedoch wird dabei voraussichtlich gar nichts oder nicht viel herauskommen.

Bemerkenswert ist die Annahme eines weiteren Postulates betreffend die Prüfung der Einführung des elektrischen Betriebes auf den Bundesbahnen. Versuche dazu werden schon jetzt gemacht von der Maschinenfabrik Dillkorn bei Zürich. Der elektrische Betrieb würde nach dem Antragsteller Zinselmann-Bern eine jährliche Ersparnis von 1/3 Millionen Franken bedeuten, der Wert der Kohleneinfuhr der Schweiz beträgt 70 Millionen pro Jahr. Die Verwendung der elektrischen Kraft würde die Ausbeutung der reichen Wasserkraft ermöglichen und vom Auslande etwas unabhängiger machen.

Rußland in der Mandchurei.

Der Korrespondent der „Times“ in Peking berichtet telegraphisch über eine Reise in der Mandchurei, wobei er mit größter Bewunderung die wunderbare Umwandlung bezeugt, welche russische Truppen vollzogen haben. Er beschreibt das schnelle Emporwachsen zahlreicher Städte und ganzer russischer Ansiedlungen, in denen tausende russischer Einwohner mit Frauen und Kindern sich niedergelassen haben. In den russischen Ansiedlungen, meldet der Korrespondent, befinden sich große Kasernen für die Eisenbahnbeamten, in großen russischen Landkneipen außerhalb aller großen Städte werden künftige Garnisonbauten errichtet. Rußland besetzt genau seine Zusicherungen bezüglich der Räumung der Mandchurei, aber dies bedeutet lediglich die Zusammenziehung der Truppen an den Eisenbahnen und Zurückziehung der Garnisonen aus den Städten nach Konzeptionen außerhalb der Mauern. Schließlich schlägt der Korrespondent der „Times“ die Entsendung eines britischen Generalkonsuls in Wladiwostok vor. Die „Times“ bestritten den Vorschlag und sagen, England müsse bestraft sein, seine wichtigen vertraglichen Rechte in der Mandchurei zu sichern. Das Blatt rät ferner zur stillschweigenden Anerkennung der russischen Okkupation, da scharfe Worte nicht ratsam seien, wenn sie keinem praktischen Zweck dienen. Zum Schluß bemerkt die „Times“, Rußland habe so große Erfolge nur

durch reichliche Verwendung geliehenen Kapitals erreicht, und fordern die englische Regierung auf, in ähnlicher Weise Kapital in Persien anzulegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wahlbündnis der tschechischen Oppositionsparteien. Einer aus-gegebenen Mitteilung zufolge beschloßen die Vertreter der tschechischen Oppositionsparteien im Reichsrat, nämlich die nationale-freiwirtschaftliche Partei, die tschechische Agrarpartei und die nationale-sozialistische Partei, für den Fall der Auflösung des Abgeordnetenhauses und Ausschreibung von Neuwahlen auf Grund des gegenwärtigen Standes und der Anzahl der Abgeordneten der einzelnen tschechischen Parteien eine gemeinsame Kandidatenliste anzustellen und bei den Wahlen gegenseitige solidarische Unterstützung zu üben. Der tschechische Klub hat das Wahlbündnis einstimmig gutgeheißen.

Frankreich.

Versuchweise Einführung des Achtstundentages in Marinebetrieben. Der Marineminister hat verfügt, daß bei den Arbeiten des Artillerie-Arsenals in Toulon und der Marine-Kesselfabrik in Lorient vom 1. November ab versuchsweise der Achtstundentag eingeführt wird. Wenn diese Maßnahme ein befriedigendes Ergebnis haben sollte, soll der Achtstundentag vom 1. Januar ab allgemein eingeführt werden.

In den englischen Marinebetrieben ist der Achtstundentag bereits eingeführt, in Frankreich beginnt man mit der Einführung — wann wird Deutschland nachfolgen?!

Ein „anarchistischer“ Attentatsversuch. Der „Figaro“ berichtet, daß Polizeibeamte gestern einen Anarchisten ergriffen haben in dem Augenblicke, als er über das Gitter kletterte, welches die elysischen Felder vom Garten des Palastes trennt. Man hat bei dem Verhafteten einen geladenen Revolver und ein anarchistisches Blatt gefunden. Der Name des Verhafteten wird geheim gehalten; doch wird er für eine überaus gefährliche Persönlichkeit angesehen. Man glaubt, daß er dem Präsidenten der Republik im Gehäus aufzulauern wollte, um ihn zu ermorden.

Die Nachricht klingt äußerst ungläubig. Sollte es sich um einen skandalösen Anarchisten handeln?!

Schweden.

Wort mit den Lebensmittelpöken! Die allgemeine Misere in den nördlichen Teilen Schwedens hat einen ersten Höhepunkt unter der Bevölkerung hervorgerufen. In mehreren Bezirken ist sowohl die Ernte von Roggen, Gerste, Hafer als auch die Kartoffelernte vollkommen schlagelassen. Da nun die Bevölkerung fast alle Lebensmittel kaufen muß, werden die Lebensmittelpöke um so schwerer empfunden. Die Gemeindevertretung von Tammås in Hälsjedalen hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet, die Zölle für Getreide, Mehl und Speck für unbestimmte Zeit aufzuheben.

Affien.

Zur Niederlage des Obersten Swayne. Aus Bristen, die aus Somalia in London eingetroffen sind, geht hervor, daß Swayne schon vor Abgang der letzten Depeschen eine ganze Reihe unglücklicher Geschäfte zu bestehen hatte; daß ferner fast alle Kamelle getötet wurden, die Borräte aufgebraucht waren und Mangel an Munition und Wasser bestand. Auch wird in den Briefen gemeldet, daß der Russen am 12. September zwei Maximgeschütze genommen hat.

Der Beirat für Arbeiterstatistik

ist am Mittwoch, den 22. d. M., zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Präsident des Statistischen Amtes, welcher gleichzeitig Vorsitzender des Beirates ist, berichtete über die bisherige Thätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik und gab einen Überblick über die zunächst in Angriff zu nehmende Arbeit. Hierzu gehört die Fortführung der Arbeiten, die von der Kommission für Arbeiterstatistik eingeleitet wurden. Hierzu gehören die Erhebungen über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Comptoirs des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind. Diese sind soweit gegeben, daß ein Bericht von 104 Seiten fast über die statistischen Erhebungen vorliegt. Ferner die Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischer-gewerbe. Auch hier haben Erhebungen durch Fragebogen stattgefunden und liegen 6442 beantwortete Fragebogen vor. Von diesen sind 3631 von Meistern und 2811 von Gehilfen ausgefüllt. Obwohl die Umfrage bereits vor geraumer Zeit stattgefunden hat, so hat die Verarbeitung des Materials noch nicht stattfinden können, weil 87 Proz. der Fragebogen, worauf die Fragen ungenügend beantwortet waren, zur Nachherbezug zurückgeschickt werden mußten. Die größere Zahl der von Meistern beantworteten Fragebogen ist dadurch entstanden, daß in vielen Geschäften, in denen nach dem Plane die Gehilfen die Fragen beantworten sollten, zur Zeit als die Umfrage stattfand, keine Gehilfen beschäftigt waren.

Noch ungenügender wie beim Fleischergewerbe sind die Antworten bei den Erhebungen über die Fuhrwerksbetriebe ausgefallen. Hier wurden in 336 Orten 3508 Fragebogen verteilt, wovon 1843 an Privatwale, und 1787 an Arbeiter gegeben wurden. 3304 Fragebogen liefen wieder ein, aber 90 Proz. mußten zurückgegeben werden, weil die Fragen zum Teil nicht verstanden oder aus sonstigen Ursachen falsch oder ungenügend beantwortet waren.

Der Präsident Wilhelm teilte ferner mit, daß die Arbeiten des Beirates wesentlich durch das Entgegenkommen der Bundesregierungen erleichtert ist. Während früher die Kommission für Arbeiterstatistik nur auf dem Umwege durch den Reichsstatistik und die Landes-Statistikbehörden mit den Staats- und Ortsbehörden verkehren konnten, ist jetzt ein direkter Verkehr ermöglicht und können hierdurch die Geschäfte viel schneller abgewickelt werden. Auch ist angebahnt, daß die Arbeiterstatistische Abteilung direkt mit den Konsulaten verkehren kann, um arbeitsstatistische Mitteilungen aus dem Auslande zu erhalten.

Sind nun viele Hindernisse hinweggeräumt, die früher das rasche Fortschreiten begonnenen Arbeiten hemmten, so läßt sich jetzt ein schnelleres Tempo erwarten. Bei dem langwierigen Gang der Geschäfte hat früher die Kommission für Arbeiterstatistik nur einen geringen Bruchteil der im Etat ausgelegten 30 000 M. verbraucht. Die damals gemachten Ersparnisse konnten jetzt gebrauch werden und der Präsident erklärte schon, daß erheblich höhere Summen gebraucht werden, wenn die Arbeiterstatistische Abteilung ihren Zweck erfüllen soll. Gegenwärtig werden schon 15 Personen bei der Arbeiterstatistik beschäftigt, und das Personal muß noch verstärkt werden. Nachdem eine Geschäftsordnung für den Beirat festgestellt wurde über die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift für Arbeiterstatistik beraten. Es soll das eine ähnliche Zeitschrift wie die „Labor Gazette“ werden und für 10 Pfennig pro Exemplar in den Buchhandel kommen. Nach dem vorläufigen Plan soll die Zeitschrift hauptsächlich berücksichtigen: I. Arbeitsmarkt. 1. Arbeitsmarktstatistik a) Statistik der Arbeitsvermittlung, b) Statistik der Arbeitslosen, c) Statistik des Verlaufs von Versicherungsarten für die Invaliditätsversicherung. 2. Der Arbeitsmarkt im Auslande. II. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. 1. Entwicklung der Arbeitsnachweise im In- und Auslande. Mitteilungen über Organisation und Thätigkeit einzelner Arbeitsnachweise und Arbeitsämter. 2. Arbeitslosigkeit. a) Statistik, b) sonstige Mitteilungen. 3. Fortschritte der Arbeiterstatistik. III. Arbeitsbedingungen und Arbeiterschutz. 1. Arbeitsvertrag. 2. Arbeitslohn. 3. Arbeitszeit für Kinder, junge Leute, Arbeiterinnen. 4. Wohnfrage. 5. Arbeitsbedingungen. 6. Hausindustrie. 7. Gewerbeinspektion. 8. Arbeiterschutz im Auslande. 9. Gewinnbeteiligung. IV. Arbeitshygiene, insbesondere Berufskrankheiten und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen. V. Arbeiterversicherung und Sparrentenwesen. 1. Krankenversicherung. 2. Unfallversicherung. 3. Invalidenversicherung. 4. Witwen- und Waisenversicherung. 5. Arbeitslosen-

versicherung. 6. Sparrenten. VI. Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter. VII. Arbeitsfreilichkeiten. 1. Streiks und Aussperrungen. Statistik. 2. Entlassungsarten. 3. Ausländische Verhältnisse. VIII. Arbeiter-Hausbau. 1. Arbeiter-Wohnungswesen. 2. Kleinhandels-Große wichtiger Lebensmittel. IX. Konsumvereine und Genossenschaften. 1. Statistik. 2. Ausländische Verhältnisse. X. Arbeiter-Vollbildung. 1. Arbeiter-Vollbildungsschulen, Fachschulen, Volkshilfliche Hochschulen, Fortbildungsinstitute, Veschulen usw. XI. Verschiedenes. Auswanderung. Außenhandel Deutschlands. XII. Gesetzgebung und Rechtsprechung. 1. Gesetze und Verordnungen sozialpolitischen Inhalts (In- und Auslande). 2. Rechtsprechung der Gewerbegerichte, Rechtsprechung in Versicherungsfragen, in Straf- und Zivilsachen.

Das Material soll dort genommen werden, wo es nur zu erlangen ist, und sollen auch die Gewerkschaften aufgefordert werden, das von ihnen erreichbare Material zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wird es je gelingen, ebenso zuverlässige Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes zu erlangen, wie solche über die Lage des Gold- und Warenmarktes vorhanden sind. Die Arbeiter, welche die englische „Labor Gazette“ lesen, werden schon oft bedauert haben, daß ein ähnliches Blatt nicht in Deutschland besteht. Ob dieses Organ den Anforderungen entsprechen wird, muß die Zukunft lehren. Auf jeden Fall haben die Arbeiter-Organisationen alle Ursache mitzuwirken, um eine möglichst vollkommene Arbeiterstatistik zu schaffen. — Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Weiterer Behandlung der Erhebung über die Arbeitszeit in den Comptoirs“ hob der für den erkrankten Referenten Dr. Fischer eingetretene Ministerialdirektor Dr. v. Seidler hervor, daß die Erhebungen sehr abhängig von dem Verband deutscher nationaler Handlungsgehilfen kritisiert worden sei. Die Kritik sei aber zum größten Teil unberechtigt, weil bei Maßnahmen verurteilt, die ergriffen wurden, um ein möglichst objektives Bild zu erlangen. Wenn z. B. moniert wird, daß Dresden nicht in die Erhebungen eingezogen ist, so sei dieser Vorwurf unberechtigt, weil in Sachsen nur eine Großstadt berücksichtigt werden konnte, falls man an dem Plan der Stichproben festhalten wollte. Hätte man in Dresden die Erhebungen vorgenommen, dann hätte Leipzig nicht berücksichtigt werden können und der Kritiker habe dann vielleicht mit noch mehr Gründen diese Unterlassung tadeln können. Es werde weiter getadelt, daß die Erhebungen sich auf die Arbeitszeit beschränkt habe. Diese Beschränkungen seien aber durch den Beschluß des Reichstages geboten, der durch Annahme des Antrages Raab bestimmt gesagt habe, was ermittelt werden solle. Die ermittelte Arbeitszeit sei zum feine ausnahmsweise lange. Es haben z. B. tägliche Arbeitszeit:

	9 Stunden	mehr als 9 Stunden	mehr als 10 Stunden
Männliche Gehilfen	61,2	28,7	10,6
Weibliche Gehilfen	55,9	30,4	14,7
Männliche Lehrlinge	50,1	30,5	19,4
Weibliche Lehrlinge	42,2	35,8	22

Aus den hier ermittelten Arbeitszeiten kann man nicht ohne weiteres schließen, daß durch sie eine Gefährdung der Gesundheit stattfindet. Gefährdung der Gesundheit durch übermäßig lange Arbeitszeit ist aber bis jetzt die einzige Ursache des Einschreitens der Gesetzgebung gewesen. Da wo man bisher eingegriffen habe, haben Gesetze und Verordnungen in der Regel eine längere Arbeitszeit zugelassen als hier bestimme. Man müsse aber die Erhebungen fortsetzen, um zu ermitteln, ob nicht durch andre Umstände die Gesundheit geschädigt worden, so daß durch das Hinzutreten von andern Einflüssen die hier ermittelte Arbeitszeit als gesundheitsschädigend angesehen werden müsse. Er empfehle daher weitere Erhebungen, zunächst durch Befragung von Verbänden. Diese Erhebungen müssen dann, wie die Kommission für Arbeiterstatistik bereits beschlossen hat, auch auf die Hilfsarbeiter ausgedehnt werden. Erst wenn dieses Material vorliegt, sei es möglich, auch medizinische Sachverständige über den Einfluß der Arbeit auf die Gesundheit der Arbeiter zu befragen. Die Vorschläge des Referenten wurden angenommen.

Sodann wurde eine Anzahl von Anträgen gewählt und zwar je ein Antrag für die Fortsetzung der Erhebungen im Handels-gewerbe, im Fleischergewerbe, der Fuhrwerksbetriebe und der Binnenschifffahrt. Ferner wurde ein Antrag, damit beantragt, die Herausgabe der Zeitschrift für Arbeiterstatistik vorzubereiten. Beabsichtigt ist, diese Zeitschrift zum 1. April 1900 erscheinen zu lassen und wird es noch vieler Arbeiten bedürfen, um von da ab auf die regelmäßige Erlangung des Materials mit Sicherheit rechnen zu können.

Parteinachrichten.

Die Parteikonferenz zur Regelung der Jivisigkeiten unter den deutschen und polnischen Genossen in Schlesien und Posen, welche am letzten Sonntag in Berlin stattfand, giebt bürgerlichen Blättern Anlaß zu gänzlich unrichtigen Mitteilungen. Es ist unrichtig, daß die Konferenz resultatlos verlaufen sei oder gar daß, wie die „Nöln. Zeitung“ sagt, infolge der Verhandlungen auf dieser Konferenz „das Tischchen zwischen den polnischen Sozialdemokraten und der deutschen sozialdemokratischen Partei endgültig zertrümmert“ sei. Wahr ist vielmehr, daß die durch die Konferenz eingeleiteten Verhandlungen überhaupt noch nicht zum Abschluß gediehen sind. Sobald dies geschehen sein wird, wird das Ergebnis von uns mitgeteilt werden.

Mit der Wittichbrocksche beauftragte sich am Montagabend noch eine Parteiverammlung in Leipzig. Es entwickelte sich eine lange Auseinandersetzung, in der mit Annahme des eine vermittelnde Stellung einnehmenden Genossen Grenz sämtliche Redner scharfe Angriffe gegen die Prosidüre und den Verleger richteten. Auch Franz Wittich und Genosse Lipinski nahmen das Wort, um ihre Verhältnisse zu rechtfertigen.

Zum Schluß wurde ein Brief Staats verlesen, worin dieser die unwürdigen Anmaßungen der Prosidüre zurücknimmt. Darauf gab auch Frau Wittich die Erklärung ab, daß sie die großen Schäden in der Prosidüre nicht verschuldet habe; ihr Manuskript habe diese Schäden nicht enthalten. Sie könne erklären, daß ihr die Veröffentlichung dieser Stellen sehr leid thue. Schlußwort erklärte auch Lipinski, wenn Maar jetzt zurückziehe, so wolle auch er die Unrichtigkeiten mit Bedauern zurücknehmen und die Prosidüre einziehen.

Die Versammlung wurde beendet mit Annahme der folgenden Resolution:

„Die heutige Parteiverammlung weiß die in der Wittich-Biographie gegen die Leipziger Parteileitung erhobenen Anschuldigungen als un wahr zurück und mißbilligt aufs schärfste die hierauf bezügliche Thätigkeit des Verlegers Lipinski, zumal man in seiner Eigenschaft als Parteigenosse eine andre Handlungsweise von ihm erwarten mußte.“

Geflücht.

In den Anstalt, der in Leipzig in der Angelegenheit unred verstorbenen Genossen Wittich erdramt ist, wurde auch der Verein „Arbeiterpresse“ hineingezogen, nachdem Lipinski behauptet hatte, er habe vom Vorstand des Vereins den Auftrag erhalten, das Verhältnis Wittichs zur Leipziger Volkszeitung anzuklären. Wir erklären hiermit, daß Lipinski einen solchen Auftrag weder von dem früheren noch vom neuen Vorstand erhalten und inner Verein mit der Affaire nicht das mindeste zu thun hat.

Berlin, 22. Oktober 1900.

A. Thiele, A. Kautsky, Th. Glöck.

Der Vertrauensmann für das weiltliche Westfalen berichtet über die Parteithätigkeit in der Zeit vom 15. Oktober 1901 bis jetzt. In dem Bezirk gehören die Reichstagswahlkreise Dortmund, Soest, Hamm, Neudorfhausen und Arnberg. Im Kreise Arnberg ist noch keine Organisation vorhanden, weil keiner von den Partei-

Genossen um seiner Existenz willen sich traut, ein Parteimitglied zu übernehmen. Auch im Kreis Kallinghausen sind nur eine kleine Anzahl von Kräften vorhanden, aber auch hier bei dem gewaltigen Einfluß der Sozialisten, die dort ihre wirtschaftliche Herrschaft ausdehnen, Verhandlungen sind deshalb unmöglich, die Agitation muß sich auf die Verteilung von Druckschriften beschränken.

Im ganzen Bezirk wurden 82 000 Flugblätter, 25 000 Agitationskalender und 100 000 Exemplare des Kommunalprogramms verteilt und gegen 200 Agitationsversammlungen abgehalten. Die Wahlkreise hatten zusammen 7138 W. Einnahme und 4321 W. Ausgabe.

Reichstags-Kandidaturen. Im Wahlkreis Orlau-Kimptisch-Strahlen wurde Genosse Oskar Schütz, Breslau, im Kreis Ratibor in Oberschlesien Genosse Paul Löbe, Breslau als Reichstags-Kandidaten nominiert. Bisjot-Ratibor hat auf seine Kandidatur verzichtet. Für den Wahlkreis Würzburg wurde der Landtags-Abgeordnete Franz Schmitt als Kandidat erwählt. Für den 11. hannoverschen Wahlkreis, Osterode-Einbe, hat Genosse Adolf Hoffmann die ihm von der Kreisversammlung jetzt einstimmig übertragene Kandidatur angenommen, nachdem die Genossen nach ordentlicher Aussprache ihre Differenzen begraben und sich zu gemeinsamen Handeln geeinigt haben. Für Liebenwerda-Lörga kandidiert der Cigarrenfabrikant Genosse Rauhe in Eisenburg.

Zum Apothekenboykott.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten Berlins und der Vororte hielten gestern, Mittwoch, in Cohns Festsaal eine Versammlung ab, um zu den Einigungsversuchen, welche die Apothekervertreter in der letzten gemeinsamen Sitzung mit der Centralkommission am 1. Oktober gemacht hatten, Stellung zu nehmen. Wie wir bereits früher berichtet, sollten nach diesen Vorschlägen die Krankenkassen einen Rezepturrabatt von 12% Proz. erhalten und die Handverkaufstare nach der preussischen Handverkaufstabelle geregelt werden. Das gelbe Rezeptformular soll unter der Bedingung beibehalten werden, daß von der Ueberschrift, welche lautet: „Diese Verordnung gilt nur für Droguengeschäfte und wird Apotheken nicht honoriert“, der zweite Absatz gänzlich und vom ersten Satz das Wort nur getilgt wird. Im übrigen sollen aber Vereinbarungen getroffen werden, daß durch diese Veränderung den Droguisten nicht die zugehörige Massenlieferung im größeren Maßstabe entzogen werden kann.

Dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Apothekern und der Centralkommission, den Dr. C. Freudenberg erstattete, folgte eine längere Diskussion, in der von allen Rednern die Vorschläge der Apotheker entschieden abgelehnt und von den meisten für die Aufrechterhaltung der ursprünglichen Forderungen: 20 Proz. Rezepturrabatt und als alleinige Lieferanten für die freigegebenen Mittel nur die Droguisten zugelassen, plädiert wurde. Andre Kassenvertreter gaben der Meinung Ausdruck, daß man den Apothekern nochmals entgegenkommen und den Rezepturrabatt auf 17 1/2 Proz. ermäßigen solle, trotzdem die Situation für die Kassen eine außerordentlich günstige ist und auch bei längerer Dauer des Kampfes unzweifelhaft bleiben wird. Sollte dieses Mal keine Einigung erzielt werden, so würde an eine baldige Beendigung des Kampfes nicht zu denken sein, zumal von den Kassen noch weitere Maßnahmen geplant sind.

Von der Centralkommission lag folgender Antrag vor: „Die Versammlung stimmt dem zu, daß die Einigungs-Verhandlungen mit dem Apothekerverein fortgesetzt werden, und beauftragt die Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte, folgenden Einigungsvorschlag zu machen:

Die Ueberschrift der gelben Rezeptur soll künftig einfach lauten:

„Diese Verordnung gilt nur für Droguengeschäfte.“

Gelbe Rezeptur, die trotzdem wesentlich in den Apotheken angefertigt werden, sollen den Apothekern honoriert werden und zwar zu den mit den Droguisten vereinbarten Preisen. Es wird aber vertraglich festgelegt, daß von seiten der Apotheker auf gelbe Rezeptur nicht gehandelt werden darf, und daß Apotheker, in deren Geschäft nachweislich wiederholt gegen diese Bestimmung verstoßen worden, durch Schiedsgerichtsbefehl von der Massenlieferung ausgeschlossen werden können.

Stimmen die Apotheker dem zu, so soll die Centralkommission ermächtigt sein, die bisherige Forderung eines Rezepturrabatts von 20 Proz. — welche von den Vertrags-Apothekern bereits bewilligt ist — auf 17 1/2 Proz. herabzusetzen.“

Die Abstimmung war eine namentliche. Bis auf den Absatz, der den Rezepturrabatt betrifft, wurde der Antrag der Centralkommission einstimmig angenommen. Für den letzten Absatz, also für 17 1/2 Proz., erklärten sich 67 Kassen, während 80 Kassen für 20 Proz. stimmten und somit der ganze Antrag der Kommission angenommen ist. — Die Versammlung war außerordentlich stark besucht.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die „Germania“ und die christlichen Streikbrecher. Nachdem wir gestern unter Darlegung von feststehenden Tatsachen das schimpfliche Verhalten der arbeitslos organisierten Holzarbeiter in der Richterlei von Jode gekennzeichnet haben, bleibt die „Germania“ auch heute noch bei der Behauptung, der Kernpunkt des Streiks sei die beabsichtigte Entfernung der Mitglieder des christlichen Verbandes gewesen. Freilich giebt sich die „Germania“ nicht die Mühe, diese Behauptung zu beweisen. Sie kam das auch nicht, denn ihre Behauptung ist eine grobe Unwahrheit. Wir begreifen es wohl, wenn es die „Germania“ sämmerzt, daß dieser Streik dazu benutzt wird, den christlichen Holzarbeiter-Verband und seinen Vorständen herabzusetzen, aber diesen Schmerz können wir dem christlichen Volke nicht ersparen, denn wer die zugehörte Solidarität so schände bricht, um hinter dem Rücken seiner Kollegen Sonderprivilegien herauszuschlagen, wie es die Schlinglinge der „Germania“ gethan haben, der verdient allerdings, daß er dem Urteil der Öffentlichkeit übergeben wird und dies Urteil kann nicht anders lauten als: Der christliche Holzarbeiter-Verband hat sich in vorliegendem Falle als eine Streikbrecher-Organisation erwiesen.

Aktion, Drahtarbeiter. Der Streik bei der Firma Heitze in Lichtenberg dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten. Besonders die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, das streng zu beachten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ortsverwaltung Berlin.)

Der Formereit bei Grunauer soll nach der Behauptung mehrerer Blätter, besonders der „Arbeitsgeber-Zeitung“, für die Arbeiter ein verlorenes sein, da sie die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten. Daß diese Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen, geht aus folgendem hervor: Herr Grunauer sah sich zweimal veranlaßt, den Formern Zugeständnisse zu machen. Das erste Mal wurden dieselben, weil zu geringfügig, abgelehnt, das zweite Mal wurden sie acceptiert. Ob nun die Arbeiter oder der Unternehmer von einem Erfolge reden kann, zeigen nachstehende Lohnabmachungen: Für Regulatorgewichte gab es bis zum Streik pro 100 Kilo 80 Pf., jetzt 1,25 M., glatte Gewichte bis zum Streik 80 Pf., jetzt 1 M., Rundgüsse, 50 Millimeter Durchmesser, bis zum Streik 2 M., jetzt 3 M., Rundgüsse, 50 Millimeter Durchmesser, bis zum Streik 1,50 M., jetzt 1,75 M.; Ankerlöse bis zum Streik 2 M., jetzt 2,20 M. Rechner arbeiten im Lohn und haben eine Zulage zum Stundenlohn erhalten. Nachdem jetzt die Formern wieder eine Woche arbeiten, läßt sich weiter sagen, daß die übrigen Arbeiten durchaus angemessen bezahlt sind. Es ist Thatsache, daß Grunauer selbst erklärte, von den Arbeitwilligen keinen wieder haben zu wollen. Er sprach auch die Hoffnung aus, daß seine Leute nie wieder in einen Auszustand zu treten brauchen. Demnach hat also der Streik einen Abschluß gefunden, mit dem die Arbeiter durchaus zufrieden sind.

Deutsches Reich.

Gegen den Gau VII des deutschen Holzarbeiter-Verbandes

hatte die Magdeburger Staatsanwaltschaft unter Berufung auf das Vereinsgesetz ein Verfahren eingeleitet, welches jetzt vor dem Kammergericht zum Abschluß gelangt ist. Hierüber wird uns geschrieben:

Der Genosse Bahle in Magdeburg war als Vorsitzender des Gaus VII des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt worden, weil er dadurch die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes übertreten haben sollte, daß er als Erforderer des Polizeipräsidenten diesem nicht ein Statut und ein Mitglieder-Verzeichnis des Gaus VII einreichte. R. legte Berufung ein und machte geltend, daß der Gau gar kein Statut habe und auch nicht aus physischen Mitgliedern bestehe. Das Landgericht hob die Verurteilung auf und sprach den Angeklagten frei. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, der in ganz Deutschland Zahlstellen habe, könne den Verband nach dem Statut in Gaus einteilen. Die Gauvorstände hätten dann innerhalb des Gaus die Agitation zu betreiben, bei Lohnbewegungen den Verbandsvorstand über die Verhältnisse in den Zahlstellen zu informieren und die Zahlstellen zu revidieren. Wenn nun auch der Gauverband, zu dem eine Anzahl Zahlstellen gehörten, gleich dem Gesamtverband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, so könne doch § 2 des Vereinsgesetzes nicht Anwendung finden, denn der Gauverband sei nicht ein Verein im Sinne des Gesetzes. Ein Verein sei eine Vereinigung physischer Personen, hier aber handele es sich um eine Vereinigung von Zahlstellen zu einem Gau und der Gauvorstand sei gleichsam nur ein Untervorstand des Centralvorstandes. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und betonte, daß auf jeden Fall die Mitglieder des Gauvorstandes einen Verein bildeten und daß auch dieser Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. § 2 des Vereinsgesetzes wäre also durch Nichtanwendung vom Vorderichter verlegt, selbst wenn man seine Darlegungen über den Charakter des Gaus gelten ließe. — Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Staatsanwaltschaftliche Revision mit folgender Begründung zurück: Nicht nur der Gauverband, sondern auch der Gauvorstand sei kein Verein. Es handele sich lediglich um eine Verwaltungsorganisation des Gesamtverbandes und der Gauvorstand sei nur eine Unterbehörde, ein Unterorgan des Centralvorstandes, das die Agitation betreibe und die Zahlstellen beaufschichtige.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Magdeburger Staatsanwaltschaft versucht hat, Gerichtsurteile herbeizuführen, durch welche der Gewerkschaftsbewegung Hindernisse in den Weg gesetzt worden wären. Unfres Willens hat die Magdeburger Staatsanwaltschaft aber ihre Absicht nicht verwirklichen können, sie hat vielmehr, ebenso wie in dem vorstehenden Fall, nur Niederlagen geerntet. Man sollte daher meinen, daß erneute Versuche dieser Art nun endlich unterbleiben.

Der Weberstreik in Meerane.

An dem Streik sind, wie bekannt, eine große Zahl von Frauen und Mädchen beteiligt, und diese weiblichen Mitstreiterinnen im wirtschaftlichen Kampf thun in volstem Maße ihre Pflicht. Man sieht sie ihre Thätigkeit als Streikposten ausüben und wacker bei der Verteilung von Flugblättern helfen. — Ein besonders lebhaftes Treiben herrscht in den Straßen Meeranes, als den Streikenden die erste Unterstützung angezeigt wurde. Die Unterstützungsbüchse sind gerade nicht hoch, aber die an knappen Verdienst gewohnten Textilarbeiter sind damit zufrieden. Es wird gezahlt: An organisierte Arbeiter 8 M., an Arbeiterinnen 6 M., an nicht organisierte 6 bzw. 4 M. Witwen erhalten 1 M. mehr, die Organisierten bekommen für jedes Kind 75 Pfennig, die Unorganisierten 50 Pfennig. —

In Glauchau sind neuerdings wieder die Arbeiter einer Fabrik wegen Verweigerung von Streikarbeit für Meerane in den Auszustand getreten, so daß sich die Zahl derjenigen, welche in Glauchau aus diesem Grunde streiken, um 80 vermehrt hat.

Die Aluminiumschläger in Hirth haben ihre Forderungen durchgesetzt. Die Lohnerhöhungen sind bewilligt, und die Werkstätten haben den Betrieb in volstem Umfange wieder aufgenommen. — In Schwabach dagegen sind die Lohnerhöhungen abgelehnt worden und die Schläger in den Auszustand getreten.

Der Streik der Glaserer in Plauen i. L. ist als beendet anzusehen. Ein Teil der Ausständigen hat die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen, ein anderer hat einen Teil der Forderungen bewilligt erhalten, eine geringe Anzahl ist abgerückt.

Gegen die organisierten Holzarbeiter geht die Leitung der Möbel-fabrik von Kempf u. Geiger in Mühlendorf am Jan vor. Sie verlangt von allen organisierten Tischlern und Maschinenarbeitern eine schriftliche Erklärung, daß sie aus der Organisation austreten. 21 Arbeiter, die dies Verlangen zurückwiesen, sind entlassen worden. Der Betrieb ist gesperrt und Zugang deshalb ferngehalten.

Der Streik der Cigarrenmacher in Offenburg (Baden) ist beendet. Die vom Fabrikanten entlassenen Arbeiter wurden wieder eingestellt und sämtliche Streikenden nahmen unter etwas günstigeren Bedingungen am 20. d. M. die Arbeit wieder auf.

Ausland.

Die Vermutterdrehler Wiens — etwa 600 — streiken seit Montag im Streik. Sie fordern geringe Lohnerhöhungen.

Verkürzung der Arbeitszeit in der Diamanten-Industrie Hollands. Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Verband hat beschlossen, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 55 Stunden herbeizuführen. Der Hauptvorstand des Verbandes hat diese Forderung bereits samt einer ausführlichen Begründung der Juweliere-Vereinigung überhandt. In dem Schreiben wird auf die Entschieden der Antwerpen Professoren der Augenheilkunde, Gunning und Stramb, Bezug genommen, die übereinstimmend erklärt haben, daß die gegenwärtig in der Diamantindustrie übliche Arbeitszeit viel zu lang ist und das Sehevermögen vermindert. Die Gefahr wird um so größer, da der zu bearbeitende Rohstoff immer kleiner und schlechter wird.

Versammlungen.

Dritter Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins fand am Dienstag in Voigts Salon in der Ritterstraße statt. Der Vorsitzende Frey berichtete, daß im verflochtenen Quartal 37 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Der Kassenbericht weist einschließend eines Bestandes vom vorigen Quartal von 387,50 M. eine Einnahme von 880,90 M. auf; die Ausgaben betragen 380,15 M., so daß ein Bestand von 500,75 M. verbleibt. Für Agitation wurden 300 M. ausgegeben. — Die Generalversammlung entsandte den Kassierer. Ein Antrag, dem Vorstand 200 M. zur Agitation zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. — Sodann hielt Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag über „Heimatpolitik, Protowucher und Arbeiterklasse“. Der Vortragende nahm in seinen interessanten Ausführungen, die sich hauptsächlich gegen die mit dem Schlagwort „Heimatpolitik“ eingeleitete Zollwucher-Politik richteten, auch auf die neuesten Vorgänge im Reichstag Bezug. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde vom Genossen Rigold der Antrag gestellt, Paul Jahn aus dem Wahlverein auszuscheiden. Der Antrag fand eine lange Diskussion hervor. Als Grund für den Ausschluß wurde hauptsächlich geltend gemacht, daß Jahn an die Mitglieder des Vorstandes sowie an die Vertrauensmänner des Kreises Postkarten mit sehr groben Beleidigungen geschickt hat. Gegen den sofortigen Ausschluß wurden jedoch verschiedene Bedenken laut. Die Generalversammlung wählte schließlich eine fünfgliedrige Kommission, bestehend aus den Genossen Rigold, Schaeffer, Briska, Jahn und Frey Schmidt, die den Fall mit den Postkarten untersuchen und dann in der nächsten Generalversammlung eventuell den Ausschluß beantragen soll. — Der Bestreuer Rigold machte auf die am 5. November stattfindende Ersatzwahl für 11. Kommunalwahlbezirk aufmerksam sowie auf die am Donnerstag bei Gramann stattfindende Versammlung und ferner auf die Flugblattverteilung am Sonntag.

Zweiter Wahlkreis. In der am Dienstag in Schmidts Gesellschaftshaus abgehaltenen Wahlvereins-Versammlung sprach Reichstags-Abgeordneter Th. Schwarz-Lübeck über „Die Lage der Seeleute unter der alten in Gegensatz zu der neuen Seemannsordnung“. Besonderes Interesse erregten bei den Zuhörern die lebendigen Schilderungen eigener Erlebnisse des circa 30 Jahre im Seemannsberufe thätig gewesen Genossen Schwarz. Der reichlich zweieinhalbstündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Elektromotoren und Berufsgenossen hielten am 8. Oktober eine Generalversammlung für die Sektion Berlin ab. Der Vorsitzende Reichardt gab einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes und wurde darauf Rechenschaft erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Reichardt 1. Vorsitzender; Wangerin 1. Kassierer; Haase 1. Schriftführer; Verbet 2. Schriftführer; Gottlieb, 2. Vorsitzender; Müller 2. Kassierer. Zu Revisoren wurden gewählt: Schlid, Finnow und Holz auf der Seite. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurden gewählt: Haase, Mathias, Verbet, Thielmann, Giese, Pflüger und Hamann.

Charlottenburg. Der Wahlverein hielt am 10. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende Curt Walle zunächst Bericht über die beiden letzten Quartale erstattete. 284 Mitglieder ließen sich in dieser Zeit aufnehmen, während 36 auschieden. In der Diskussion bemängelte Hirsch, daß nicht genügend agitiert worden sei, namentlich seien die in Aussicht genommenen vierzehntägigen Mitgliederversammlungen nicht abgehalten worden. Walle erwiderte hierauf, daß die Angelegenheit Sabor durchaus nicht angehen war, besondere Versammlungen und Agitationen zu unternehmen. Der Vorstand beschloß sich verschiedentlich mit dem Fall Sabor und nahm folgende zwei Resolutionen an, denen auch die Versammlung zustimmte:

1. Der sozialdemokratische Wahlverein für Charlottenburg lehnt ausdrücklich jede Befassung mit den inneren Angelegenheiten der Charlottenburger Deutscher-Krankenkasse ab. Es geht nicht zu seinen Aufgaben, irgend welchen Einfluß auf die sich dort abspielenden Vorgänge zu nehmen, deren Regelung lediglich Sache der Delegierten dieser Klasse ist.

2. Der Ausschluß des Mitgliedes Sabor aus dem Wahlverein ist ausschließlich deshalb erfolgt, weil er die Interessen des Wahlvereins durch die öffentliche Bekundung eines schlimmen Unternehmerr-Terrorismus geschädigt hat.

Die Vorstandswahl ergab: Haase erster, Bunge zweiter Vorsitzender, Bernide Kassierer, Grewling Schriftführer, Nieder, Betscher, Jost, Flemming und Jander Revisoren, Liebske, Roas und Gehride Lokalkommission. Den Kassenbericht des 3. Quartals gab Bernide. Die Einnahme betrug 1152,06 M., wovon 768,04 M. an die Kreisliste abgeführt sind, so daß am Orte 384,02 M. verbleiben, wovon 251,18 M. zur Deckung der örtlichen Ausgaben verwendet wurden. Die Einnahmen der Parteidonation betragen im Berichtsjahr 24 471,34 M., die Ausgaben 24 333,08 M., inklusive 760 M., welche der Parteiliste zugeführt sind, so daß 138,26 M. am Orte verbleiben. Der Antrag des Centralvorstandes, die Mitgliedsbeiträge vom 1. Januar 1903 auf 25 Pf. zu erhöhen, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag, woraus Antträge der Wahlvereine zur Generalversammlung vier Wochen vor derselben gestellt und alsdann drei Wochen vorher vom Centralvorstande den einzelnen Wahlvereinen mitgeteilt werden müssen.

Als Delegierte für die am 11. November stattfindende Kreis-Generalversammlung wurden Baake, Bernide und Förster gewählt. Die Versammlung wurde hierauf bis zum 23. Oktober vertagt, um den Protest Sabors gegen seinen Ausschluß zu erledigen.

Einer Aufstellung des Kassierers über den Beruf der dem Charlottenburger Wahlverein angehörenden 781 zahlenden Mitgliedern entnehmen wir folgende Angaben: Politisch organisiert sind: 153 Arbeiter, 185 Maurer, 58 Gaitwirte, 53 Tischler, 51 Zimmerer, 35 Maler, 31 Schloffer, 20 Töpfer, 18 Schneider, 10 (1) Metallarbeiter, 7 Schmiede, 8 Schuhmacher, 8 Kaufleute, 7 Eisenhauer, 7 Stellmacher, 7 Brauer, 9 Böttcher, 5 Porzellanarbeiter, 4 Porzellan-dreher, 2 Porzellanmaler, 5 Klempner, 2 Tischlermeister, 3 Bodenleger, 3 Konterpuser, 4 Dachdecker, 4 Cigarrenmacher, ebensoviel Arbeiter, 4 Drechsler, 6 Schneider, 6 Schneidermeister, 5 Dreher, 5 Schriftsteller, 2 Doktoren, 4 Schuhmachermeister, 6 Entlastete, 3 Bildhauer, 3 Glaser, 3 Uhrmacher, 3 Cigarrenhändler, ebensoviel Robelager, Barbier, Musiker, Ladierer, Former und Gaudierer. Je 2 Mitglieder sind: Monteur, Händler, Bäcker, Wärführer, Mechaniker, Dreschmaschinenführer, Milchhändler, Lederarbeiter und Tapezierer. Je 1 Mitglied in: Stenograph, Photograph, Kunstfischer, Glasermeister, Gärtner, Pflanzpflanz, Celonon, Sirenopeur, Verwalter, Zeitungspediteur, Goldschmied, Drechslermeister, Stein-dreher, Scharfer, Arzt a. D., Bierfabrik, Aufseher, Kassenbote, Apotheker, Steinmetz, Anschläger, Kunstmaler, Posamentier, Glas-macher, Feilenhauer. 10 Mitglieder haben keinen Beruf angegeben.

Der Wahlverein für Mariendorf und Umgebung hielt am 14. Oktober eine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes erfolgten die Neuwahlen, welche folgendes Ergebnis hatten: 1. Vorsitzender Thiel; 2. Vorsitzender Schmidt; Kassierer C. Lehmann; Schriftführer Logen; Revisoren Frank, Lammé und H. Lehmann. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 178,48 M. und eine Ausgabe von 48,13 M. auf; es bleibt ein Kassenbestand 130,35 M. Der Kassierer wurde entlastet. Der Antrag, die Gemeindevorstände von Tempelhof und Mariendorf aufzufordern, beim Bundesrat für Aufhebung der Viehsperre einzutreten, wurde angenommen. Ein Antrag, sich mit der Expedition des zweiten Wahlkreises wegen Lieferung des „Vorwärts“ in Verbindung zu setzen, wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhaus.

London, 22. Oktober. (W. T. B.) Gibson Bowles fragt an, welchen Grund Deutschland dafür angegeben habe, daß eine deutsche Truppe im September 1900 einen Teil des Kongostaates mit Gewalt in Besitz genommen habe, den der König der Belgier im Jahre 1904 an England verpachtet hatte, den aber England, indem es von französischer und deutscher Seite erhobenen Einwendungen nachgab, aufgegeben habe.

Unterstaatssekretär des Reiches Lord Cranborne erwidert: Ich habe bereits erklärt, daß die Information, die wir von der deutschen Regierung erhalten haben, keine Erwähnung dieses Zwischenfalls einschließt. Die Grenzabsteckung in dieser Gegend wird ohne Zweifel durchgeführt, aber wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß Rechte des Kongostaates über das an unser Schutzbereich stößende Territorium herüber worden sind.

Im Laufe der Sitzung kommt es zu einem lebhaften Streit zwischen dem Premierminister Balfour und Campbell-Bannerman mit Bezug auf die Forderung der Partei der Frem, daß eine Sitzung der Erörterung der Lage Irlands gewidmet werde.

Hamburg, 22. Oktober. (W. T. B.) Während der heutigen Sitzung der Bürgerschaft wurde der Vorsitzende Präsident S. Hinrichsen von einem plötzlichen Anfall befallen. Die Sitzung wurde sofort abgebrochen. Hinrichsen starb nach wenigen Minuten infolge Herzschlages.

Aus Madrid berichtet die „Frankfurter Zeitung“ vom 22. Oktober: In Valencia legten die Arbeiterinnen einer Seidenfabrik vorgestern die Arbeit nieder, weil die Forderung einer Lohnerhöhung abgelehnt wurde, und erzwangen die Schließung aller Seidenfabriken. 2000 Weiber durchzogen die Stadt und wurden gewaltsam zerstreut. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

200. Sitzung. Mittwoch, den 22. Oktober 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Vor dem Sitz des Präsidenten ist ein großer Blumenstrauß von gelben Astern und Chrysanthemen aufgestellt.

Präsident Graf Vellefiren: Ich eröffne die 200. Sitzung in dieser Session. Die Herren Schriftführer haben den Präsidialstift mit herrlichen Blumen geschmückt, die trotz des Spätherbstes noch gedeihen sind. Ich hoffe, daß das eine gute Vorbedeutung ist (Heiterkeit) dafür, daß auch der Spätherbst unserer Session noch schöne Blumen und segensreiche Früchte der Gesetzgebung zeitige (Heiterkeit und Beifall).

Die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt bei § 1 Abs. 2 Minimalzölle für Gerste und Hafer in Verbindung mit den Positionen 3 (Gerste) und 4 (Hafer) des allgemeinen Tarifs.

Die Regierungsvorlage enthält für Gerste einen Minimalzoll von 3 Mark, für Hafer einen solchen von 5 Mark. Die Kommission hat für beide Getreide-Arten Minimalzölle von 5,50 Mark eingeleitet.

Abg. Dr. Heim (C.) beantragt für Gerste und Hafer Minimalzölle von 6 Mark.

Der Antrag Frhr. v. Wangenheim und Genossen (B. d. L.) wonach für Gerste und Hafer Minimalzölle von 7,50 Mark eingeführt werden sollten, ist zurückgezogen worden.

Die bestehenden Vertragszölle betragen für Gerste 2 M., für Hafer 2,80 M. (bestehende autonome Sätze: 2,25 M. und 4 M.)

Die Regierungsvorlage enthält im allgemeinen Tarif für Gerste einen Zoll von 4 M., für Hafer einen solchen von 6 M.

Die Kommissionsvorläge zum allgemeinen Tarif betragen für beide Getreide-Arten 7 M.

Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen für Gerste und Hafer Zollfreiheit.

Abg. Dr. Sadekm (Soz.):

Nach der gestrigen Abstimmung hätte man erwarten sollen, daß die Regierung den Reichstag auflösen oder den Tarif zurückziehen würde, sie hat aber keins von beiden getan. Die Größe ihrer Niederlage scheint ihr nicht einmal zum Bewußtsein gekommen zu sein. Besondere Bedeutung scheint der Reichstagsler der gestrigen Abstimmung überhaupt nicht beigelegt zu haben — seine Gemahlin war ja nicht einmal in der Diplomatentage. (Heiterkeit.) Nach seiner gestern entwickelten Logik hält der Herr Reichstagsler vielleicht seine Niederlage für einen Erfolg, indem er sich sagt, ich bekomme von rechts eine Wadpfeife und von links eine Wadpfeife, folglich habe ich gar keine bekommen, sondern die mittlere Linie eingehalten. (Große Heiterkeit.) Am bequemsten ist die Situation für die Journalisten. Sie können all die alten Artikel, welche sie früher über die Politik des Fortwärtlers von Seiten des Grafen Taaffe in Oestreich geschrieben haben, jetzt wieder hervorholen, und brauchen nur ansatz Taaffe Wilow zu setzen. Uns kann es ja recht sein. Wir werden unentwegt weiter mitarbeiten im Interesse des Volkswohls und der Förderung dieser Verhandlungen. — Der Gerstenzoll, wie ihn die Kommission gestaltet hat, ist erst nach langen Verhandlungen auf diese Höhe gebracht worden und sicher hat dabei ein großer Teil der Herren das Opfer der Heberzeugung gebracht. Die Gemeinwohlbedürfnisse eines so hohen, wie überhaupt eines hohen, vielleicht sogar eines Gerstenzolls überhaupt, läßt sich ganz klar nachweisen. Deutschland verbraucht 40 Millionen Doppelcentner Gerste, davon 23 Millionen für Futtermittel, 17 Millionen für Zwecke der Brauereien. Dem gegenüber steht eine einheimische Produktion von 28 Millionen Doppelcentner, also 12 Millionen müssen unter allen Umständen eingeführt werden, d. h. 40 Proz., während bei Weizen nur 33 Proz. eingeführt werden müssen. Wenn die Brauereien allein ausschließlich deutsche Gerste verwenden würden, so müßte doch nach wie vor für Futtermittel Gerste eingeführt werden. Die Anbaufläche für Gerste hat sich in Deutschland nicht vermindert, sondern ist von 1893 bis 1900 um 75.000 Hektar gestiegen. — Die Zollhöhung für Gerste fällt in allererster Linie mit voller Wucht auf die Viehzüchter, diese haben ein eminentes Interesse daran, daß die Futtermittel ihnen nicht bereivert werden. Die eigene Statistik der Landwirtschaft hat erwiesen, daß die Durchschnittseinnahmen der deutschen Landwirtschaft aus Vieh ganz beträchtlich höher sind als aus dem Körnerbau, sie betragen 60 Proz. resp. 26 Proz. Für die kleinen Bauern steigert sich dieser Prozentatz natürlich noch ganz bedeutend. Nun sagt die Begründung der Vorlage: Die Viehhaltung hat an Rentabilität in Deutschland noch nicht eingebüßt. Das ist richtig, sie wird aber an Rentabilität einbüßen, wenn wir einen solchen Gerstenzoll hier annehmen. Der Ruin der deutschen Viehhaltung wäre dann unausbleiblich. In den Jahren 1871—1897 stieg die Stückzahl des Viehes pro Quadratkilometer bei den Rindern von 29 auf 34, bei den Schweinen von 13 auf 26; und diese Entwicklung ist seit 1897 nicht fühlgestanden, sondern nur noch rasper geworden.

Was die Verteilung des Viehstandes auf die verschiedenen Größenklassen des landwirtschaftlichen Betriebes anlangt, so entfallen auf die Betriebe bis 20 Hektar 10 1/2 Millionen Stück Rindvieh und 10 Millionen Schweine, auf die Betriebe über 20 Hektar nur 6 1/2 Mill. Stück Rindvieh. Der Schwerpunkt der Rindvieh- und Schweinezucht liegt bei dem kleinen und mittleren Besitz unter 20 Hektar, obwohl der gesamte Grund und Boden dieser Besitzgruppe um 3 Millionen Hektar kleiner ist als der Gesamtbesitz der Gruppe über 20 Hektar. Jene Gruppe umfaßt 14,8 Millionen Hektar, diese aber 17,7 Millionen Hektar. In der Begründung der Vorlage heißt es, für die weitere Entwicklung der Viehhaltung bedürfe die Landwirtschaft vor allem der Sicherung des Absatzes. Dieser finde sich ja zunächst noch auf dem inländischen Markt, aber es sei zweifelhaft, ob das auch in Zukunft so bleibe. Das ist falsch. Die Viehzüchter bedürfen vor allen Dingen billiger Futtermittel, billiges Vieh, billiges Fleisch und damit einen praktisch unbegrenzten Absatz an Fleisch. An billigen Futtermitteln sind besonders jene Viehzüchter interessiert, die nur für den eigenen Haushalt züchten, die kleinbesitzenden Handwerker, Arbeiter, kleinen Beamten usw. Diese ganz verteuernspolitik trifft ungewisselhaft in letzter Linie die Konsumenten und vor allen Dingen die städtische proletarische Bevölkerung. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wohnt schon jetzt in Städten oder lebt unter städtischen Bedingungen. Der gesamte jährliche Gebrauchsbedarf kommt den Städten zu gute. Wirtschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß die traditionelle Ernährung der wohlhabenden städtischen Bevölkerung durchaus den physiologischen Anforderungen genügt. Ganz anders steht es mit der Ernährung des städtischen Proletariats. Auch diese Volksschicht hat das physiologisch durchaus gerechtfertigte Bestreben, eine Wandlung in ihrer Ernährungsweise vorzunehmen, mehr Fleisch zu verzehren, die Fleischenteile durch Fettenteile zu ersetzen, Weizenbrot an Stelle des schwer verdaulichen Schwarzbrot zu setzen und einen stärkeren Juckersum in die Ernährung einzufügen. Dieser Uebergang kann aber nicht in dem gewünschten Maße vollzogen werden, weil die Lohnverhältnisse es nicht erlauben. Es bleibt ein Zustand der Unterernährung in der städtischen Bevölkerung bestehen, den die Verteuerung des Getreides und des Fleisches zweifellos zu einer dauernden Erscheinung machen

würde. Die Landwirte pflegen sich ja mit Stolz des größeren Wertes des aus der Landwirtschaft hervorgehenden Rekrutensmaterials zu rühmen. Diese Herren hätten doch, falls überhaupt die von ihnen angeführten Ziffern über die Rekrutenanzahlungen ohne weiteres in ihrem Sinne zu verwenden sind, sehr wenig Grund zu einem solchen Stolz. Sie zwingen selbst die städtische Bevölkerung zu chronischer Unterernährung, und nachher thun Sie stolz mit dem Hinweis darauf, daß die städtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen körperlich minderwertig sei.

Die Verteuerung der Schweinezucht trifft den kleinen Viehzüchter ganz besonders schwer. Die Schweinezucht bedeutet gegenüber der Riegenzucht, der primitivsten Viehwirtschaft, einen großen kulturellen Fortschritt. Man hat das Schwein mit Recht als die Spartaße des kleinen Mannes bezeichnet. Diesen Interessen gegenüber können die Interessen der süddeutschen Gerstenbauern, die einen höheren Gerstenzoll fordern, allein nicht maßgebend sein. Vor einer weiteren Erhöhung des Gerstenzoll über die Regierungsvorlage hinaus hat vor einigen Tagen ja sogar der bairische Finanzminister v. Nibel gewarnt. Der oberste Leiter des Münchener Hofbrauhauses (Heiterkeit) ist vom Standpunkt der Brauereien für eine Ermäßigung des Gerstenzoll eingetreten. Wenn man von der Basis ausgeht, daß 100 Kilogramm Gerste 75 Kilogramm Malz geben und 22,5 Kilogramm Malz 1 Hektoliter Bier, so ergibt die Kommissionserhöhung des Gerstenzoll bei einer Bierproduktion von 70 Millionen Hektoliter eine Belastung von 126 Millionen Mark. Diese Belastung werden natürlich die deutschen Brauereien nicht so ohne weiteres auf sich nehmen können. Eine Abwälzung auf die Konsumenten ist aber nicht leicht möglich, weil die Bierpreise in sehr vielen Gegenden durchaus traditionell sind. Also würden wahrscheinlich zunächst die Gastwirte, deren Unkosten ohnehin von Jahr zu Jahr wachsen — was ein erfreuliches Zeichen eines steigenden Kulturstandes ist — einen Teil dieser Belastung auf sich nehmen müssen. Erhöhte Bierpreise würden das Volk zu einem vermehrten Schnapskonsum zwingen. Das könnte freilich den Kollegen der Herren von der Rechten außerhalb des Hauses nur angenehm sein. Es ist mehr als eine agitatorische Phrase, wenn man Junker und Schnaps fortwährend zusammen nennt.

Die ungeheure Belastung der Brauereien würde zweifellos zum Ruin der kleinen und mittleren Brauereien, soweit sie nicht auf den engsten lokalen Absatz gestellt sind, führen. Ausländische Gerste ist für die Brauereien absolut notwendig. Sie muß eingeführt werden, ganz abgesehen von der Höhe des Zolls. Ein Gerstenzoll bedeutet also keinen Schutz, sondern einen Finanzzoll, der identisch ist mit der indirekten Besteuerung eines absolut notwendigen Konsumartikels, des Bieres. Wenn man einmal den Großbauern aus Portomonnaie will, so sollte man doch lieber eine Reichs- Vermögenssteuer einführen. Das wäre einfacher, praktischer und gerechter.

Es kommt aber auch die zollpolitische Seite dieser Frage in Betracht. Wenn schon der Abschluß von Handelsverträgen durch die Einführung von Minimalzöllen überhaupt erschwert wird, so gilt das ganz besonders durch eine Bindung des Gerstenzoll. Die Einfuhr von Futtermitteln, insbesondere aus Rumänien, Oestreich und Rußland ist durchaus notwendig. Bezüglich der aus diesen Staaten keine Futtermittel, so müssen wir ganz einfach amerikanischen Mais einführen. (Sehr richtig! links.) Das geschieht auf Kosten der deutschen Industrie, dessen Kaufkraft in demselben Maße vermindert wird, wie wir die Futtermittel erhöhen. Die Absatzfähigkeit der Amerikaner an Weizen und Mais ist aber nicht von der Höhe der Zölle abhängig. Die Amerikaner, die uns gegenüber alle möglichen Kompensationsmittel in der Hand haben, brauchen unter keinen Umständen ängstlich zu sein für ihren Absatz. Wir aber würden durch eine Erhöhung der russischen Einfuhr in eine totale passive Handelsbilanz mit Amerika hineingeraten; wir würden zu einer direkten Verschiffung von deutschem Gelde nach Amerika in ganz erheblichem Maße dadurch kompensieren. Ganz anders liegt die Sache mit Rußland. Rußland ist schon geographisch das natürliche agrarische Hinterland für das mehr industrielle Deutschland. Man mag den Vorteil dieser natürlichen Situation illusorisch, indem man künstliche Zollschranken zwischen Deutschland und Rußland errichtet. Für Amerika giebt es nur einen agrarischen Konkurrenten: Rußland. Nemehr wir die russische Agrarpolitik begünstigen, einen um so sichereren Absatz schaffen wir der deutschen Industrie. Nur auf diese Weise können wir den Amerikanern ihre Zollpositionen abgewöhnen. Jede Einfuhr von Rußland trifft direkt die amerikanische Weizen- und Maisausfuhr.

Aus allen diesen Gründen ist es sowohl vom Standpunkt der Viehhaltung, wie der Industrie, wie der gesamten volkswirtschaftlichen Interessen durchaus angebracht, nicht nur die hohen Zölle der Kommissionsvorlage für Gerste abzulehnen, sondern überhaupt auf einen Gerstenzoll zu verzichten, wie meine Partei es beantragt hat. (Redhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Der Vordredner hat ein wertvolles Augenmaß gemacht, das wir bisher aus sozialdemokratischem Munde noch nicht gehört haben. Während die Sozialdemokraten sonst immer die ländlichen Arbeiter als die elendesten der Welt darstellen, denen es viel schlechter gehe als den städtischen, gab der Vordredner zu, daß die ländlichen Arbeiter doch nicht so viel schlechter sein können, indem er andeutete, daß es richtig sei, daß die ländlichen Bezirke viel mehr Militär stellen wie die städtischen. (Abgeordneter Singer ruft: Er hat nur gelogen, daß sie das behaupten!) Schon in den 48er Jahren wurde die Frage nach dem Wert der Landwirtschaft erörtert. Damals meinte ein Vertreter der westfälischen Industrie, ähnlich wie jetzt die Sozialdemokraten, wir brauchen überhaupt keine Landwirtschaft. Darauf erwiderte ein Mitglied der Rechten, der sog. Reaktion, sehr derb: A: brauchen die Landwirtschaft schon deshalb, damit wir nicht beim Ertrag für die Armer bloß auf das Kropfhaße Gefindel aus der Großstadt und den Industriebezirken angewiesen sind. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Heute wäre das noch ebenso.

Herr Sadekm sagte, der Zoll auf Gerste müsse beseitigt werden, weil wir die Gersteneinfuhr brauchen. So machen es die Herren immer: Wird ein Artikel eingeführt, so sagen sie, wir brauchen keine Zölle; ist keine Einfuhr da, so sagen sie: da brauchen wir doch keinen Zoll! (Heiterkeit und sehr gut! rechts.) Herr Sadekm sprach von Rücksichten auf Oestreich und Amerika. Wenn Sie aber den Freihandel auf allen Gebieten etablieren, dann fällt doch für andere Staaten jede Neigung fort, mit uns Handelsverträge abzuschließen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Sadekm meint, die Oestreicher hätten wenig Interesse an Hafer- und Gerstenzoll, da hat er recht. Es ist aber nicht die Zukunft von der süddeutschen Agraromagogie, die uns veranlaßt, für diese Zölle einzutreten, sondern das Gefühl der Solidarität der gesamten deutschen Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso wie die Herren aus dem Süden für unseren Roggenzoll stimmen, stimmen wir für ihren Gerstenzoll. (Heiterkeit links.) Herr Sadekm hat wieder Branntwein und Junker in Zusammenhang gebracht. Wir aber haben allen Erhöhungen der Brennsteuer zugestimmt, obwohl die Brenner dadurch schwer geschädigt wurden. Die Herren von der Sozialdemokratie sind immer für die mächtigste Verbilligung des Branntweins eingetreten. — Meine politischen Freunde werden auch beim Gerstenzoll geschlossen für die Kommissionsbeschlüsse eintreten. Der Herr Reichstagsler bestreitet, daß in der von ihm geschaffenen Situation „Fris Vogel oder frib“ eine Rücksichtslosigkeit gegen den Reichstag liegt. Er sei immer höflich

und zuvorkommend gegen uns gewesen. In der Form gewiß, in der Sache aber wird der Reichstag in der That herabgesetzt, wenn ihm nicht ein gleiches Maß von Einfluß auf die Gestaltung des Tarifs zugebilligt wird wie den Regierungen. Der Herr Reichstagsler meint, daß der Regierung das entscheidende Wort in der Handelspolitik gebühre. Nun, wir haben ja gesehen, daß beim österreichischen Handelsvertrag die deutsche Landwirtschaft geopfert worden ist, um Oestreich zu einer stärkeren Ausgestaltung seiner Wehrkraft zu verhelfen. Bismard hat davor gewarnt, politische Fragen mit wirtschaftlichen Fragen zu verquiden. Aus des Grafen Wilow langer Rede klang uns aber doch eine Hinweisung zu den Caprivischen Gedanken hervor. Auch ist er gekommen, wirtschaftliche Konzeptionen zu gewahren, um politische Freundschaften zu erkaufen. Daß er ganz in die Caprivischen Bahnen geraten wird, glaube ich nicht, dazu ist er ein viel zu aufrichtiger Freund der Landwirtschaft. Das erkenne ich an. Aber haben wir denn die Sicherheit, daß uns Graf Wilow noch längere Zeit als Reichstagsler erhalten bleibt? Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß wir durch den Tarif wenigstens das zurückhalten, was Caprivi uns genommen hat. Die Regierungsvorlage giebt uns das nicht. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Für den Abgeordneten Dr. Heim galt bisher immer der Spruch: „Hannemann, geh' Du voran, Du hast die größten Stiefel an.“ (Heiterkeit.) In seiner letzten Rede aber ist er aufgetreten auf dem einen Fuß den Wasserstiefel, auf dem andern den Wabelftumpf (Heiterkeit), auf der einen Seite hart und auf der andern weich gelitten. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist Dr. Heim als Erzfeind zur Mäßigung eine ganz neue Erscheinung. (Große Heiterkeit.) Leider hat er diese Mäßigung bei seinem Antrag auf einen Gerstenzoll von 6 M. nicht an den Tag gelegt. Er hat ja gegen den Bund der Landwirte dabei vom Leder gezogen. Ich meine aber: ein bißel Brotneid und Angst war immer dabei. (Große Heiterkeit.) Der Bund der Landwirte muß dem Abg. Heim viel zu schaffen machen. (Dr. Heim: Nein, gar nicht!) Regen Sie sich nur nicht auf, Herr Kollege. (Heiterkeit.) Der Vizepräsident Graf von Stolber bittet wiederholt um Ruhe und um Einstellung dieses Zweigeprächs.)

Warum waren Sie denn so fein still Ihrem Fraktionskollegen Herold gegenüber? Sie haben nur deshalb so scharf gegen den Bund und gegen die Nationalliberalen polemisiert, um die Absuhr zu maskieren, die Sie von Ihrem Fraktionskollegen erlitten haben. Der Satz des Herrn Herold, daß alle Anträge, die über die Höhe der Kommissionsbeschlüsse hinausgingen, lediglich zu Demonstrations- und Agitationszwecken gestellt würden, war auf Sie gemünzt, Herr Kollege Heim. (Große Heiterkeit.) Abg. Dr. Heim: Daraus mache ich mir gar nichts! Es giebt eben sehr abgebrühte Menschen. (Lärm im Centrum. Heiterkeit.) Herr Dr. Heim hat seinen Antrag nur gestellt, weil am 27. Oktober die Generalversammlung des Bayerischen Bauernbundes ist. Nur um dort etwas bieten zu können, ist er seiner eigenen Partei in den Rücken gefallen. (Bravo! links.) Soll denn nun der Lärm um den Marmorblock, der allmählich eine Reproduktion des goldenen Kalbes geworden ist (Heiterkeit), auch jetzt noch weitergehen? Wenn der Reichstagsler auch mit uns kein Mittel hat, so sollte er doch mit den armen Geheimräten Mitleid haben und mit den Bundesratsmitgliedern. (Lärm im Centrum: Krieges ja Diäten! Große Heiterkeit.) Die Sache soll aber weitergehen. (Auf links: Wird schon schief gehen! Heiterkeit.) Jetzt beginnt aber erst die eigentliche Sisyphusarbeit, die technische Meinarbeit. Darüber wird der Reichstag ganz verkumpfen, an ein beschlußfähiges Haus ist nicht zu denken. Der Reichstagsler sollte doch dem graulamen Spiel ein Ende machen. Er ist freilich schon wieder in den Wolken des Olymps verfangen worden. (Heiterkeit.) Graf Posadowski muß nun alles anbaden. Herr v. Roddele ist wird sich gewiß durch allzubiel Arbeit nicht vor den Bauch stoßen lassen. (Große Heiterkeit.) Für die Mehrheit ist die einzige Frage jetzt die: Was wie wird's möglichst dann, daß ich schon unfaul kann. Das gilt besonders für die Herren in der Mitte. (Widerspruch im Centrum.) Der dous ex machina, der rettend auftreten wird, kann doch nur Herr Herold sein. Er hat sich zwar verschworen, nicht unzufallen. (Abg. v. Volkmar: Das macht ja nichts! Große Heiterkeit.) Wenn das wahr ist, brauchen Sie (zum Centrum) ja keine lange Reden mehr zu halten. (Abg. Gerstenberger [C.]: Sie auch nicht! Heiterkeit.) Wir werden jede Position eingehend, sachlich und gründlich prüfen. (Abg. Gerstenberger: So wie Sie das jetzt thun! Große Heiterkeit.) Jetzt komme ich auch dazu. (Heiterkeit.) Auf die Verfassungsfrage, ob nicht die Bindung der Zölle gegen den § 11 verstößt, will ich nicht eingehen. Graf Posadowski sagte in der Kommission, dann verstoßen auch die Maximalzölle gegen die Verfassung. Theoretisch mag das richtig sein, aber praktisch können die Maximalzölle beim Abschluß von Handelsverträgen nicht in Frage. Was nun die Frage des Gerstenzoll anlangt, so möchte man beim Anhören der Reden hier glauben, wir seien im preussischen Abgeordnetenhaus und als gäbe es in Bayern nur Gerstenbauern. Das ist aber keineswegs der Fall, auch kommen anderwärts als in Bayern auch große Frau-Industrien in Betracht. Die Einfuhr von Gerste in erheblichem Maße ist in Deutschland eine Notwendigkeit. Der Preis ist verschieden, er ist aber nicht niedrig. Für gute Braugerste sind sehr hohe Preise bezahlt worden. Der bayerische Vertreter in der Kommission hatte mit der Erklärung recht: Gute Gerste wird immer Absatz finden, schlechte Gerste wird auch bei hohen Zöllen schlecht zu verkaufen sein. Die Brauer sind nicht ängstlich gegen die deutschen Gerstenbauern, sondern sie brauchen eben noch ausländische Gerste. Die Behauptung, daß die deutsche Gerste unverkäuflich sei, wird von Fachleuten der Brauindustrie wie dem Kollegen Köfide bestritten. Es wird da am meisten geflagt, wo am wenigsten Grund dazu vorhanden ist. Ich habe hier ein amtliches Schriftstück aus einer der reichsten Gerstengebenden. Der Amtsvorsteher jammert da über die allzugroße Vergnügungssucht der Gerstenbauern. Es heißt darin, man müsse auf den Gedanken kommen, daß das ganze Jahr Karneval sei. (Hört! hört! bei den Freistügigen und Sozialdemokraten.) In einem agrarischen Matie wird selbst zugegeben, daß häufig deutsche Gerste sich nicht für die Brauerei eignet. Das Matie fordert die Gerstenbauern auf, mehr Sorgfalt auf den Gerstenbau zu legen. Wenn sich die Bauern nicht Kar machen, was für Eigenschaften gute Braugerste haben muß, so werden sie sich nicht wundern dürfen, daß der Absatz schlecht bleibt. Daran würde aber auch der Zolltarif nichts ändern. (Hört! hört! links.) Das Hofbrauhaus in München bezieht ausländische Gerste und sein Etat wird trotzdem von den Herren, die hier die ausländische Gerste verbannen wollen, bewilligt. In diesem Jahre soll sogar noch mehr Gerste vom Auslande bezogen worden sein als in den früheren Jahren. Vielleicht beantwortet mir diese Frage der bayerische Bundes-Vereinsmitglied. Unter einer Erhöhung des Gerstenzoll leiden nicht am meisten die Großbrauer, sondern gerade die kleinen und mittleren Brauereibesitzer.

Der Vorteil von der Erhöhung des Gerstenzoll und der damit beschleunigten Bierproduktion hat nur das Ausland. (Sehr richtig! links.) Italien und Belgien werden die Erhöhung ihres Gerstenzoll mit der Erhöhung der Bierzölle erwidern. — Die Belastung des Volkes bei 2 Pf. Erhöhung des Bierpreises beträgt 138 Millionen Mark bei einem Bierkonsum von 69,9 Millionen Hektoliter. Uebigens trinkt doch auch der Bauer Bier. Aus einer Statistik des Herrn Finanzministers v. Nibel geht hervor, daß die bayerischen Bauern bei 2 Pf. Erhöhung mit 15 Millionen Mark pro Jahr belastet werden. Der Vorteil der bayerischen Landwirtschaft aber aus der Erhöhung des Gerstenzoll beträgt demgegenüber

ur 13,5 Millionen, die Bauern müssen also noch 1,5 Millionen zahlen. (Hört! hört! links.) Unter diesen Umständen begreife ich nicht, wie der hierfachverständigste Minister (Heiterkeit) für eine Erhöhung des Gerstenzolls eintreten kann. — In alle dem kommt, daß die Gerste auch zum Viehfutter gebraucht wird. Gute und billige Gerste macht gutes und billiges Vieh, daher müssen wir für die Einfuhr guter und billiger Gerste sorgen. Daß eine Unterscheidung zwischen Brauergerste und Futtergerste zolltechnisch unmöglich ist, ist in der Kommission nachgewiesen worden, daher muß eben alle Gerste billig eingeführt werden. In der That haben sich auch viele landwirtschaftliche Kreise dafür ausgesprochen, daß der Zoll auf Futtergerste in der bisherigen Höhe belassen werden möge. (Hört, hört! links.)

Ein Abbruch von Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland wäre bei derart erhöhtem Gerstenzoll, wie ihn die Kommission will, absolut unmöglich. Wir stimmen gegen jede Erhöhung der Gerstenzölle im Interesse der deutschen Landwirtschaft, vor allem der deutschen Viehzucht. Dieser kann nicht durch Zölle, sondern lediglich durch Verbilligung der Produktionsmittel geholfen werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dieber (natl.):

Im Interesse der kleinen und mittleren Bauern im Süden bitte ich Sie, für die Erhöhung des Gersten- und Haferzolls, wie ihn die Regierungsvorlage vorsieht, zu stimmen. Der Umsatz von Hafer und Gerste in Württemberg ist in dem letzten Jahrzehnt zurückgegangen. Württemberg exportiert auch Hafer nach der Schweiz im Werte von über 1 Million Mark. 45 Prozent der Bevölkerung in Württemberg ernähren sich von der Landwirtschaft. Herr Hausmann fragte: Was verkaufen denn die Bauern? Ich möchte ihn dagegen fragen: Wovon sollen denn diese Bauern ihre Steuern z. bezahlen, wenn nicht aus dem Bar-Erlös ihres Getreides? Eine mäßige Erhöhung des Gersten- und Haferzolls ist also von eminenter Bedeutung für die Lebensfähigkeit der kleinen württembergischen Bauern. Herr v. Pischel hat durchaus gemäß den Intentionen der württembergischen Landwirtschaft und gemäß dem Beschluß des württembergischen Landtags vom 1. Februar 1901 gehandelt, als er hier im Reichstag für eine angemessene Erhöhung des Gerstenzolls eintrat. Auch Mitglieder der süddeutschen Volkspartei haben im württembergischen Landtage anerkannt, daß die Getreidezoll-Erhöhung auch den mittleren und kleineren Landwirten zu gute komme. Von diesem Standpunkt aus trat ich für eine Erhöhung der Getreidezölle ein. Ein Abgeordneter der Volkspartei erwähnte besonders, daß auch die kleinen Kaufleute, der Mittelstand im württembergischen Lande für höhere Getreidezölle sei. (Hört! hört! rechts.) Eine Abkehrung der Gersten- und Haferzölle, wie sie der neue Zolltarif der Regierung vorsieht, würde unserer württembergischen Landwirtschaft die trübsten Perspektiven eröffnen. Ich stimme somit denjenigen Mitgliedern der Volkspartei bei, die sich für eine Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen haben. (Zuruf links: Wie hoch denn?) Für eine bestimmte Höhe haben sie sich nicht ausgesprochen, weil das im Landtag nicht zur Frage stand. Was nun hier im Reichstag bei Bemessung der Zölle anlangt, so wird die Höhe der Regierungsvorlage von unsren Bauern, mindestens was Hafer anlangt, für genügend betrachtet. Sie wollen sich mit dem Erreichbaren begnügen und handeln nicht wie jene, die heute einen Zoll von 7,50 M. für unbedingt notwendig erklären und morgen wieder umfallen. Das sind nicht die wahren Freunde der Landwirtschaft! (Weißfall bei den Nationalliberalen.)

Bayerischer Ministerialdirektor v. Geiger:

Der bayerische Finanzminister bedauert, aus zwingenden Gründen der heutigen Sitzung nicht beizutreten zu können. Er hat übrigens seine Ansicht in der Gerstenzollfrage vor einigen Tagen klar und deutlich dahin zum Ausdruck gebracht, daß er auf dem Boden des Regierungsentwurfs steht. Im Münchener Hofbrauhaus wurden im vorigen Jahre 80 Proz. inländische und 20 Proz. ausländische Gerste verwendet. Im laufenden Betriebsjahr wird das Verhältnis amähernd dasselbe sein. Der bayerische Landtag hat gegen diese verhältnismäßig geringe Verwendung ausländischer Gerste keine Bedenken erhoben.

Abg. Hülpert (Bayr. Bauernbund):

Herr Müller-Meinungen wird mit seinen Ausführungen bei den bayerischen Landwirten wenig Anklang finden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn manchmal den Brauereien nicht ganz gute Gerste geliefert wird, so liegt das in der Witterungsverhältnisse. Futtermittel giebt es bei uns genug, die Landwirtschaft darf dafür, wenn sie bestehen will, nicht viel Geld ausgeben, sondern muß ihre eignen Produkte verwenden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist von einer Reichvermögenssteuer gesprochen worden. Wenn Sie diese erführen, werden Sie mich an Ihrer Seite finden. Heute aber muß der Landwirtschaft mit höheren Zöllen geholfen werden. Wir werden für den Antrag der Kommission stimmen, da der Antrag beim keine Aussicht auf Annahme hat. Wenn jetzt der Landwirtschaft nicht der genügende Schutz gewährt wird, so wird die Unzufriedenheit unter den Bauern fortgesetzt steigen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Köhde-Dessau (wildlib.):

Die Debatte hat ergeben, daß die Forderung von 7,50 M. und 6 M. nur agitatorischen Zwecken dienen sollte, denn die eignen Fraktionengenossen haben die Antragsteller im Stiche gelassen. Höchst bedauerlich ist, daß wir uns nun monatelang mit einer reinen Interessenpolitik beschäftigen müssen. Nichts ist geeigneter, mehr das Ansehen des Parlamentarismus herabzusetzen als diese Interessenpolitik. Leider scheint ja die Regierung die Vorlage trotzdem nicht zurückziehen zu wollen. — Ich selbst bin ja auch Interessent in dieser Materie, würde es aber nicht wagen, das Wort zu ergreifen, wenn ich Ihnen nicht nachweisen könnte, daß Betriebe von der Größe wie der meinsige von der Zollerhöhung nur Vorteil, aber keinen Schaden haben können. — Bei der Gerste liegen die Verhältnisse ganz anders wie bei Weizen und Roggen, wo sich die Interessen von Produzenten und Konsumenten direkt gegenüberliegen. Auch steht die Höhe der Gerstenpreise nicht in direktem Verhältnis zur Höhe der Einfuhr, so daß ein höherer Zoll durchaus nicht einen höheren Gerstenpreis bedingt. Wichtig ist ja, daß ein Teil der Bauern im Süden ein Interesse an guten Gerstenpreisen hat, aber der Gerstenbau ist in diesen Gegenden bisher so lohnend gewesen, daß eine künstliche Erhöhung der Preise ganz unnötig erscheint. (Sehr richtig! links.) Die Einfuhr der Gerste hat bisher vollkommen Schritt gehalten mit den Ernteverhältnissen in Deutschland, auch hat die infolge schlechter Ernten gesteigerte Einfuhr eine üble Wirkung auf den Anbau der Gerste nicht gehabt. Die Statistik beweist, daß eine wesentliche Einschränkung des Verbrauchs ausländischer Gerste für die Brauereien stattgefunden hat. Damit können doch die Landwirte nur zufrieden sein. Warum ersparen übrigens die Landwirte nicht die Einfuhr durch eigene Produktion, sie wären doch wohl im Stande, für ihre Futtermittel selbst zu sorgen. Heute werden durch die Erhöhung der Futterzölle die Viehzölle fast ganz kompensiert. (Sehr richtig! links.) Durch den Zoll von 5,50 M. würden die deutschen Brauer mit 50 Millionen, die Landwirtschaft selbst mit 80 Millionen Mark belastet werden.

Auch die Haferpreise sind in der letzten Zeit keineswegs zurückgegangen, sondern sie haben sich im allgemeinen auf derselben Höhe gehalten. Trotzdem verlangt man eine Erhöhung des Zolls und damit eine Erhöhung der Einfuhr. Eine solche würde aber wahrscheinlich durch eine vermehrte Einfuhr von amerikanischem Mais wieder kompensiert werden. Die Ausführungen des Abg. Dr. Dieber konnten eher zu einer Herabsetzung als zu einer Erhöhung des Haferzolls die Argumente liefern. Aber jedes Ländchen sucht eben sein Schäfchen ins Trockene zu bringen, hier im Norden bei Roggen und Weizen, in Bayern ist es die Gerste und in Württemberg sucht man das Schäfchen mit Hafer zu machen. (Weißfall links, Zuruf im Centrum: Sie machen ja auch Gerste!) Gewiß, aber nicht hier im Reichstag! (Sehr gut! links.) Im Reichstag habe ich die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. (Weißfall links.)

Das deutsche Brauereigewerbe ist auf die Einfuhr ausländischer Gerste angewiesen. Währische Gerste ist früher und zu einem größeren Prozentsatz fremdtüchtig wie deutsche Gerste. Darin liegt ja der Vorteil des Großbetriebes, daß er seine Rohprodukte aus jenen Ländern beziehen kann, aus denen der Bezug besonders vorteilhaft ist. Jede Zollerhöhung, jede Erhöhung der Einfuhr verschlechtert auf das äußerste die Situation der kleinen und mittleren Brauereien gegenüber den Großbrauereien. (Hört, hört! links.) Wenn ich hier Geschäfte machen wollte, müßte ich für einen Zoll von 5,50 M. und womöglich 7 M. stimmen. (Hört! hört! links); denn dann würde ich mir mein Gewerbe ein Monopol schaffen, wie ich es gar nicht besser wünschen könnte. Für den Durchschnitt der deutschen Brauereien beträgt heute der Gewinn pro Hektoliter 1,50 M.; bei Annahme des Kommissionszolls würde dieser Gewinn auf 35 Pf. reduziert werden. Das kommt doch ungefähr einer Expropriation der Betriebe gleich! Für Bayern ist die beabsichtigte Schädigung des Brauereibetriebes besonders bedenklich; dort bildet die Brauersteuer eine Haupteinnahmequelle des Staates, und diese Steuerquelle will man nun auf das höchste gefährden. Hohe Zölle, hohe Produktionssteuer sind geeignet, den Großbetrieb zu fördern. Nur der Großbetrieb ist im Stande, sich mit dieser hohen Belastung abzufinden. Die kleinen und mittleren Brauereien aber speziell in Bayern würden bei einer Erhöhung der Gerstenzölle der Konkurrenz der Großbetriebe rettungslos erliegen. Der wirtschaftliche Nachteil, den zahlreich kleine Brauer von einer Erhöhung der Gerstenzölle haben, sieht in gar keinem Verhältnis zu dem Vorteil der Landwirtschaft. Die Mehrbelastung von etwa 1500 bis 1600 Mark, von der ein kleiner Brauer betroffen würde, würde sich also Gewinn auf etwa 20 Bauern verteilen.

Wir werden den Schutzoll-Vorstellungen der Rechten energig entgegenzutreten. Damit treten wir konservative Politik im besten Sinne des Wortes: wir stehen auf dem Boden der bisherigen Handelsverträge. Wir werden nur vor der Uebermacht schrittweise zurückweichen und uns weder durch die Ratschläge von der einen noch die Angriffe von der anderen Seite von dem Wege abbringen lassen, den wir im Interesse des Allgemeinwohles für nötig halten! (Weißfall links.)

Abg. Gerstenberger (L.):

Es war interessant, daß der Direktor einer der größten Brauereien bei der Frage der Erhöhung des Brauergerstenzolls an andere Parteien den Vorwurf der Interessenvertretung richtete und von einer Schädigung des parlamentarischen Ansehens sprach. (Sehr gut! im Centrum und rechts.) Lebhafter Widerspruch links.) Der Vorredner muß so sehr von der Unfehlbarkeit seiner Anschauungen und seiner Interessenlosigkeit überzeugt sein, daß er gar nicht bemerkt hat, welche sonderbare Rolle er hier als Prediger gegen die Interessenpolitik spielt. (Große Unruhe und lebhafter Widerspruch links.) Auch die Sozialdemokratie tritt ja für die Interessen der Arbeiter ein, warum sollen die Bauern nicht die Interessen des Bauernstandes vertreten? Jawohl, jeder sucht sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. (Lebhafter Aufse links: Sehr wahr! Sehr richtig! — Sie auch!) Ich habe mit dem Gerstenzoll nichts anderes gemeinsam als höchstens den ersten Teil meines Namens. (Rufe: Au! Au! Große Heiterkeit.)

Daß Herr Dieber mit der Regierungsvorlage einverstanden ist, glaube ich wohl, der Zoll für Hafer ist ja vielmehr erhöht als der Gerstenzoll und in Württemberg wird vor allem Hafer gebaut; er meinte jedenfalls: Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andre an. (Heiterkeit, Unruhe links.) — Herr Müller-Meinungen, der so einschneidende für die Interessen der bayerischen Bauern einzutreten behauptete, besagte sich, daß der Herr Reichsfinanzminister während seiner Rede nicht anwesend war. Er hat jedenfalls nicht gewußt, daß Graf Posadowsky sogar während seiner Rede hinausgegangen ist. (Große Heiterkeit, Zurufe links: Er ist auch jetzt nicht da!) Jedemfalls hat ihn die Rede des Herrn Müller-Meinungen so erschüttert, daß er den Weg hinein noch nicht wieder gefunden hat. (Erneute Heiterkeit.) Herr Dr. Meinungen (Heiterkeit) warf den Bauern vor, sie erfüllten nicht ihre Pflicht, um eine gute Gerste zu liefern. Da ist er nicht gut unterrichtet. Es geschieht außerordentlich viel zur Hebung des Brauergerstenbaues. Gerade die Bauern aus Unterfranken haben bei einer Anstellung erst vor kurzem die höchsten Anzeichnungen für ihre Brauereierhalten. (Zuruf links: Sie erhalten auch gute Preise!) Das ist ihnen dann um so mehr zu gönnen. (Sehr gut! im Centrum.) Einzelne Bauern mögen ja ihre Pflicht nicht thun, es giebt ja auch Antreiber, die ihrer Pflicht nicht nachkommen und doch für Gehaltszulagen eintreten. (Große Heiterkeit.) Herr Müller-Meinungen hat lediglich für die Interessen der Großbrauereien gesprochen, er wollte jedenfalls seinen Dank abstellen für den Aufruf der Großbrauereien wie Fischbräu, Münchener Rindl & Co zu Beitritten für seine Parteifläche. (Unruhe links.) Herrn Edelmann möchte ich nur bitten, seine landwirtschaftlich-technischen Ausführungen einmal vor einer Bauernversammlung zum Vortrag zu bringen. (Sehr gut! im Centrum.) Der bayerische Finanzminister v. Nibel identifiziert sich nach und nach mit dem Institut, mit dem er immer zu thun hat. (Stürmische Heiterkeit.) Meine Herren, das anzuprechen, was Sie denken, habe ich keine Ursache. (Heiterkeit.) Die süddeutsche Landwirtschaft ist durch die Zollvorlage geradezu brüskiert. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Zoll auf Roggen und Hafer, der in den norddeutschen Staaten verhältnismäßig stark angebaut wird, ist auf 5,50 und 6 M. festgelegt, der Zoll auf Gerste aber, der für sämtliche süddeutschen Staaten in Betracht kommt, nur auf 3,50 M. — Die Herren auf der Linken treten doch sonst immer für bessere Bezahlung qualifizierter Arbeit ein. Nun die Brauereier ist gegenüber der Futtergerste eine qualifizierte Arbeit und bedarf deshalb eines besseren Schutzes. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Für die Arbeiter!) — Nun sagt man: Die kleinen Brauer gehen alle zu Grunde. (Auf links: Sehr wahr!) Das ist auch wahr, aber aus anderen Gründen als durch eine Erhöhung des Gerstenzolls. Während sind die Klagen der Großbrauer. (Zuruf: Sie haben ja gar nicht geklagt!) Doch, Abg. Köhde hat von einer Belastung auch der Großbrauer gesprochen, und er hat hinzugefügt, daß er diese Belastung nicht auf die Konsumenten abwälzen könne oder wolle. (Abg. Köhde-Dessau ruft: Nur vorübergehend nicht, um näherer desto mehr herauszuklagen!) — (Große Heiterkeit.) Das Baderbräu hat 10 Proz. Dividende gezahlt, das Löwenbräu 20 Proz. — die armen Großbrauer! (Große Heiterkeit.) Die Berliner Wodbrauerei gab 20 Proz. Dividende, die Altbrauerei Friedrichshain 9 Proz., Friedrichshöhe-Papenhofer 10 Proz., Brauerei Germania 12 Proz., Vereinsbrauerei Rixdorf 14 Proz. Wenn die Bauern nur 4 Proz. aus ihrem Betriebe herausbringen, sind sie sehr zufrieden. (Sehr gut! im Centrum und rechts.) Die armen notleidenden Großbrauer! (Heiterkeit! im Centrum und rechts.) Es giebt ja auch andre; wenn aber die einen fortieren und die andern nicht, so kann der Grund nicht in der Höhe des Getreidepreises liegen, sondern nur an der Konkurrenz der Großbetriebe gegen die Kleinbetriebe. (Sehr richtig! im Centrum.) Infolge des Herabgehens des Gerstenpreises hat das Münchener Löwenbräu einen Reingewinn von 700 000 Mark erzielt, ohne an eine Herabsetzung der Bierpreise zu denken. Sie (auf links) kommen und wieder mit dem armen Mann. Ja, der arme Mann muß immer herhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sowohl beim Bier wie bei den Champignons usw. (Große Heiterkeit und Sehr gut! im Centrum.)

Es ist rührend zu sehen, wie Herr Köhde, der Vertreter einer der größten Brauereien, mit so warmem Herzen eintritt für die Kleinbrauer. Das freut mich. (Heiterkeit.) Wenn Sie aber dies Interesse nur auch in der Praxis heftigsten möchten! (Sehr gut! im Centrum.) Statt dessen aber werden die kleinen Brauereien mit der größten Rücksichtslosigkeit zurückgedrängt, werden ihnen die allerersten Stunden nach und nach abgejagt. (Lebhafter Zustimmung im Centrum.) Von 1889 bis 1898 sind in Süddeutschland 714 kleine Brauereien, von 1898 bis 1900 weitere 271 kleine Brauereien eingegangen. Warum sind denn dieselben Herren, die jetzt so lebhaft ihre Interessen-

losigkeit hervorheben, seiner Zeit nicht gegen die Erhöhung des Bierzolls aufgetreten?

Die Gerste ist heute geradezu unverkäuflich. Die Brauereien werden mit dem Angebot von Gerste bedrängt. In derselben Zeit aber, als wir riesige Massen von Inlandgerste unverkäuflich in den Speichern liegen hatten, wurden aus Oesterreich 1 110 000 Doppelcentner österreichischer Gerste eingeführt. (Hört! hört! rechts und im Centrum.)

Was die Futtergerste anlangt, so erkenne ich gern an, daß man in Norddeutschland Futtergerste einführen muß. Meine politischen Freunde sind auch gern bereit, die Futtergerste aus dem Minimaltarif herauszubringen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Weil es unmöglich ist!) Nein, wir halten das nicht für unmöglich, wir glauben, daß in der dritten Lesung die verbündeten Regierungen bei der hochentwickelten Chemie und dergleichen (Stürmische Heiterkeit) einen Weg finden werden, um es zu ermöglichen. Es sind schon Vorschläge gemacht worden, um mit Stecheln usw. die Futtergerste von der Brauergerste zu unterscheiden. Für uns in Bayern ist dies eine Frage von der größten Wichtigkeit. (Sehr richtig! im Centrum.) Nicht nur sämtliche Abgeordnete von Bayern, sondern die große Mehrheit, vielleicht die Gesamtheit meiner Partei wird nicht einem Postarat zustimmen, welcher nur einen Zoll von 8 M. für die bayerische Gerste enthält. (Zuruf links: Wie viel denn? — Heiterkeit.) Da müssen Sie die Herren fragen, wir haben noch keine Fraktionsstimmung darüber gehabt. (Stürmische Heiterkeit.) Bei einem so niedrigen Zoll würden wir in Bayern die Vorlage scheitern lassen müssen, wenn wir nicht Verräter an unfrem bayerischen Landvolk werden wollten. (Lebhafter Beifall im Centrum. Große Unruhe links.)

Abg. Gothein (fr. Vgg.):

von der Rechten und dem Centrum mit großer Unruhe und Zornen empfangen; Wenn die Herren aus Bayern den 3 Mark-Zoll scheitern lassen wollen, so würde der gegenwärtige autonome Zoll von 2,25 M. bestehen bleiben. Ich kann also die Herren nur bitten, den Worten des Vorredners Folge zu geben. Mit einer solchen Ungenügsamkeit wie von dem Vorredner ist die Interessenpolitik wohl selten von der Tribüne eines Parlaments empfohlen worden. (Lebhafter Zustimmung links, Stürmische, langanhaltende Unruhe rechts und im Centrum, lebhafter und sich immer wiederholende Rufe: O, o! — Vicepräsident Büsing bittet um Ruhe. In der allgemeinen Bewegung gehen die folgenden Worte des Redners verloren.) Der Vorredner hat ausdrücklich gesagt, jeder schere sein Schäfchen. Die Schäfchenpolitik ist in seinen Augen das Charakteristische für dies Parlament. (Sehr richtig! links.) Das ist keine Schmeichelei für die Mehrheit dieses Parlaments. Wie konnte Abg. Gerstenberger seinem Freunde Köhde Interessenpolitik vorwerfen, nachdem Abg. Köhde klar nachgewiesen hatte, daß er, wenn er seine Interessen fördern wollte, einen höheren Zoll fordern müsse? Der Vorredner hat die Interessen seines Kirchdorfes vertreten; das war die Kirchturnspolitik in idealer Konkurrenz mit der Schäfchenpolitik. (Sehr gut! links.) Es ist auch eine objektive Unwahrheit, wenn Abg. Gerstenberger der deutschen Brauindustrie vorgeworfen hat, daß sie nicht gegen die Erhöhung des Bierzolls aufgetreten sei. Im Namen der deutschen Brauindustrie hat Abg. Köhde damals die Erhöhung des Zolls auf ausländische Biere bekämpft. Wenn Herr Gerstenberger so etwas nicht weiß, sollte er auch nicht von der Tribüne des Reichstags herab Behauptungen aufstellen, die geeignet sind, einen ehrenwerten Stand, den der deutschen Brauer, in der Achtung ihrer Mitmenschen herabzusetzen. Gegen solche Behauptungen, die im schroffsten Widerspruch zu der Wahrheit stehen, müßte eigentlich von allen Seiten dieses Hauses energig Bewahrung eingeleitet werden. (Sehr gut! links.) Herr Dieber meinte: Wovon sollen die Bauern leben, wenn sie nicht Getreide verkaufen? Ich bedauere, daß Herr Dieber sich nicht die Ergebnisse der amtlichen Statistik über die Rentabilität der Landwirtschaftlichen Betriebe etwas angesehen hat, ich hätte das erwartet, wenn er über eine solche Materie sprechen wollte. Aus dieser Statistik geht hervor, daß 55,9 Proz. der Einnahmen der württembergischen Landwirtschaft aus dem Verkauf von Vieh und Viehprodukten kommen. (Hört! hört! links.)

Wenn Herr Dieber auf die Abgeordneten der Volkspartei erempfindete, die auch für erhöhte Getreidezölle eingetreten seien, so habe ich ja nicht die Pflicht, die Haltung dieser Herren zu verteidigen. Ich erinnere nur daran, daß einmal ein alter konservativer sagte: Neben Sie auch dem vernünftigen Menschen Tag für Tag dieselbe Dummheit vor, so wird selbst der Vernünftigste nach einer gewissen Zeit sie glauben. (Große Heiterkeit.) Das ist ja eben das Amschuld, das der bayerische Bauernbund fertig gebracht hat, er hat den Bauern so lange vorgepredigt, sie hätten Vorteil von den Getreidezöllen, daß sie es schließlich glauben. Aber es fängt bereits an zu dämmern, und es wird auch einmal eine andre Auffassung bei diesen Herren Platz greifen. Der Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Dade selbst hat für Futtergerste einen Zoll von nur 1 M. gegenüber dem heutigen 2 M. Zoll verlangt. Dabei kommen über 70 Proz. der Schweinehaltungen auf die kleinen Betriebe, die in den allerersten Fällen in der Lage sind, ihre Futtermittel selbst zu produzieren. Mit einem großen logischen Sprung fordert schließlich derselbe Dr. Dade doch den 3,10 M. Zoll für Gerste überhaupt mit der Begründung, daß die Produktion der Brauereier in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat. Ist dies aber richtig, dann bedarf dieser Produktionszweig doch keines besonderen Schutzes. — Die deutsche Viehhaltung hat das größte Interesse daran, daß ihr die Produktionskosten nicht verteuert werden. Die dänische Viehzucht ist gerade deshalb zu ihrer Blüte gelangt, weil ihr nicht durch hohe Zölle die Futtermittel verteuert wurden. Umgekehrt hat dagegen in dem Lande des Hochschulgolles in Frankreich die Zahl der Zwangsversteigerungen immer zugenommen. Dies hat selbst die „Krenz-Zeitung“ festgestellt, sie konstatiert auch, daß die Landflucht in Frankreich einen derartigen Umfang angenommen hat, daß einzelne Dörfer ganz verödet sind. Und da kommt die Regierung und sagt, wir müssen es nicht Dänemark nachmachen, wo es der Landwirtschaft gut geht, sondern Frankreich, wo sie daniederliegt. Das ist doch eine merkwürdige Logik. (Sehr richtig! links.) Herr Dieber ist zwar für einen höheren Haferzoll eingetreten, hat aber auch nicht einmal den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß die Haferpreise in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Das müßte doch nach seiner eignen Auffassung zum mindesten die Grundlage für eine Erhöhung des Zolls sein. — Zum Schluß eine Bemerkung gegenüber Herrn Baasche. Er hat mir Mangel an politischen Takt vorgeworfen, daß ich in einer so hochpolitischen Situation eine so lange Rede hielt. Ich habe gar nicht den Eindruck gehabt, daß die Situation nach der Rede des Herrn Reichsfinanzminister so hochpolitisch und gespannt war. Der Reichsfinanzminister ja gar nicht anders sprechen, als er es that, wenn er sich um mit Herrn Baasche zu reden — noch auf der Straße sehen lassen wollte. (Sehr richtig! links.) Im übrigen habe ich dem Herrn Reichsfinanzminister sachlich entgegengetreten, während in der ganzen Diskussion von seiten der Agrarier keine sachlichen Gründe angeführt worden sind, sondern lediglich Behauptungen aufgestellt wurden. Es ist ja zweifellos noch zu reden. (Sehr richtig! rechts), denn überzeugen werden wir Sie doch nicht. Ueberzeugt werden Sie erst werden durch die Macht der Thatsachen und durch die Zahlen. (Lebhafter Beifall links.)

Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geiger:

Der Herr Abg. Gerstenberger hat gesagt, Herr v. Nibel habe sich mit dem Hofbrauhaus identifiziert. Davon kann doch wohl nicht gesprochen werden. (Heiterkeit.) Es ist doch nur selbstverständlich, daß Herr v. Nibel an diesem Institut, das einen gewissen Weltakt genießt, großes Interesse nimmt. Weiter hat Herr Gerstenberger gesagt, Süddeutschland sei zurückgefallen durch die Erhöhung des Gerstenzolls auf nur 3 M. Die Erhöhung läge nicht in Betracht, weil der Gerstenzoll gegenüber den andern Getreidezöllen sehr niedrig sei. Ich weise mich darauf hin, daß die Zollsätze für Gerste bisher immer niedriger gewesen sind als die übrigen. (Auf

als: Seider!) Die Gründe hierfür sind ja den Herren zur Genüge bekannt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Eitelum (Soz.): Herr v. Kardorff hat in seiner Polemik gegen mich behauptet, zum erstenmal hätte durch mich ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie öffentlich zugestanden, daß die jungen Leute aus ländlichen Distrikten tauglicher zum Militär- dienst seien, als die aus industriellen Bezirken. Ich stelle fest, daß ich dieses Zugeständnis, das Herrn v. Kardorff so ungemein interessant dünkte, nicht gemacht habe. Ich habe die Frage ausdrücklich als kontrovers hingestellt.

Ferner hat Herr v. Kardorff eine seiner Wendungen so formuliert, als ob ich ihm Anlaß zu der Bemerkung über das skrophulöse Gesindel des Industrieproletariats gegeben hätte. Ich stelle hiergegen fest, daß meine Ausführungen dazu nicht den geringsten Anlaß geboten haben, daß vielmehr die Bemerkung über das skrophulöse Gesindel des Industrieproletariats ausschließlich auf Rechnung des Herrn von Kardorff kommt, eine Bemerkung, die mir mit dem berühmten Wissenschaftler des Grafen Arnim auf einer Stufe zu rangieren scheint. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die morgige Sitzung um 12 Uhr beginnen zu lassen.

Abg. Herr v. Herffing (Centrum) stellt als Vorsitzender der Kommission für die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben den Antrag, die Sitzung erst um 1 Uhr beginnen zu lassen, um der Kommission Zeit für ihre Arbeit zu lassen.

Abg. v. Kardorff (Soz.) bittet, es beim Vorschlage des Präsidenten zu belassen, damit es möglichst zeitig am Nachmittage zur Abstimmung kommen könne.

Präsident Graf Ballestrem: Ich will durch eine Abstimmung entscheiden lassen, muß aber sagen, daß wenn der Vorsitzende einer Kommission um Zeit für die Kommissionsberatung bittet, ich auf seiner Seite stehe. (Beifall im Centrum und links.) Die Kommissionen müssen ihre Arbeiten auch erledigen können.

Der Antrag des Abg. Herrn v. Herffing wird hierauf gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Eisenpreisermäßigungen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Berliner Stabeisen-Vereinigung in einer heute mittag abgehaltenen Versammlung die Preise für Walzeisen und Wägel um 6 M. pro Tonne ermäßigt. Von einigen Seiten war angeregt worden, die Preise noch etwas tiefer herabzusetzen, um eine größere Belebung des Geschäfts herbeizuführen, doch drang diese Auffassung nicht durch.

Zur Erneuerung des ober-schlesischen Roheisen-Syndikats wird nachträglich dem „Dresd. Generalanzeiger“ noch aus Gleiwitz mitgeteilt: Die Verlängerung des ober-schlesischen Roheisen-Syndikats auf ein Jahr ist auf Grund des Cantontarifs erfolgt, nach welchem die Verkaufspreise, zu denen den Hüttenwerkstätten Hüttenwerken und der Bismarck-Hütte Roheisen offeriert werden soll, geregelt werden. Diese Erlasse sieht als Mindestpreis 55 M. für die Tonne Roheisen vor, bei einem Walzeisen-Durchschnittspreis von 105 M. pro Tonne ab Werk. Einer eventuellen Ermäßigung der schlesischen Coalsohlenpreise wird noch besonders Rechnung getragen. Mit dem Hauptkäufer ist eine Uebereinstimmung erzielt worden. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte kommt als Käuferin für das Syndikat vorerst nicht mehr in Betracht, da dieses Werk seinen Roheisenbedarf selbst produzieren wird. Die Verlängerung des Roheisen-Syndikats hat noch die besondere Bedeutung, daß damit auch die Schwierigkeit, welche einer Verlängerung des ober-schlesischen Walzwerkverbandes entgegenstand, gelöst ist, so daß auch dessen Fortbestand nunmehr als gesichert erscheint.

Coalproduktion. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge haben die Mitglieder des Coalsohlen-Syndikats die Coalzeugung dieses Monats bis heute annähernd nur um 12 bis 13 Prozent (27 Proz. waren vorgesehen) eingeschränkt. Die Lagerräume sind größtenteils geräumt. Vereinzelt mühten sogar den Kohlereien zugeordnete Aufträge abgeholt werden, da die Ofen, die teilweise außer Betrieb waren, nicht so schnell wieder angeheizt werden können.

Beteiligung der Syndikats- und Nichtsyndikats-Jeichen an der Kohlenförderung. Nach der „Frankfurter Zeitung“ förderten die Nichtsyndikats-Jeichen in den ersten neun Monaten d. J. 1064 007 Tonnen, gleich 17,95 Proz. mehr wie in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, während die Kohlenförderung bei den Syndikats-Jeichen gleichzeitig um 2204 423 Tonnen, gleich 5,96 Proz., zurückging. So betrug somit die Kohlenförderung im ganzen Oberbergamt Dortmund 1200 516 Tonnen Kohlen, gleich 2,74 pCt., und in ganz Deutschland 1908 495, gleich 3,37 Proz., gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in Frankreich berichtet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: Während im August die Zahl der Arbeitslosen 8 Proz. betrug, ist sie im September auf 10 gestiegen. Die Beschäftigung hat in der Industrie durchweg nachgelassen, worauf auch die Stagnation auf dem Kohlenmarkt zurückzuführen ist. Die Lage des Arbeitsmarktes war daher für die Arbeiter so ungünstig wie möglich, um in einen Ausstand einzutreten. Wenn dies seitens der Bergarbeiter doch geschah, so dürfte der Ausgang des Streiks die Arbeiter darüber belehren, daß bei den Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern die Gestaltung der Marktlage nicht als nebensächlich übersehen werden darf.

Auch in Oesterreich machen sich die Folgen der Krise in hart steigender Arbeitslosigkeit merksam. Die großen Industriewerke halten sich nur noch einen kleinen Stamm ihrer Arbeiterkraft, die andern werden entlassen. Ein einziges großes Eisenwerk z. B. beschäftigt gegenwärtig 4000 Arbeiter weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Sociales.

Der Kampf gegen die Krankenkassen.

Zwei charakteristische Beispiele von dem geringen Wohlwollen mancher Behörden gegen die früher so geschätzten Orts-Krankenkassen finden wir in Parteiblättern. Dem Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schuhmacher in Magdeburg wurde es, wie die „Volksstimme“ berichtet, vom Regierungspräsidenten unterstellt, in ihrer Generalversammlung zu beraten über die Gründung eines Verbandes der Orts-Krankenkassen im Bezirke der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Unter Berufung auf § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes erklärt der Regierungspräsident, daß diese Sache nicht zu den Aufgaben gehört, deren Regelung den Orts-Krankenkassen übertragen ist.

Der genannte Gesetzesparagraf bestimmt nämlich, daß sich die Ortskassen innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde durch übereinstimmende Beschlüsse der Generalversammlungen zu einem Verbandsvereine vereinigen können. Da nun der Krankenverband für den Bezirk der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in verschiedenen bezirksweise Aufsichtsbereiche übergriffen, so glaubt sich der Regierungspräsident berechtigt, der Kasse die Veranlassung der Angelegenheit zu unterlegen. Im § 46 handelt es sich aber nur um Verbände zur gemeinsamen Erledigung der Unterstützungsbedürfnisse der Kassen unter Anwendung gemeinsamer Mittel. Der Regierungspräsident könnte also der Kasse unterlegen, Kassenmittel für einen solchen, über den behördlichen Aufsichtsbereich hinausgehenden Verband aufzuwenden, im übrigen aber ist es den Kassen nirgends verboten, sich zu Verbänden irgend welcher Art zusammen-

zuschließen. Die Verfügung, die übrigens angefochten werden wird, ist nur ein Kennzeichen des geringen Wohlwollens für die Ortskassen, die durch den Zusammenschluß zu Verbänden die Aufgaben der Krankenversicherung wesentlich fördern, auch wenn nicht gemeinsame Unterstützungsanstaltungen damit verbunden sind. Im übrigen erinnert die Angelegenheit daran, wie hinderlich es den Zwecken der Krankenversicherung werden kann, daß ihre Vereinigung zu Unterstützungsverbänden an die Grenzen der Kreisstaatlichen Verwaltungsbezirke gebunden ist.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet aus Freiburg in Sachsen, daß in der dortigen Orts-Krankenkasse I seit 9 Jahren die Vorstandsmitglieder für jede Sitzung je 1 M. Entschädigung erhielten. Nachdem sich jetzt die organisierten Arbeiter auf ihre Rechte bei der Kassenverwaltung besonnen, die Mehrheit in der Generalversammlung erlangt und den Kassenvorstand mit Leuten ihres Vertrauens besetzt hatten, erschien dem Stadtrat als Aufsichtsbehörde plötzlich — nach 9 Jahren! — die Entschädigung ungesetzlich. Er gab dem Kassenvorstand, den betreffenden Beschluß aufzuheben. Auf denselben Standpunkt stellte sich die Kreisshauptmannschaft, und es bedurfte erst der Anrufung des Ober-Verwaltungsgerichts, um die gesetzliche Zulässigkeit dieser geringfügigen Entschädigung festzustellen. Die Verfügung des Stadtrats mußte aufgehoben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Ausbeutung der Frauenarbeit im Schneidergewerbe.

Vor kurzem veröffentlichte das Centralorgan der dänischen Sozialdemokratie „Socialdemokraten“ einige Mitteilungen über die Arbeitsverhältnisse der Schneiderinnen und Näherinnen des sogenannten „Seidenhauses“ (Sildshuset) in Kopenhagen, wo die Damen der höchsten Kreise ihre Kleider anfertigen lassen. Es wurden dabei Thatsachen ans Licht gebracht, die von einer empörenden Ausbeutung und Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft zeugen. Da nun Herr Dahl, der Besitzer des Seidenhauses, in letzter Zeit trotz des allgemein schlechten Geschäftsganges in aufstrebender Weise Annoncen nach Arbeiterinnen suchte, beschloß die Vorsitzende des Frauvereins der Herrenschneiderinnen, Andrea Nielsen, die dort herrschenden Arbeitsverhältnisse zu untersuchen, und ließ sich als Näherin einstellen. Sie wurde ihr ein Wochenlohn von 3—4 Kronen zugesagt. Sie blieb dort acht Tage in Arbeit und berichtet nun in „Socialdemokraten“ ausführlich über ihre Beobachtungen. Von den vierzig Näherinnen, die dort beschäftigt waren, hatten acht, welche die Aufsicht führten, einen Wochenlohn von 9 Kronen, die übrigen zweiunddreißig 2 bis 4 Kronen Wochenlohn. Wie unerschämmt mit der Arbeit dieser Frauen getuschelt wird, das zeigt folgender Fall:

„Am Mittwoch“, so berichtet Andrea Nielsen, „hatten wir unter andern einen sehr eleganten Seidenrock für die Gräfin Ahlefeldt-Laurvig in Arbeit. Vier Näherinnen machten einen solchen Rock in einem Tage fertig. Drei von ihnen werden mit 6 Dore die Stunde entlohnt, die vierte erhält 1,50 Kr. den Tag. Der ganze Lohn für die Näherarbeit an der Gräfin neuem Rock beläuft sich auf 3 Kronen 30 Dore. Ich weiß ganz bestimmt, daß das Seidenhaus 50 Kronen für die Näherarbeit an Seidenröcken berechnet, die nicht so elegant sind, wie der der Gräfin. Die vier Näherinnen haben also durchschnittlich pro Person nicht einmal eine Krone verdient, wo der Herr Dahl über 40 Kronen an sich reißt als Profit an der Näherarbeit eines einzigen Rockes.“

„Socialdemokraten“ Veröffentlichungen bildeten natürlich das Tagesgespräch, und man zerbrach sich den Kopf darüber, wer wohl eigentlich dem Blatt die Nachrichten überbracht haben könnte. — Jemand welches Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung war nicht vorhanden. Kurz nach dem Frühstück erschien die Directrice in der Thür und fragte, indem sie rund herum blickte in der Stube: „Hier sind wohl keine Frauvereinsmitglieder?“ — Die erstredeten Wesen guckten einander furchtbar an. Dann wandten sich alle 40 Augenpaare auf mich, der einzigen neu angenommenen Näherin. Ich muß wohl die Feuerprobe gut bestanden haben, denn eine der Damen sprach in die Worte aus: „Rein, hier sind keine Frauvereinsmitglieder.“ und die Directrice zog sich beruhigt zurück. Nach diesem kleinen Auftritt entstand eine ganze Diskussion über Frauvereine. Eine der Damen sagte mit einer vornehmen Kopfbewegung: „Rein, in den Frauvereinen gehe ich niemals. Ich will mir doch meine Weiblichkeit bewahren.“ „Ja, so weit sind die Frauen noch zurück. — Keines Menschen Los ist doch trauriger als das der Näherin. Das Dienstmädchen hat doch in der Regel eine gute, nahrhafte Kost, aber die Näherin sitzt entweder auf ihrer eigenen erbärmlichen Kammer und plagt sich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, oder sie wird eingesperrt in die Kabinen wie die des „Seidenhauses“ und man laßt ihre Jugend und Gesundheit für ein Nichts, läßt sie hungern und mißbraucht sie, indem man sie einlöst in den Glauben, sie sei feiner als ihre andern arbeitenden Schwestern, und sie selbst lullt sich ein in den Traum einer Ehe, die sie in den Stand setzen soll, selbst Dahls Seidenröcke zu kaufen.“

Die hier geschilderten Zustände sind wohl leider auch in Berlin nicht unbekannt. —

Wiener Blumenfrauen.

Eine ganz eigenartige Versammlung hat vor einigen Tagen in Wien stattgefunden. Ungefähr 200 Frauen hatten sich in der „Messource“, einem schönen Saal in der Nähe des Parlaments, versammelt, um gegen einen Beschluß des christlich-socialen Gemeinderats Protest zu erheben. Blumenhändlerinnen, Frauen meist schon zwischen 30 und 50 Jahren, zu deren sonstigen Beschäftigungen es nicht gehört, Versammlungen zu veranstalten, werden durch den Wiener Gemeinderat in ihrer Existenz bedroht. Diese Frauen stehen auf der Straße, zum Teil in den eleganten Straßen der Stadt und bieten Blumen feil. Dazu müssen sie einen Hausierzoll haben und jährlich 24 Kronen Steuer zahlen.

Die christlich-socialen Gemeinderatsmehrheit nun zählt zu ihren vornehmsten Aufgaben die Rettung des „kleinen Mannes“, den „Schutz des sechshundert Gewerbetreibenden“. Da die Christlich-socialen ihre Herrschaft erkämpft fühlen, wollen sie etwas thun, umjomehr als die Landtagswahlen vor der Thür stehen. Sie wollen sich bei ihrer festesten Stütze, dem „kleinen Mann“ neues Ansehen geben, und haben im Gemeinderat beschlossen, nebst einer Reihe anderer Artikel auch das Hausieren mit Blumen zu verbieten.

Darüber herrscht nun ein Sturm der Entrüstung unter den Blumenfrauen. Diese Frauen, die gewiß nie daran gedacht haben, sich mit Socialismus zu beschäftigen, haben sich, als sie sich von den Christen so gänzlich verlassen sahen und nur Schimpf und Spott erwarteten, an die Socialdemokraten um Rat und Hilfe gewendet. Einer der berährigsten Wiener Christlich-socialen, der bekannte Mechaniker Schneider, hat die Blumenhändlerinnen so dargestellt, als ob sie alle das leichtsinnigste Leben führten, als wären sie die Aushälterinnen ihrer Liebhaber, mit welchen sie im Hiale in den Prater fahren. Schneider hat diese nicht mehr jungen, unzweifelhaft anständigen Frauen als Dirnen dargestellt.

Schon im Sommer 1901 haben einige Versammlungen stattgefunden, wo sich diese Frauen ihrer bedrohten Existenz wehrten. Jetzt ist nun diese Frage durch das Hausierverbot aktuell geworden. Da der Beschluß der Versammlung des Statthalters bedarf, so sollte die jüngst abgehaltene Versammlung die Stellung der Blumenhändlerinnen zum Ausdruck bringen. Die Versammlung bot ein bewegtes Bild; die Ausführungen der Redner wurden fortwährend durch stürmische drahtliche Zurufe unterbrochen, in welchen die Frauen ihre den Christlich-socialen feindliche Stimmung kundgaben.

Außer dem Abg. Dr. Ellenbogen und Genoffin Adelheid Popp sprachen drei Blumenhändlerinnen, welche betonten, daß sie gute Christinnen seien, aber ihre verzweifelte Lage zwingte sie bei den Socialdemokraten Schutz und Hilfe zu suchen. Diese Worte wurden mit „Hoch die Socialdemokraten“ begleitet. Die Ausführungen der Rednerinnen gipfelten weiter darin, daß sie meinten, der Kaiser und die Minister können nicht zugeben, daß sie ihr Brot verlieren. Eine der Rednerinnen sprach in sehr logischer Weise für die Gründung einer Organisation welche den Frauen vor allem

Machtschutz gewähren soll, da sie sehr oft mit Strafmandaten bedacht werden, da die Vorschrift lautet, die Blumenhändlerinnen dürfen nirgends mit ihrer Ware stehen bleiben; sie müssen fortwährend in „Bewegung“ sein, widrigenfalls sie von den Wachen aufgegriffen werden. Diese Veranlassung und die Stimmung unter den Blumenhändlerinnen ist der neueste Anflug der „Kuglerischen Mettereie des Kleingewerbes“. Selbstverständlich wird dieses Hausierverbot keinem einzigen Blumenhändler nützen, denn die Leute, welche von den Frauen Blumen kaufen, kaufen sie nur, weil sie ihnen angeboten werden; in einem Laden pflegen diese Käufer nicht zu gehen. Es ist übrigens nicht zu zweifeln, daß die Aktion der Blumenhändlerinnen Erfolg haben wird. Es wäre zu lächerlich, wenn die oberen Instanzen das Verbot der Christlich-socialen bestätigen würden.

Gerichts-Zeitung.

Um die Person des Präsidenten des kaiserlichen Patentamts v. Huber handelte es sich bei einer Privatklage, die der Ingenieur und Patentanwalt Karl Pieper gegen den früheren Chefredakteur der „Kordd. Allg. Ztg.“, Geh. Hofrat Dr. Wilh. Lauser und den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Hermann Wachmann angestrengt hatte. Der Privatkläger hatte in einem vor Sachleuten gehaltenen Vortrag sich gegen angebliche Mißstände im Patentamt gewandt und die Fähigkeit des Präsidenten v. Huber zur Verwaltung dieses Amtes angezweifelt. Die „Kordd. Allg. Ztg.“ brachte darauf einen gegen Herrn Pieper gerichteten Artikel und warf diesem darin unwahre Behauptungen vor, behauptete, daß eine erfolgte Verurteilung desselben wegen Verleumdung beweise, wie wenig genau er es mit der Ehre anderer Leute nehme und erklärte, daß Herr P. mit seinen Anschuldigungen von sachkundigen Kreisen längst nicht mehr ernst genommen werde. Diesen Artikel des offiziellen Blattes hatte die „Vossische Zeitung“ abgedruckt. — Ein erster Verhandlungstermin in dieser Angelegenheit vertiel vor Monatsfrist der Vertagung, weil noch Beweise erhoben werden sollten. Gestern kam nach längeren Bemühungen der Justizräte Michaelis und Kleinholz auf der einen und des Justizrats Koffka auf der andern Seite ein Vergleich zu stande. Danach soll die „Korddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine Erklärung etwa folgenden Inhalts veröffentlichen: Nachdem Herr Pieper auseinandergesetzt, daß er in seinem Vortrage nur zum Ausdruck bringen wollte, daß der Präsident des kaiserlichen Patentamtes die Befähigung zum Richteramt nicht besitze, seine sonstige Qualifikation aber in die Erörterung nicht habe gezogen werden sollen, wird der Vorwurf der unwahren Behauptung zurückgenommen. Die Behauptung, Herr P. werde in sachkundigen Kreisen nicht ernst genommen, beruht auf einem Mißverständnis und entbehrt der Grundlage. Der Vorwurf, daß Herr P. es mit der Ehre anderer nicht sehr genau nehme, wird nicht mehr aufrecht erhalten, nachdem festgestellt ist, daß in dem zu Verleumdungsprozesse Herrn Pieper vom Gerichtshof der gute Glaube zugesprochen worden ist. — Herr Wachmann erklärte sich bereit, eine solche Erklärung aus der „Kordd. Allg. Ztg.“ in die „Vossische Zeitung“ zu übernehmen.

Das schwere Baumglatz, welches sich in diesem Frühjahr in der Stolperstraße vor dem Schönhauser Thor ereignete, beschäftigte gestern zum zweitenmal die zweite Strafkammer des Landgerichts I. In der genannten Straße führte der Maurermeister Dehandt einen größeren Neubau auf. Er hatte seinen Bruder, den Maurerpolier Wilhelm Dehandt, mit der Leitung der Arbeiten betraut. Am 24. März wollten die Sturcarbeiter zwei große je 1 1/2 Centner schwere Basen auf dem Hauptstimm der Vorderfront anbringen. Als sie solchen das Gefirn mit ihrer schweren Last betreten hatten, stürzte das ganze Gefirn herunter und auf die Mauer, die zum Zwecke des Putzens vor der Vorderfront aufgestellt war. Auf dem Gerüst war eine Anzahl Putzer beschäftigt, welche mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Putzer Wiese verlor auf der Stelle, vier andre Putzer erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Der Maurerpolier Dehandt wurde für dies Unglück verantwortlich gemacht. Im vorigen Termine begutachtete der Sachverständige, Baurat Höhle, daß das Hauptstimm nicht genügend verankert gewesen sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Morris, lehnte darauf den Baurat Höhle als Sachverständigen ab mit der Begründung, daß derselbe sich eventuell ebenfalls einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe, denn er habe kurze Zeit vorher den Rohbau abgenommen und hätte eine zu schwache Verankerung bemerken müssen. Der Gerichtshof beschloß darauf die Vertagung der Sache und Ladung weiterer Sachverständigen. Im gestrigen Termine beantragte Rechtsanwalt Morris wiederum die Ablehnung des Baurats Höhle, denn derselbe habe seine frühere Ablehnung dazu benutzt, über den Verteidiger bei der Anwaltskammer Beschwerde zu führen, wodurch die Beförderung seiner Befangenheit erweckt werden müsse. Der Gerichtshof hielt den Baurat Höhle nicht für befangen, sondern ließ ihn als Sachverständigen zu. Der Angeklagte bestritt, daß die Verankerung zu schwach gewesen sei. Er meinte, daß das Gefirn zu schwach gewesen sei, um die Last der schweren Basen und der sie tragenden Leute auszuhalten, es hätte mit der Anbringung der Basen gewartet werden müssen, bis das Maurerwerk größere Festigkeit gewonnen. Durch die Beweisaufnahme und durch die Gutachten der Sachverständigen fand diese Annahme soviel Bestätigung, daß der Gerichtshof den Radweis der Schuld gegen den Angeklagten nicht für erbracht erachtete und deshalb ein freisprechendes Urteil fällte.

Wegen Hinterziehung von 50 M. Krankenkassen-Beiträgen ist der frühere Baunternehmer, jetzige Maurerpolier Wilhelm Pleske von der O. Strafkammer des Landgerichts I hier am 21. d. M. zu zwei Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt worden.

Vor dem Schwurgericht in Oldenburg spielt sich seit einigen Tagen der Prozeß gegen den Bankier Baden-Brun ab, der der Ermordung des Oberamtsrichters Weder angeklagt ist. Baden-Brun war Leiter der Oldenburger Volksbank, die allerlei unsaubere Geschäfte machte, sich Wiedergewinn dafür zahlte und viele Geschäfte dadurch schließlich zum Zusammenbruch brachte. Unter letzteren befand sich auch eine Delmenhorster Ziegelei, die in Konkurs geriet. Oberamtsrichter Weder wurde mit der Regelung dieses Konkurses beauftragt und erhielt so einen genauen Einblick in die Verhältnisse und Geschäfte der Oldenburger Volksbank; er unterzog das Gebahren des Direktors Baden-Brun bei verschiedenen Gelegenheiten einer abfälligen Kritik. In seiner Zut darüber begab sich Baden-Brun in die Wohnung des Oberamtsrichters Weder und ließ diesen, der gerade mit seiner Kamille beim Frühstück saß, herausrennen. Als er dem Weder im Empfangszimmer gegenüberstand, zog er plötzlich einen Revolver hervor und gab auf den Unglücklichen drei Schüsse ab, die so gut trafen, daß der Oberamtsrichter in wenigen Minuten eine Leiche war. Hierauf ergriff der Attentäter einen Stuhl und zertrümmerte in seiner wüthenden Wuth noch die ganze Zimmereinrichtung seines Opfers. Erst nach längerer Zeit gelang es, den Rasenden zu überwältigen. Man nahm zunächst an, daß er geistesgestört sei, seine Internirung in einer Irrenanstalt ergab jedoch, daß er durchaus mit Vorbedacht gehandelt hatte. Baden-Brun hat sich daher wegen vorsätzlicher Tötung des Oberamtsrichters Weder zu verantworten.

Briefkasten der Redaktion.

N. 223. 1. und 2. Der außerordentliche Organist ist verpflichtet: der Mutter die Einbindungskosten und die Schulbuchkosten sowie die sonstigen Aufwendungen zu ersetzen, die etwa infolge der Schwanenpflanz und Einbindung überdies notwendig waren. Einen bestimmten Betrag kennt das Gesetz nicht und kann es nicht kennen. Ferner ist der Vater verpflichtet, den vollen Betrag des Unterrichts (nicht nur einen Beitrag zum Unterricht, sondern die Schulbuchkosten) zu zahlen. Die Eltern sind verpflichtet, die Kosten der Einbindung der Mutter zu ersetzen. Das die Gerichtspraxis ist unterhalb dieses Satzes, demnach die Tatsache nicht zu ändern, daß für weniger als 24 M. monatlich ein Unterricht zu erhalten, zu bezahlen, zu ersetzen, zu pflegen und zu erziehen ist. Die Alimentationspflicht dauert bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. 3. Rein. 4. Ja. — N. Rein.

Anlässlich des 10 jährigen Bestehens

unserer Firma

geben wir bei Einkäufen am

heutigen Tage

als besondere Vergünstigung an unsere werte Kundschaft

die doppelte Anzahl Rabattmarken.

Wir geben sonst bei Einkäufen von Mark 1.00 4 Rabattmarken

am heutigen Tage jedoch 8 Rabattmarken.

BERLIN, den 23. Oktober 1902.

C., Spittelmarkt 16/17,
SW., Belle-Alliancestr. 1/2,
NO., Gr. Frankfurterstr. 113.

A. Jandorf & Co.

Elegante Costümröcke
in ganz Wolle; in neuen Façons;
in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u.
Längen stets in grosser Auswahl vorrätig
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
in Damast u. Merveilleux 25 Mk.

Jaketcostüme
Hochelegante Façons 15 Mk., 20 Mk.,
Sacco- u. Blusen-Costüme
12 Mk., 15 Mk., 18 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Golf-Saccos, Golfpaletots 12 Mk., 15 Mk.
Golf-Capes 5 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
Winter-Paletots,
Jaketts und Saccos 10 Mk., 15 Mk.
bis zu den elegantesten, apartesten Modellen.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
Backfisch-Saccos 10 Mk.
Maassanfertigung.

Es ist endlich erfunden
das wirklich beste und billigste Waschmittel für weisse und bunte Wäsche
ohne Soda! — ohne Chlor! — ohne Pottasche!
und ist unter dem Namen **„BRONIL“** in Packungen zu 10 und 25 Pf. überall erhältlich. Eventuell Bezugsquellen-Nachweis durch die alleinigen Fabrikanten: 52932

Dr. Gittelsohn & Co., Berlin SO. 33.

Hermann Arnhold,
Fabrik für Beleuchtungsgegenstände aller Art.
110 Alexandrinenstr. 110 (Messpalast).
Ganze Einrichtungen 2 Zimmer und Küche von Mk. 12.50 bis 50.— bis zum elegantesten Genre in modernstem Stil. Auf Wunsch auch Teilzahlung. Petroleumgehänge wie Gaskocher in grosser Auswahl, 2 Loch von 4 Mk. an. Aufbronzieren alt. Kronen etc. Übernahme v. Umzügen u. Reparatur. Gasrohrlegung, Stark- u. Schwachstrom-Anlagen. Geschäftsschluss 8 Uhr abends.

Keine Fleischnot, denn Seefische billig!

Seefische sind das billigste und beste Nahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlgeschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

NB. Seefische sind das billigste und beste Nahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlgeschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Von täglich frischer Zufuhr empfehlen wir:

Schellfische in allen Grössen	20, 25, 35 Pf. pro Pfd.
grosse ohne Kopf und im Anschnitt	40—45 Pf.
Seelaachs (zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert)	25 Pf. im Anschnitt 35 Pf. pro Pfd.
Bratflunder	20—25 Pf. pro Pfd. (3 Pfd. 65 Pf.)
Knurrhahn	25 Pf. pro Pfd.
Rotzungen	40—45 " " "
Seekarpfen	40 " " "

Alle andern Sorten ebenfalls billig.
Täglich frische Schellfische Pfd. 35, Flundern 50—55 Pf. pro geräucherter.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale Berlin C. 23, Bahnhof Börse, Bogen 9—10.
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
III. Prinzenstrasse 30.
IV. Madalstrasse 22, im Schloßischen Bahnhof.

Johs. Skorczyk, Generalvertreter.

Künstliche Zähne 2 Mk. an.
Blonden, schmerzloses Zahnziehen 13 Pf. Langjähr. Garantie. Teilzahl. gestattet.
10 Proz. Rabatt bei Barzahlung.

Zahn-Atelier Gust. Freyhoff,
Schwedterstrasse 215a, I., Ecke Rastanien-Allee.

Ost-Kasino,
Frankfurter-Allee 106.
Säle für Vereine, Moslemsäle etc., bis 200 Personen fassend. Neu eingerichtete Nebenzimmer am Saal angeschlossen. Durch Zufall Sonnabend, den 25. d. M., frei geworden sowie einige Sonnabende und Sonntage.

!!! Spottbillig !!!
Anzugstoff-Reste
Hosen- u. Winterpaletot-Reste, Reste auch für 26875 Damen-Paletots u. Kostüme.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Rosstr. 2.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten **Mein Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—30 Personen.
H. Stramm, Reitt. Ritterstr. 123.

+ Männer-Vortrag +
eröffnet an Lichtbildern. Heute: Andreasstr. 26, abends 8^{1/2} Uhr, und morgen Freitag: Kommandantenstr. 20 (Kornballe), über: Zypheis, Studenten-Verbindungen, Alkohol, Göttertum. Referent: Dr. R. Naturheiland. Grundmann, Besitzer der Kuranstalt Rappinerstrasse 72. Naturcurel. Sprechstunden 11—2, 6—8, Sonntags 10—12 Uhr. Interessante Prosdüre gratis. Eintritt 30 Pf. Naturheilverein Reform.

Ziehung 12. u. 13. November zu Berlin, im Kaiserhof Berliner Loose à 1 Mk.
d. techn. Commission f. Trabrennen. 11 Loose 10 Mk., Porto u. Liste 30 Pf. 6039 Gewinne im Gesamtwert von 4

100000
Der Verkauf der Gewinnspiele wird mit 20% d. angegeb. Wertes garantiert.

1 à 10000
1 à 6000
1 à 5000
1 à 4000
2 à 3000 = 6000
5 à 2000 = 10000
6 à 1500 = 9000
2 à 1000 = 2000
20 Fahrräder = 4000
6000 à 15, 10, 5 = 44000

Loose voranbei der General-Debit:
Lud. Müller & Co.,
Berlin C., Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Quokanüller.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste, Moquette, Plüsch, Sattelkissen.
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Verfallene Pfänder. Gold, wie Brillanten, Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, ferner u. schön. u. kostb. wert. Altes Gold, Silber u. getauscht u. in Zahlung gen. in der Pfandl. Bräutigamstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,60, Nordhäuser 0,45—1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft.

Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler, Chausseestrasse 55.

Wurstthron in schöner Ware von 50 Pf. pr. Pfund an, keine Suchen, Knochenfleisch, Eisbeine etc. täglich frisch in unserem Delikatess-Laden Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik Peterstrasse Platz 8. 51931

Möbel erstklassiger Qualitäten. Cassa und coulante Ratenzahlung.
Vereinigter Berliner Möbelfabrikanten
Mosovius & Zimmermann, derstr. 42
Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Restaurant Carl Grosser.
An der Stadtbahn 39, I. (fest Dickenstraße). [32402] Nicht am Alexanderplatz.
Zwei Vereinszimmer für 30 und 50 Personen mit Piano zu vergeben, passend für Gesangsvereine etc. Telefon: Amt III Nr. 1813.

Dr. med. Schaper
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Die Arbeiterheilstätten der Landes-Versicherungsanstalt Berlin bei Veelitz.

Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin hatte zu Dienstag, den 21. Oktober, die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung, Vertreter von Regierungsbehörden usw., sowie die Berliner Presse zu einer Besichtigung der neu errichteten Arbeiterheilstätten bei Veelitz eingeladen.

Die unter Leitung des Baurats Schmieden erbauten Heilstätten liegen dicht am Bahnhof auf einem 140 Hektar großen, von der Stadt Veelitz erworbenen Waldgelände, welches einerseits vom Bahndamm, andererseits von der diesen kreuzenden Chaussee in vier annähernd gleiche Teile geteilt wird.

Unter den allen Anstalten gemeinsamen Gebäuden muß schließlich noch eins erwähnt werden, schon um seiner Geschichte willen: das dicht an der Station gelegene „Gotteshaus“, welches für den Gebrauch der Protestanten und Katholiken bestimmt ist.

Kaifer den allen gemeinsamen Gebäuden befindet sich in jeder Anstalt ein „Pavillon“ zur Aufnahme der Kranken. Jeder Pavillon besteht aus Keller, Erdgesch. Obergesch. und teilweise Dachgesch.

Sämtliche Gebäude sind bei äußerst gefälliger und geschmackvoller Form im Innern geradezu musterhaft ausgestattet. Die Beschreibung der Anstalt, welche der Vorstand veröffentlicht, sagt diesbezüglich in dem Wortwort durchaus zutreffend, daß gerade bei dem Bau und der Einrichtung von Heilstätten der Grundsatz gelten muß: das Beste ist das Billigste.

Die Gesamtkosten der Anlagen betragen ca. 9 Millionen Mark. Der Vorstand berechnet danach pro Krankenbett einen Betrag von 15 000 M., eine Summe, die sich aber bei weitem aus dem Anstalt erniedrigen wird, eben weil Grund und Boden sowie die allgemeinen Zwecken dienenden Vorrichtungen bereits einer Erweiterung angepaßt sind.

*) Die Arbeiter-Heilstätten der Landes-Versicherungsanstalt Berlin bei Veelitz. Mit einem Uebersichtspl., 20 Grundrissen und 60 Aufzügen. Kommissionsverlag W. u. E. Löwenthal, Berlin.

Tag berechnet der Vorstand eine Ausgabe von etwa 5,50 Mark. Bisher, als die Anstalt noch in privaten Instituten ihre Kranken unterbringen mußte, betrug die Gesamtausgabe pro Kopf und Tag 5,27 M. Da mit der Vervollständigung des Betriebes und seiner Erweiterung eine Herabsetzung der Selbstkosten zu erwarten ist, folgert der Vorstand, daß die Versicherungsanstalt in den eignen großen Heilstätten bei Darbietung der größten Leistungen billiger wirtschaften wird, als bei Unterbringung der Pflegelinge in fremden Anstalten.

Die Sanatorien und die Lungenheilstätten unterstehen je einem dirigierenden Arzte, dem mehrere Assistenten zur Seite stehen. Die Krankenpflege liegt auch auf den Männerstationen zum größten Teil in den Händen von Schwestern. Bei der Besichtigung der Anstalten hatten die sozialdemokratischen Stadtverordneten die traurige Bemerkung zu konstatieren, daß diese Schwestern — insbesondere die in leitender Stellung befindlichen — zum größten Teil ehemals in städtischen Diensten stehende Victoria-Schwestern sind; diese haben den städtischen Dienst quittiert, eben wegen der von sozialdemokratischer Seite so oft gerügten schlechten Entlohnung des Pflegepersonals, und sind in den Dienst der Landes-Versicherungsanstalt getreten, deren zum Teil aus Arbeitern bestehender Vorstand mehr Verständnis dafür hatte, daß die ansperrungsvolle und aufreibende Tätigkeit im Krankenpflegeberuf auch eine entsprechende materielle Entschädigung verdient.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiengenossen des zweiten Wahlkreises. Zu der bevorstehenden Erziehungswahl im vierten Kommunal-Wahlbezirk findet heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gräbner, Schwerinstraße 18, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Alfred Bernstein über „Die Kommunalverwaltung Berlins“ referiert und der Kandidat proklamiert wird.

Wählung, Parteiengenossen des dritten und vierten Wahlkreises (SO.). Am Mittwoch, den 5. November, findet im 11. Kommunal-Wahlbezirk die Erziehungswahl für den verstorbenen Genossen Th. Rejzner statt.

Zur Einleitung der Wahlagitiation findet am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Graumann, Naumnstraße 27, eine öffentliche Versammlung statt, zu der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen das Referat übernommen hat. Hierauf folgt Diskussion. Ferner findet in dieser Versammlung die Aufstellung eines Kandidaten und die Wahl eines Wahlkomitees statt.

Es ist Pflicht aller Genossen, für den regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß alle Wähler wahlberechtigt sind, welche in den Listen verzeichnet stehen, gleichviel ob sie seit dem 1. Oktober aus dem Bezirk verzogen sind oder nicht.

Fünfter Kreis. Heute Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet eine Parteiverammlung statt, in welcher die Vertrauensleute Bericht erstatten. Neben der Neuwahl steht ein Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine auf der Tagesordnung. Thema: Strafrecht und Socialdemokratie. Zahlreiches aber auch pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Charlottenburg. Heute abend 9 Uhr findet im Volkshause, Rosinenstr. 3, die Fortsetzung der verbotenen Generalversammlung des Wahlvereins statt, worauf wir die Mitglieder besonders aufmerksam machen. Am Eingang legitimiert das Mitgliedsbuch.

Friedrichshagen. Sonnabendabend 9 Uhr im Saale des Herrn Karl Conrad, Friedrichstraße 197: Volksversammlung für Frauen und Männer. Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour spricht über „Die Lebensmittelpreiserhöhung an der Arbeit“.

Lokales.

Daß die Polizei dann am seltensten zur Stelle ist, wenn man ihrer am meisten bedarf, lehrt von neuem der unglückliche Sozialist im Hause Reinholdstraße 18c, über den wir vorgestern und gestern berichteten. Aus unbedeutendem Anlaß entsteht vor einem Geschäftskeller ein Aufruhr. Die Menge schwillt von Minute zu Minute an, unter Leute, die da glauben, aus gerechtem Anlaß entrüstet sein zu können, nicht sich allerhand zweifelhaftes Gerede, bald ist eine Einzelperson derart in Bedrängnis geraten, daß sie sich anders keine Hilfe weiß als mit dem Revolver in der Hand. Immer stärker wird der Rärm, das Eigentum des Angegriffenen wird zerstört, die halbe Straße gerät in Aufregung, doch von polizeilicher Hilfe ist immer noch nichts zu erblicken und eine halbe Stunde dauert es ungefähr, bis solche zur Stelle ist.

Zum Bau städtischer Straßenbahnlinien hatte eine Korrespondenz gemeldet, daß zum Ausbau der vom Minister genehmigten städtischen „Ostlinie“ der Ankauf eines Hausgrundstückes in der Gartenstraße beabsichtigt sei. Ursprünglich plante man, mit einem Teil dieses Grundstückes anzukaufen und das auf demselben stehende Gebäude an der Ecke abzuräumen. Die städtische Tiefbau-Deputation beschloß indes in ihrer gestrigen Sitzung, das Grundstück ganz anzukaufen. Ferner war städtischerseits eine Straßenbahnlinie vom Winterfeld-Platz durch die Proben- und Magdeburgerstraße nach dem Hakenplatz und unter Mitbenutzung der neuen Geleise der Charlottenburger Straßenbahn (Köhler, Prinz Albrecht, Zimmerstraße) nach dem Handvoigtplatz und dem Kupfergraben, Ecke Dorotheenstraße, geplant. Im diese Linie ausbauen zu können, bedurfte es aber eines Häuser-Durchbruches resp. einer Durchlegung der Probenstraße zwischen Kurfürsten- und Stoglitzerstraße nach der Magdeburgerstraße. Dies von den Anwohnern der genannten Straßen schon längst sehr gewünschte Projekt wird — wegen

der damit verbundenen hohen Kosten — nach einem Beschluß der städtischen Baudeputation vorläufig leider nicht zur Ausführung kommen. Danach kann auch die geplante Straßenbahnlinie nicht in der projektierten Trace geführt werden.

Um das badende Publikum vor Schäden, besonders gegen Diebstahl zu schützen, hat die Verwaltung der städtischen Bade-Anstalten eine Einrichtung getroffen, die allseitig beachtet werden sollte. Diese Einrichtung veranlaßt dem Badenden nicht die geringste Mühe, sichert ihn aber vor Schäden. In allen verschließbaren, nur von den betreffenden Wärtern zu öffnenden Ankleidezellen sind Tafeln angebracht. Auf diese sollte jeder Badende ein Kenn- oder Stichwort schreiben, bevor er die Zelle verläßt. Der Wärter öffnet bei Nennung des Wortes die betr. Zelle, wenn der Badende sich wieder ankleiden will, und überzeugt sich, ob das Kennwort stimmt. Stimmt das Stichwort, dann kann der Badende sich ankleiden und gehen, stimmt es aber nicht, dann sind die Kleider mit Inhalt jedenfalls vor unbefugten Eingriffen geschützt, und vielleicht ist dann ein Spitzhube auf seinem Wege gefaßt. Darum beachte man diese Einrichtung.

Der Geheime Baurat Wilhelm Bömann, Mitinhaber der bekannten Baufirma Ende & Bömann, ist gestern im 71. Lebensjahre an den Folgen einer Beinamputation gestorben. Von Bömann rührten viele öffentliche und Privatbauten Berlins her, so das Reichshof, das Justizgebäude in der Bentzstraße, das Architektenhaus, das Museum für Völkerkunde und die Neubauten im Zoologischen Garten.

Die Angelegenheit Gauswindt wird nunmehr nicht zu einem Strafverfahren gegen den „Erfinder“, sondern zu einem — Preßprozeß führen. Eine Korrespondenz meldet darüber: Auf eine Privatklage des Erfinders Hermann Gauswindt, welche dieser schon vor seiner Verhaftung angehängt hatte, die aber bis zu der nunmehr erfolgten Einstellung des Verfahrens hatte verlagert werden müssen, sind jetzt der Verleger des „Berliner Tageblatt“, der „Berliner Morgenzeitung“ und des „M.“, Verlagsbuchhändler Rudolf Hoffe und die Redakteure Dr. jur. Moritz Friedländer, Otto Wald, Richard Schmidt-Cabanis, Dr. Fritz Engel und Victor Brandt unter Anklage gestellt worden. Das Hauptverfahren ist eröffnet und die Hauptverhandlung auf den 6. November, vormittags 11 Uhr, im Zimmer 24 des Kriminalgerichts zu Moabit anberaumt worden. Da sämtliche Presseblätter seitens des Unternehmers Gauswindt als Schwindel darstellten, so ist auch gegen den Verleger Anklage erhoben worden. Das „Berliner Tageblatt“ ließ u. a. eine Verächtigung Gauswindts vom 7. Oktober 1901, die mit Menckens des Kriegsministeriums versehen war und der Redaktion eingeschrieben zugelandt wurde, unbedacht.

Nach diesen nicht ganz klaren Mitteilungen scheint es sich um eine Anklage wegen Verstoßes gegen den Verächtigungsparagraphen des Preßgesetzes zu handeln.

Einen Selbstmord verhinderte am Dienstag ein Arbeiter im Walde bei Schönholz. Der 38 Jahre alte Kaufmann Richard Wegener aus der Amendstraße Nr. 36, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, hatte seit vier Monaten keine Stellung mehr. Verzweifelt ging er Dienstagvormittag nach Schönholz hinaus, um dort im Walde seinem Leben ein Ende zu machen. Ein Arbeiter, der einen Schuß fallen hörte, lief hinzu und eilte ihm den Revolver, bevor er ihn zum zweitenmale ansetzen konnte. „Schade, daß ich so schlecht getroffen habe“, entgegnete der Lebensmüde seinem Retter auf die Frage, weshalb er sich erschließen wollte. Die erste Kugel war in die rechte Schläfe eingedrungen, ohne den Mann lebensgefährlich zu verletzen. Nachdem er von einem Arzte verbunden worden war, wurde der Verwundete mit einem kaiserlichen Rettungswagen nach Berlin in die königliche Klinik gebracht.

Veruntreuungen, die nach den bisherigen Feststellungen eine halbe Million überschreiten sollen, sind in dem Kaufhause Israel verübt worden. Der alte Kommerzienrat Israel war Kommand von fünf Gebrüdern Wesas, die im Auerbads-Stift erzogen wurden. Die jungen Leute lernten alle bei Israel und blieben auch später noch bei ihm. Zwei machten sich dann selbständig, einer wurde geisteskrank, die andern beiden waren seit langen Jahren bei Israel tätig, der ältere, Julius, als Kassierer, der jüngere, Berthold, als Buchhalter. Julius Wesas soll nun fortgesetzt Verkaufsjettel gefälscht und sein Bruder ihm geholfen haben, die Unterschlagnungen zu verdecken. Vor acht Tagen ankerte endlich, wie es heißt, ein Verhör einen Verdict. Nun wurde sofort arrestiert, und man entdeckte die Veruntreuungen. Nach ihrer Uebersicherung wurden die beiden Angeklagten aus dem Geschäft entlassen. Eine Anzeige bei der Behörde ist nicht erfolgt. Julius Wesas hatte bei Israel ein Guthaben von 50 000 M. und auf einer hiesigen Bank ein solches von 150 000 M. Diese Beträge sind der Firma eingehändigt worden. — Heber die Art, wie die Veruntreuungen verübt wurden, meldet man uns folgendes: Der Verkäufer verzeichnet die Ware, die jemand kauft, und den Preis auf einem Blockzettel. Den Originalzettel erhält der Käufer, um sich vom Kassierer die Zahlung quittieren zu lassen. Eine blaue Durchschrift bekommt um nächst ein Verhör, der sie für die Verpackung braucht. Diese Hauptzettel nahm der Kassierer nun wieder an sich und fälschte den Betrag. Hatte zum Beispiel jemand für 88 M. gekauft, so machte Julius Wesas daraus 8,80 M. Diese Summe führte er in die Kasse ab, während er das Uebrige in seine Tasche steckte. Bei einem täglichen Umsatze von 50—60 000 M. konnte nun solche Unterschlagung nicht leicht entdeckt werden, und stellte sich doch eine Unrichtigkeit heraus, so verdachte der Buchhalter Berthold Wesas sie bei der Kontrolle durch eine andre Fälschung. Es kam auch vor, daß der Kassierer einen Hauptzettel ganz verschwinden ließ. Auf das Guthaben und das Depot des Kassierers wollten die Geschäftsinhaber, wie es jetzt heißt, verzichten. Die Unterschlagungen und Fälschungen haben vielleicht schon vor fünfzehn Jahren begonnen. Julius Wesas ist ein Mann von 62 Jahren und Vater von drei Kindern. Seine einzige Tochter heiratete vor drei Jahren und bekam eine Mitgift von 60 000 Mark und eine Aussteuer von 30 000 Mark. In der Naupackstraße Nr. 90 bewohnte die Familie seit vielen Jahren jedes Zimmer. Das Jahreseinkommen des Mannes betrug etwa 8000 M. Berthold Wesas ist 54 Jahre alt, kinderlos verheiratet und bewohnt in der Hofmarktstraße 2 jedes Zimmer. Zu den Veruntreuungen wird mitgeteilt, daß die Gebrüder Julius und Berthold Wesas gestern Nachmittag von ihrer Wohnung nach dem Polizeipräsidium abgeholt wurden, um über die ihnen zur Last gelegten Straftaten verhört zu werden. Diese Vernehmungen werden voraussichtlich lange Zeit in Anspruch nehmen, zumal da auch die Ermittlungen im Kaufhause noch nicht abgeschlossen sind.

Eine verzwickte Geschichte beschäftigte in der letzten Zeit die hiesige Kriminalpolizei. Die Staatsanwaltschaft von Hamburg fragte nach dem Verbleib eines Arbeiters Melzer, der aus Danzig wegen Diebstahls entflohen sei und dort seine Frau in gescheiterten Umständen habe sitzen lassen. In der Petersburgerstraße wurde nun ein Arbeiter Melzer ermittelt, der im Jahre 1898 in Danzig war. Dieser hat sich aber erst in Berlin verheiratet und lebt hier mit seiner Frau im besten Frieden. Er hat auch nie gestohlen, dagegen wurden ihm damals in Danzig von einem Arbeiter Herrmann, den er dort kennen lernte, seine Ausweisepapiere gestohlen. Herrmann aber war seitdem spurlos verschwunden. Man fandte nun seine Personbeschreibung und sein Bild an alle Behörden und Straf-anstalten und da suchte man im Gefängnis zu Verberg auf einen Sträfling Hartmann, der dort wegen Diebstahls sitzt und der genau so aussieht wie Herrmann. Das Bild ging jetzt auch nach Danzig, wo Frau Melzer sofort sah, daß es Herrmann darstellte. Hartmann ist jedenfalls ein sehr schwerer Junge, der vielleicht auch nicht Herrmann heißt. Auf die gestohlenen Papiere heiratete er in Danzig

als Melzer und als er beim Diebstahl ertappt wurde, nannte er sich Hartmann.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Mittwochs früh gegen 6 Uhr wurde sie nach der Liebenwalderstraße 66 gerufen, wo in einer Küche ein Brand ausgebrochen war, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Marienburgerstraße 4 mußte Dienstag gegen Abend in einem Keller ein Feuer befestigt werden, das in der Hauptsache Gerüstmaterial und Verpackungsmaterial einschloß. Dienstagabend 10 Uhr waren außerdem noch in der Waldemarstraße 15 in einer Wohnung Möbel, Gardinen und Kleidungsstücke in Brand geraten, der indes vom fünften Löschiuge in kurzer Zeit unterdrückt werden konnte.

Im Circus Schumann wird heute zum erstenmal in dieser Saison eine Pantomime aufgeführt. Es handelt sich um die Fortsetzung des bekannten, schon unter Neuz aufgeführten Stückes „Die lustigen Heidelberger“.

Aus den Nachbarorten.

In tiefe Betrübniß sind die in der Koburgerstraße zu Schönbühl wohnhaften Zimmermann Klauke'schen Eheleute durch den Verlust ihres auf schreckliche Weise ums Leben gekommenen einjährigen Sohnes verjett worden. Die Eltern, die ihren Sohn schon am Dienstagabend vernichten, konnten trotz aller Nachforschungen nichts über dessen Verbleib in Erfahrung bringen und mußten so eine Nacht in Sorge und Angst verbringen. Erst den polizeilichen Recherchen gelang es am andern Morgen, eine Spur des Vermissten zu entdecken. Schulkinder hatten ihn Dienstagnachmittag in Begleitung einiger Spielkameraden nach den an der Erxlerstraße belegenen Wiesen gehen sehen. Es lag nun die Verschüttung nahe, daß er in dem die Wiesen durchziehenden sogenannten „Seegraben“ ertrunken sein könne. Die Feuerwehre suchte darauf den etwa zwei Meter breiten Graben ab und nach vieler Mühe wurde denn auch nachmittags 5 Uhr die Leiche des Knaben herausgezogen. Wie es heißt, soll ein anderer Junge den Verunglückten im Uebermut in das schlammige Wasser gestoßen haben und, weil er selbst seinen Spielgenossen nicht zu retten vermochte, ihn in dieser hilflosen Lage verlassen haben.

Abtlershof. In der gestern stattgefundenen Ersatzwahl zur Gemeindevertretung wurde unser Kandidat, Genosse Hildebrandt, mit 323 Stimmen gewählt. Der Freisinnige erhielt 17 Stimmen.

Die **Gewerbegerichtswahl in Köpenick**, welche am 3. und 4. November stattfindet, wird Freitagabend 8 Uhr bei Scheer, Wilhelmstraße, in einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen eröffnet. In dieser Versammlung werden auch die Kandidaten aufgestellt.

Aus **Zehlendorf** schreibt man uns: Mit dem Bau des neuen Bahnhofs zwischen Zehlendorf und Schlachtensee scheint es nun doch nichts zu werden. Im Frühjahr dieses Jahres waren die Pläne dazu von der Zehlendorfer Gemeindevertretung bereits genehmigt und die Kosten in Höhe von 650 000 M. waren gefixiert. Seit langem hört man nichts mehr von dem Plan; nur so viel steht fest, daß ein in Frage kommender Besitz einer größeren Terrains am Bahnhof jetzt seine Zusage zurückgezogen hat. Wie man erzählt, soll eine hier sehr bekannte Terraingesellschaft eine Entwertung ihrer Grundstücke befürchten, die in der Nähe anderer Bahnhöfe liegen.

Verfammlungen.

Eine **Protestversammlung** gegen den Fleischwucher wurde am Montag in Bilmersdorf abgehalten. Der Besuch, besonders seitens der Frauen war sehr stark. Reichstags-Abgeordneter Ledebour legte in eineinhalbständiger Rede die Gründe der bestehenden Fleischwucherung dar. Der Redner wurde oft durch stürmische Beifallkundgebungen unterbrochen. Die Gemeindevertreter, welche bestritten, daß in Bilmersdorf eine Fleischnot besteht, und die von unsren Vertretern eingebrachte diesbezügliche Petition abgelehnt haben, waren zu der Versammlung schriftlich eingeladen, jedoch nicht erschienen. Dieses Verhalten wurde vom Genossen Ledebour sowie verschiedenen Rednern einer wohlverdienten Kritik unterzogen. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 20. Oktober in Bilmersdorf tagende Volksversammlung erhebt Protest gegen die unerträgliche künstliche Verteuerung

der Fleischpreise, wie sie durch die Nahrungsmittelzölle und durch die Viehsperre jetzt schon betrieft wird; und nach Annahme der Polltarif-Vorlage künftig noch mehr verfrachtet werden würde. Die Versammlung richtet an die Reichsregierung und den Reichstag das Gesuch, diesen unheilvollen Zuständen ein Ende zu machen durch schnelle Aufhebung der Viehsperre und Beseitigung der Lebensmittelzölle. — Gleichzeitig spricht die Versammlung ihre Entschlossenheit darüber aus, daß die Gemeindevertretung von Bilmersdorf ihrerseits eine Kundgebung zur Beseitigung der Fleischnot für überflüssig erklärt, und damit den Fleischwuchern in die Hände gearbeitet hat zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung.“

Für die **Gemeindevertreter-Wahl** am 21. und 22. Oktober wurde, da ein geeigneter Kandidat nicht zur Verfügung stand, Wahlenthaltung proklamiert.

Vermischtes.

Gewaltigen Schreden hat eine Gasexplosion im Keller des Johannesums zu Jittau unter den Schülern des in dem Gebäude untergebrachten Realgymnasiums hervorgerufen. Einige dreißig Sextaner sahen gerade in dem über dem Keller befindlichen Zeichenkassale, als plötzlich ein Knack das Haus erbeben machte. Airrend sprangen die Fensterstübe in tausend Stücke, der Boden wankte, die Dielen wurden etwa 20 Centimeter in die Höhe gehoben und auseinandergetrieben und die Zeichenpulte durcheinandergeworfen. Ein Augenblick jähen Entsetzens — dann stürzten die meisten Hals über Kopf zur Türe hinaus, während die dem Fenster zunächst Sitzenden durch diese ins Freie sprangen. Infolge eines Röhrenbruchs war Gas ausgetreten, hatte sich im Gewölbe des Kellertellers angesammelt und entzündete sich, als der dem Gasgeruch im Keller nachgehende Hausverwalter Heubner ein Streichholz ansteckte. Das mächtige Gewölbe wurde durch gewaltigen Druck in die Höhe gehoben und barst an verschiedenen Stellen, starke Holzbohlen wurden zersplittert, Holzteile und Kalk durch die Gitterfenster weit hinaus an die Straße geschleudert. Heubner wurde zwar nicht lebensgefährlich verletzt, aber doch furchtbar zugerichtet. Daburh daß er an eine Mauerrede geschleudert wurde, erlitt er eine schwere Kopfverletzung und einen Beinbruch. Kopfhaar und Bart sind ihm abgeengt worden, und Gesicht, Hals und Hände bedecken Brandwunden. Der Feuermann Zeißig, der gerade eine Karre Coaks in den Keller fahren wollte, wurde mit samt der Karre zu Boden geschleudert und am Kopfe verbrannt. Das entstandene Feuer konnte rasch gelöscht werden.

Auf der **Kirmes** erstochen wurden in Geiselswind (Unterfranken) in einem Streit drei Vurichen.

Ueber den **fünffachen Nord**, der im Abbau Damerkow im Kreise Stolp von dem Arbeiter Vantini verübt wurde, wird gemeldet, daß der Mörder Montagmorgen verhaftet worden ist. Er hat eine Frau Gramt, deren 3 Kinder im Alter von 13, 4 und 1/2 Jahren sowie eine sechsjährige Frau Dona erschlagen, um sich in den Besitz von 110 Mark zu setzen. Bei der gerichtlichen Leichenöffnung, zu der Vantini zugezogen wurde, hat er ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der Mörder wurde gefesselt in das Gefängnis zu Stolp abgeführt.

Ein **schweres Eisenbahn-Verbrechen** ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, Montag in Rußland verübt worden. Montagabend 9 Uhr entgleiste bei Danaburg der Schnellzug von Wirballe nach Petersburg. Die Lokomotive stürzte um, der Gepäckwagen wurde völlig zertrümmert, die beiden folgenden Wagen 2. Klasse ebenfalls umgestürzt und schwer beschädigt; es entgleisten noch ein Wagen 2. Klasse, ein Wagen 1. Klasse und ein Schlafwagen, der aber nur leicht beschädigt wurde. Vom Zugpersonal wurden der Badmeister getötet, drei Beamte schwer und drei leicht verletzt. Von den Fahrgästen wurde einer schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks war böswillige Entferrnung der Schienenrauben und der die Schienen mit den erst kürzlich neu gelegten Schwellen verbindenden Bolzen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

N. B. 2000. 1. Das Bild ist erberechtig. Das Kapital ist sofort verzinslich, die Zinsen heben für die Dauer der Rinderjährigkeit in der Regel dem Vater zu. 2. Rein. — **P. 2. 62.** Rein. — **Winkel.** Ihre Klage wäre nicht ohne Rücksicht auf Erfolg, weil der Kontowarwalter zu

ständig vergessen hatte. — **781 G. Streitfragen 1-3:** Ja. — **W. Schmitz.** Ihre Frage ist bereits früher mit Rein beantwortet. — **Streitfrage 1 u. 2.** Das ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. 3. Die Verzinsungsbilf beträgt drei Jahre. — **N. N. 1.** Gelangnis. 2. Der Betreffende kann Strafantrag stellen. — **Zwei Wetende in Nieder-Schönweide.** Am Freitag ist gesetzlicher Feiertag. Die gesetzlichen Feiertage in Preußen sind im „Arbeiterrecht“ S. 133 Nam. angeführt. — **T. H. 2. 1.** Die Kinder erster Ehe und die Witwe würden erben. 2. Das Sparsassenbuch gehört der Frau, kommt daher unter die Teilungsmasse, wenn sie das mündliche Erbrecht wählt, nachdem ihr die Hälfte des beiderseitigen Vermögens zuzuk. — **L. S. 1.** und 2. In Stelle der verstorbenen Geschwister (oder Kinder) treten deren Kinder. — **M. W. 1.** Döbbers kann erteilt werden. 2. Rein. 3. Er würde 1/2 des Nachlasses erhalten, das andre erhält das Kind oder die Kinder. 4. Ja. 5. Das kann Ihre Frau halten wie sie will. — **P. P. Friedus.** 1. Leider nur Sie. 2. Rein. 3. Nach Mündellichem Antrage. 4. Wenden Sie sich an die untere Verwaltungsbehörde (Magistrat oder Landrat). — **Tagobert H. 1.** Ja. Der Eigentümer kann Interventionslage erheben. 2. Nein. 3. Die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels in Strafsachen beträgt eine Woche vom Tage der Verkündung ab gerechnet. — **K. P. Rein.** — **C. F. 1.** Rein. Städtische Fortbildungsschulen für Mädchen befinden sich in der Georgenstraße 2, Poststr. 4, Langstr. 76, Lurmitz 25, Gubenerstraße 51/52, Culinstr. 15, Rannstr. 63, Danzigerstr. 23, Elisabethstraße 19. Von Vereinen oder Anstalten geleitete Fortbildungsschulen für Mädchen sind die Victoria-Fortbildungsschule Tempelhofer Ufer 2, die Fortbildungsschule Auguststr. 67/68, die kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsanstalt Alte Jakobstr. 123 und die Handelsschule und kaufmännische Fortbildungsanstalt Georgenstr. 30/31. Der Chef ist verpflichtet, Ihnen die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren. 2. Leider nein. — **Volian 2.** Die Frage, ob Sie noch recht Alimentationsansprüche geltend machen können, hängt davon ab, ob Ihr Mann damals für den künftigen Teil erklärt ist. Wenn dies der Fall, so können Sie zu Ihrem handesmäßigen Unterhalt ausreichende Alimente — nach Ihrer Schilberung etwa 50-100 Mark monatlich — noch jetzt bei dem Landgericht einlagen, in dessen Bezirk Ihr früherer Mann wohnt. Zweckmäßig ist es, daß Sie zwecks Aufklärung der Sache sich das Alimentrecht verschaffen. — **P. in H.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage: die von Ihnen bezugnete liegt nicht vor. — **H. 2. 33.** 1. Ja. 2. Die Frist zur Stellung eines Strafantrages wegen Beleidigung beträgt drei Monate. Viele Zeit rechnet von dem Tage der Kenntnis der Beleidigung ab. Der Sühnetermin unterbricht diese Verjährungsfrist nicht, sondern nur ein an das Amtsgericht, die Staatsanwaltschaft oder die Polizeibehörde gerichteter Antrag auf Verurteilung und die Beleidigungsklage selbst. — **P. S. H. 1.** Bedenken gegen die betreffende Gesellschaft liegen nicht vor. 2. Falls Sie nicht zahlen, kann auf Erfüllung Ihrer Verpflichtung mit Erfolg geklagt werden. — **L. 2. 68.** 1. Ja. 2. Die Mitglieder, die unterzeichnet haben, nicht der Verein, hatlet. 3. Rein. 4. Sagen Sie eine Einigung herbeizuführen. — **R. H. Ja.** Sie müßte wenigstens 80 Mark leihen. — **G. H. 2.** Welche Kränkungen entfallen Beleidigungen, Sie könnten wegen der zweiten den Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 des Strafgesetzbuchs) für sich in Anspruch nehmen. — **H. 6.** Sie sind im Unrecht, falls nicht ausdrücklich vereinbart ist, spätestens am 29. müßte das Band fertig sein, widerfalls Sie es nicht abnehmen, sind Sie zur Abnahme und Zahlung verpflichtet.

Witterungsbericht vom 22. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 5-9 U.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 5-9 U.
Swinemünde	761 B	3heiter	6	Saparanda	762 D	4bedekt	-2				
Damberg	764 B	3bedekt	5	Petersburg	763 D	2bedekt	-3				
Berlin	765 B	3wollig	6	Cert	767 B	3wollig	12				
Kranz/W.	768 B	3wollig	5	Aberdeen	-	-	-				
München	768 D	2bedekt	6	Karis	769 S	3wollig	4				
Wien	767 B	1st. bed.	8								

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Oktober 1902.
Ein wenig wärmer, veränderlich, vorherrschend wollig, mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Todes-Anzeige.
Seit früh 1 Uhr erschaffen sanft nach kurzen Krankenlager meine liebe Frau, unter gute Mutter
Marie Weise
geb. **Diesing.**
im stillen Beiseid bitten.
Berlin, 22. Oktober 1902.
Albert Weise, nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Oktober, nach 3 Uhr, vom Trauerhause Postdamerstr. 28 aus statt.
54522

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Eugenium unheilbare Männer leiden.“ Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7/9 Uhr, Gerichts-Restaurant, Wälderstr. 60. 29448
Nur für Herren! Eintritt frei!

Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung.
Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Leinen- und Baumwollenwaren

Tischtücher reinleinen, Hansmacher, Blumen- und Sternmuster, gesäumt Gr. ca. 115/125-130/130 130/165 1,50 1,80 2,40	Damast-Tischtuch reinleinen, gesäumt, Gr. 130/130 cm 2,60 Mk.	Hemdentuch mittelstark Mtr. 28 schwere Qual. 38 Pf.	Schürzen.
Servietten dazu passend, gesäumt, Gr. ca. 60/66 cm Dtz. 4,80 Mk.	Theegedeck mit 6 Serv. mit bunt. Kante u. Fransen 2,70 Mk.	Renforcé gute Qualität Mtr. 42 Pf.	Tändelschürze weiss mit Stickerei 65 u. 85 Pf.
Tischtücher aus reinleinen, Gr. ca. 130/190 130/163 Jacquard, gebleicht, Blumenmuster, gesäumt 2,50 3 Mk.		Wäsche-Perkal Mtr. 38 u. 42 Pf.	Tändelschürze farb. 80, schwarz 95 Pf.
Servietten dazu passend, gesäumt Gr. ca. 65/65 cm Dtz. 6,80 Mk.		Bettlaken-Dowlas schwere Qual. ca. 160 cm breit 80 Pf.	Küchenschürze Hausmacher bedruckt 1,15 Mk.
Tischgedeck Gr. ca. 130/165 cm mit 6 Servietten, reinleinen, Hansmacher, Blumenmuster, gesäumt 6 Mk.		Bettsatin Streifenmuster, gute Qualität, ca. 84 cm Mtr. 50 Pf. ca. 130 cm 80 Pf.	Wirtschaftsschürze mit Besatz 95 Pf.
Stubenhandtücher Gr. ca. 42/100 48/100 halbleinen Drell Dtz. 3,70 4,50 Mk.		Bettdamast elegante Muster, feine Qual., ca. 84 cm Mtr. 75 Pf. 1,15 M.	Wirtschaftsschürze schwarz od. Gingham 1,05
Stubenhandtücher Gr. ca. 48/110 reinleinen Jacquard Dtz. 5,80 gesäumt gebänd.		Piqué-Barchent Mtr. 45 u. 55 Pf., schwere Qualität 80 Pf.	Wirtschaftsschürze weiss mit Hohlbaum 95 Pf.
Küchenhandtücher Gr. ca. 42/100 halblein. Gerstenkorn Dtz. 3,50 Mk.		Gingham für Schürzen u. Hauskleider ca. 120 cm breit Mtr. 55 Pf.	Hauschürze altdeutsch 68 Pf. farbig 1,15
Wischtücher reinleinen, Dtz. 2,50 und 2,70			Wirtschaftsschürze mit Achselbändern 1,20 Mk.

Ein grosser Posten
Schweizer Stickereien
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Ausserdem grosse Posten **Kleiderstoffe** bedeutend unter regulären Preisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyberhaus. Robert der Teufel.
Zhuangshu. Die Waise.
Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Wien. Das Nachtlager in Granada.
Veitling. Das Theaterdorf.
Reines. Heide.
Kelldens. Seine Kammerzofe.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wagner-Theater.) Doktor Klaus.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Moritur.
Central. Die Geisha.
Carl Weiss. Eine Paria.
Zuffen. Faust.
Cassio. Ihre Familie.
Kleines. Kauf.
Wilhelm. Der Wälschling.
Buntes Theater. Tochter zu verheiraten. Der Hund. Bunter Zeit.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trionon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Apollo. Pyrrhus. Specialitäten.
Wingergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Paroptikum. Specialitäten.
Palast. Berliner in Steglitz.
Zeidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausend Jahre deutscher Kultur.
Javalidenstrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonntag 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Mellinis dunkles Geheimnis.
Neu! Lu Dalys Englische Boxerinnen und Ringerinnen zum erstenmal auf dem Kontinent.
Georgette Langee. Excentric Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Der Wälschling.
Sollte in 3 Akten von Max Müller.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr.
Vorher: Der Goldkamel.

Stadt-Theater.
Alt-Moabit 47-49.
Verb. Hofe-Theater-Ensemble:
Donnerstag, den 23. Oktober 1902:
Eva.
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Vog.
Anfang 8 Uhr.

Buntes Theater
(Ueberritt.)
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.
Tochter zu verheiraten.
Der Hund. - Bunter Zeit.
Vorher: O. Straus.
Wiederauftreten von **TINY SENDERS.**
Bozena Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

Apollo-Theater.
Am 8 Uhr:
Die glänzenden Specialitäten.
Zum 206. Male:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater
Vohringer-Strasse 37.
Ganz neue Specialitäten:
Die Coko - Refemann etc.
Tage des großen Kasinobesuches wegen noch einige Tage:
Ihre Familie.
Anfang: Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonntagmittags 4 Uhr: „Die Verkäuferin.“
Sämtliche Specialitäten.

Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Joseph. Henry Bender. Flora Sidig. Hans Reichberg. Wini Granitz. Johanna Junker-Schatz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Anfang: Sonntag 50 Pf., Sonntag 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sonntag 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauerbrücke 6.
Grösstes Vergnügungslokal Berlins.
Internationale Konzerte von 3 Künstler-Kapellen.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten v. Adolph Pörringer.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Moritur.
(Teja, Fritzechen, Das Ewig-Männliche) von Hermann Sudermann.
Freitagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in **Sanssouci**, Kottbuser Strasse 4a:
Zola-Feier
Vortrag über Zola: Herr M. G. Conrad aus München.
Hierauf: **General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Diskussion. - Antrag auf obligatorische Einführung des Bühnenheftes und Abgabe der Garderobe und der dadurch bedingten Statutenänderung. - Verschiedenes.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Voranzeige! Winterfest!
Humoristischer Vortragsabend
Sonntag, den 13. November, **Brauerei Friedrichshain**, unter Mitwirkung hervorragender Humoristen und Completsänger. Recitation: **Marcell Salzer.**
Festmarken a 50 Pf. vom 27. Oktober ab in allen Zahlstellen.
Sonntag, den 26. Oktober, 2 1/2 Uhr nachm.:
Lessing-Theater: 12/13. Abt.: **Die Kleinbürger.**
Metropol-Theater: 3/4. Abt.: **Was ihr wollt.**
Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.

Wintergarten
Griffin und Dubois. Excentrics.
Duncan's dress. schott. Schifferhunde.
Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.
Elise de Vera, Soubrette.
Los Floridos, Spanische Tänzerinnen.
Die 2 Freydos, „Professor u. Schüler“.
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
Sisters Caroy's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Liane de Vries, Pariser Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Angèle VanLooy, Sängerin v. Kapl. Theat. Brüssel.
Cleo de Mérode Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.
„Biograph“.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Mann im Monde.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Freitag: Deborah.

Cirkus Busch.
Donnerstag, den 24. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung
Die **Hadjl Mohamed-Truppe.**
7 phänomenale arab. Springer.

Stablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Donnerstag:
Militär-Konzert
Musikkorps Garde-Rüster-Reg. (Herr Dippel.) 51992*
Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Säger und Tanz.

Achtung, Vereine!
Empfehle meine gütigen neuvervierten Säge zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende und Sonntag noch frei. 50372*
Neues Klubhaus,
72, Kommandantenstr. 72.
Fritz Preuss
74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ade Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayerisch-Bierlokale** mit 50 Personen.
+ Achtung! Vortrag! +
Donnerstag, 23. Okt., abds. 8 1/2 Uhr, Stablissement Ballhofsieder, Badstr. 16. Referent: **H. Müller**, post. Ratweilfänger, Gr. Frankfurterstr. 87, spricht über: „Entwicklung, Verfassung und Stellung sogenannter geheimer Vorden“, im weiteren: „Die Unschicklichkeiten u. ihre gesundheitsschädlichen Folgen.“
Nur Herren haben Zutritt. 29455
Brosen-Beantwortung. Eintritt frei.

Cirkus Alb. Schumann

Donnerstag, 23. Okt., abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.
Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomime
Die lustigen Heidelberger,
humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben mit noch nie gesehenen plastischen Darstellungen auf dem Wasser,
in 3 Abteilungen von **August Siems**, Grossherzoglich-hessischer Hofballettmeister.
Auf das grossartigste inszeniert vom **Direktor Albert Schumann**,
Musik von Aug. Siems, instrumentiert von A. Cahnblay, Regie: Ballettmeister Herr Jäckel.
Kostüme, Dekoration, Requisiten von Hugo Baruch & Co., Hoff.
I. Abteilung: Ein vergnügtes Morgensündenchen. II. Abteilung: Fidelitas im Neckarthal. III. Abteilung: Die Wissenschaften.
Noch nie gesehen: Eine **gemischte-plastische Darstellung auf dem Wasser.**
Zum Schluss: Eine Luftfahrt mit Hindernissen! Ausserdem: **Das glänz. Programm.**
Direktor Albert Schumann mit seinen neuesten **Monstre-Dressuren.**
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonntag, den 20. Oktober 1902. **Andreas-Bethula.**
Grosses Herbstvergnügen
unter gütiger Mitwirkung der Geigenvirtuosin **Janey Schmeidler** und von Mitgliedern des **Liedervereins „Fichte“** (Männer-Abteilung).
Unter dem:
Konzert. * Theater. * Gesang. * Tanz.
Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: C. Jänide, Schöneberg, Goltzstr. 6, N. I. G. Sohn, Hofmeisterstr. 26, N. IV. G. Christens, Köpenickerstr. 49, N. III. B. Schröder, Köpenickerstr. 3 im Laden. P. Kubitz, Nymphenburgerstr. 16, N. III. V. Gubauer, Köpenickerstr. 36, N. IV. G. Kollow, Hofmeisterstr. 5, N. IV. Frau **Schhardt**, Alexanderstr. 21, N. IV. **Kowalski**, Tobemannstr. 22, N. IV. **Wach**, Köpenickerstr. 19. **Retusch**, Köpenickerstr. 34. **M. Wendt**, Goltzstr. 44, N. IV. **G. Vege**, Köpenickerstr. 48, N. IV. In den Verkaufsstellen: **W. Vornier**, Köpenickerstr. 15. **B. Wolf**, Goltzstr. 3. **G. Vogel**, Demminstr. 22. **G. Bobb**, Kommandantenstr. 62. **G. Sarkisins**, Köpenickerstr. 48a. **G. Ziem**, Bernauerstr. 48. **W. Krause**, Köpenickerstr. 15-17. **H. Kleinberg**, Urbanstr. 68. **Th. Wiesner**, Schillerstr. 59. Bei unserm Kassaboten **H. Haber**, Köpenickerstr. 62 u. II. und in meinen Vorträgen.
Anfang 8 1/2 Uhr. **Programm 30 Pf.**
Herren, die am Lang teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. **Das Komitee.**
29186

III. und IV. Wahlkreis (Südost).
Achtung! Wähler des II. Kommunal-Wahlbezirks!
Volks-Versammlung
Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **Graumann**, Nauenerstrasse 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Heinrich Stadthagen** über: „Die bevorstehende Stadtkorrekturen-Vote.“ 2. Diskussion. 3. Ausstellung eines Kandidaten. 4. Wahl eines Komitees.
215/2*
Zahlreichen Besuch erwarten.
Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.

II. Wahlkreis.
Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des **Herrn Gründer**, Schwerinstr. 13:
Volks-Versammlung
im 4. Kommunal-Wahlbezirk.
Tages-Ordnung:
1. Die Kommunal-Verwaltung Berlins. Referent: **Genosse Dr. Alfred Bernstein.** 2. Diskussion. 3. Ausstellung eines Kandidaten. 4. Wahl eines Komitees.
210/18
Die Vertrauensleute.

Gewerkschaftshaus
Obere Säle, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 25. Oktober,
Herbst-Vergnügen,
arrangiert von den
Gold- u. Silberarbeitern.
Großes Künstler-Konzert
des Berliner Symphonie-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters **Herrn M. Fischer.** Auftreten des beliebten **Uk-Trios** in kleinen Klangmitteln.
Nach dem Konzert
Grosser Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang präc. 8 1/2 Uhr.
Programmbillets a 30 Pf. sind bei **Brückner**, Nauenerstr. 66, **Firnkranz**, Köpenickerstr. 51, **Holkamp**, Parkstr. 20, **Becker**, Dresdenstr. 19, **Lahme**, Stallstr. 16, und **Feistel**, Waldemarstrasse 17, zu haben. 164/17

Chaussee-Germania-Prachtsäle Chaussee-Str. 103. **Arnold Scholz.**
Heute Donnerstag:
Grosses Militär-Streichkonzert
ausgeführt von der **Regimentsmusik des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform** unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors **Herrn Frz. A. Bergter.** 5144L*
Anfang 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf.
Nachdem:
Familien-Kränzchen.

Emile Zola *

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

Von den Werken des durch ein tragisches Geschick so rasch aus dem Leben geschiedenen berühmten französischen Schriftstellers sind in unserm Verlage erschienen in — einzig autorisierter deutscher Uebersetzung —

Das Geld. Roman. 10. Auflage. 2 Bände. Gebefiet M. 6.—, in einen Band gebunden M. 6.—

Der Zusammenbruch. (Der Krieg von 1870/71.) Roman. 13. Auflage. 3 Bände. Gebefiet M. 5.—, gebunden M. 5.—
Zu beziehen auch mit 210 Abbildungen von Adolf Wald, Preis 10 Pf. u. Chr. Speyer. In Original-Einband M. 12.—

Doktor Pascal. Roman. 2. Auflage. 2 Bände. Gebefiet M. 6.—, in einen Band gebunden M. 6.—

Lourdes. Roman. 4. Auflage. 3 Bände. Gebefiet M. 6.—, in 2 Bände gebunden M. 6.—

Rom. Roman. 9. Auflage. 3 Bände. Gebefiet M. 6.—, in 2 Bände geb. M. 6.—

Paris. Roman. 10. Auflage. 3 Bände. Gebefiet M. 6.—, in 2 Bände gebunden M. 6.—
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen, auch direkt von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Fruchtbarkeit. Erster Teil der Roman. 10. Auflage. 2 Bände. Gebefiet M. 6.—, gebunden M. 6.—

Arbeit. Zweiter Teil der „Die Evangelien“. Gebefiet M. 6.—, gebunden M. 6.—

Wahrheit. Dritter Teil der „Die Evangelien“. Gebefiet M. 6.—, gebunden M. 6.—
Verfasser vollendet zurückgelassene Roman erscheint gegenwärtig in der Halbmonatsschrift „Das fremde Jünger“. Monatlich 2 Hefte à 50 Pfennig.

Der Siegeszug der Wahrheit
Die **Affäre Dreyfus**. Gebefiet M. 2.—, geb. M. 3.—

Madame Sourdis — Nantas.
Novellen. (Romansammlung „Deva“ 16. Band.) Gebefiet 50 Pfennig.

Der naturalistische Roman in Frankreich. Gebefiet M. 4.—, gebunden M. 6.—

Z. Ziehung 4. Klasse 207. Kl. Preuß. Lotterie.

Die Ziehung am 22. Oktober 1902, veranlagt, hat die Gewinne über 232 etc. und die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

116037 134 450 513 21 722 74 802 083 117291 312 34 500 81 810 70 76 940 42 116246 78 82 439 527 879 119143 255 90 313 428 528 713 539 (10000)

Z. Ziehung 4. Klasse 207. Kl. Preuß. Lotterie.

Die Ziehung am 22. Oktober 1902, veranlagt, hat die Gewinne über 232 etc. und die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

112132 58 68 221 31 53 55 351 466 592 623 702 59 888 981 113165 213 46 542 620 49 599 979 114265 394 332 540 614 64 697 55 81 115097 264 58 323 408 46 15001 536 983 117088 99 113 236 494 515 612 789 801 26 910 62 117154 602 65 870 91 118022 255 290 389 15001 615 119474 732 886 971

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die wöchentliche Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinzialen bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Linienstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Grüntraum, West, Bortol, Holz, Stahlgeschloß mit Rolle sofort zu verkaufen Ribdorf, Reuterstraße 59, Preis 650 Mark. 29223*

Wahnschnecken ohne Anhängel. Bohe 1.00, gebraucht 1.20.00. Revidertische 60/60, Sandbergstraße 52-702.

Verschiedenes. Unschlachten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzer, Steigerstraße 65. 25875*

Arbeitsmarkt. Empfehlung meines Saal für Vereine und Gesellschaften sowie Regelmäßig August-Wendel, Koppenhagenstraße 74. 28996

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leib in Berlin. Druck in Berlin: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W.